6
Private Haushalte – Einkommen, Ausgaben, Ausstattung

Auszug aus dem
Datenreport 2013

6 Private Haushalte – Einkommen, Ausgaben, Ausstattung

6.1 Einnahmen, Ausgaben und Ausstattung privater Haushalte, private Überschuldung

Hannah Alter, Claudia Finke, Kristina Kott, Sabine Touil

Destatis

Einnahmen, Ausgaben und die Ausstattung privater Haushalte in Verbindung mit sozioökonomischen Merkmalen beschreiben die unterschiedlichen Lebensbedingungen in Deutschland. Wie hoch sind die Einkommen und Einnahmen privater Haushalte und aus welchen Quellen stammen sie? Wofür wird das Geld verwendet? In welcher Höhe sind private Haushalte mit Abgaben an den Staat belastet? Auch der Frage, inwieweit sich die Einkommens- und Ausgabenstrukturen unterschiedlicher Haushaltstypen unterscheiden, wird hier nachgegangen. Darüber hinaus ist die Ausstattung der Haushalte mit traditionellen und neuen technischen Gebrauchsgütern dargestellt.

Im Mittelpunkt des folgenden Kapitels stehen die Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR). Bei dieser amtlichen Erhebung werden rund 8 000 private Haushalte jährlich unter anderem zu ihren Einnahmen und Ausgaben sowie zu ihrer Ausstattung mit Gebrauchsgütern befragt. Es nehmen Haushalte der unterschiedlichsten sozialen Schichten an den Laufenden Wirtschaftsrechnungen teil mit Ausnahme der Haushalte von Selbstständigen und Landwirten beziehungsweise Landwirtinnen und ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 Euro und mehr. Zum Stichtag am 1. Januar geben diese Haushalte Auskunft über ihre Ausstattung mit ausgewählten Gebrauchsgütern und führen dann über drei Monate ein Haushaltsbuch, in dem sie ihre Einnahmen und Ausgaben in detaillierter Form notieren. Es werden die zum Zeitpunkt der Erstellung des Datenreports aktuell vorliegenden Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen 2011 herangezogen.

Ein weiteres Thema dieses Kapitels ist die private Überschuldung. Zwar gibt es in der amtlichen Statistik keine aktuellen Angaben zur Anzahl der Personen, die von Überschuldung betroffen sind, dennoch liefert sie Informationen zur Anzahl der privaten Schuldner, die ein Insolvenzverfahren in Anspruch nehmen. Dieses Verfahren eröffnet Privatpersonen seit 1999 die Möglichkeit, nach einer »Wohlverhaltensphase« von ihren Restschulden befreit zu werden. Die Überschuldungsstatistik stellt darüber hinaus Informationen zu den sozioökonomischen Strukturen überschuldeter Personen bereit. Zudem gibt die Erhebung einen Überblick über die Auslöser der finanziellen Notlage sowie über die Art und Anzahl der Hauptgläubiger. Die Daten in Abschnitt 6.1.5 beruhen auf den Angaben der Schuldnerberatungsstellen und den Auskünften der Insolvenzgerichte.

6.1.1 Bruttoeinkommen privater Haushalte

Ein erster Indikator für die Darstellung der Einkommens- und Ausgabensituation privater Haushalte ist das Haushaltsbruttoeinkommen, das sich aus verschiedenen Einkommensarten zusammensetzt. ▸ Info 1

Haushaltsbruttoeinkommen – Struktur, Entwicklung und regionaler Vergleich

Das durchschnittliche monatliche Bruttoeinkommen der Privathaushalte in Deutschland belief sich 2011 auf 3 871 Euro. Wichtigste Einnahmequelle mit einem Anteil von 62 % waren die Einkünfte aus Erwerbstätigkeit: Durchschnittlich 2 400 Euro im Monat stammten aus unselbstständiger und selbstständiger Tätigkeit. Knapp 23 % ihres Bruttoeinkommens beziehungsweise durchschnittlich 884 Euro im Monat erhielten die privaten Haushalte in

▶ Info 1

Haushaltsbruttoeinkommen

Die Einnahmen eines Haushalts aus

- selbstständiger und unselbstständiger Erwerbstätigkeit,
- Vermögen,
- öffentlichen und nichtöffentlichen Transferzahlungen (zum Beispiel Arbeitslosengeld) und
- Untervermietung

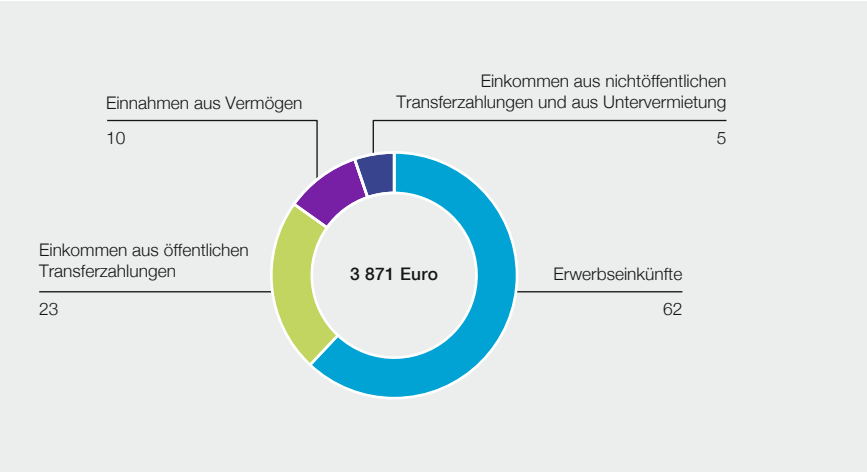
bilden das Haushaltsbruttoeinkommen.

Das Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit sowie die öffentlichen Transferzahlungen (zum Beispiel Renten, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Kindergeld) werden personenbezogen erfasst, das heißt für jedes Haushaltsmitglied einzeln. Zum Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit zählen auch Sonderzahlungen, Weihnachtsgeld, zusätzliche Monatsgehälter sowie Urlaubsgeld. Das Einkommen aus unselbstständiger Erwerbstätigkeit enthält keine Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. Einkünfte aus nichtöffentlichen Transferzahlungen (außer Betriebs- und Werksrenten), Einkünfte aus Vermögen sowie aus Vermietung und Verpachtung werden nicht personenbezogen, sondern für den Haushalt insgesamt erfasst. Die Einnahmen aus Vermögen beinhalten (nach internationalen Konventionen) eine sogenannte unterstellte Eigentümermiete (Nettowert). Aufwendungen für die Instandhaltung des selbstgenutzten Wohneigentums werden von der errechneten Eigentümermiete abgezogen.

Haushaltsnettoeinkommen

Das Haushaltsnettoeinkommen errechnet sich, indem vom Haushaltsbruttoeinkommen Einkommensteuer, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag sowie die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung (Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, zur gesetzlichen Rentenversicherung sowie zur Kranken- und Pflegeversicherung) abgezogen werden.

▶ Abb 1 **Struktur des Haushaltsbruttoeinkommens privater Haushalte 2011 — in Prozent**



▶ Tab 1 **Struktur des Haushaltsbruttoeinkommens privater Haushalte in Deutschland**

	2006		2011	
Anzahl der erfassten Haushalte	7 724		7 706	
Hochgerechnete Haushalte (in 1 000)	35 887		36 701	
	in Euro	in %	in Euro	in %
Haushaltsbruttoeinkommen	**3 489**	**100**	**3 871**	**100**
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	2 062	59,1	2 381	61,5
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit	16	0,5	19	0,5
Einnahmen aus Vermögen	337	9,7	385	9,9
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	872	25,0	884	22,8
Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen und Untervermietung	203	5,8	202	5,2

Deutschland aus öffentlichen Transferzahlungen wie beispielsweise Renten der gesetzlichen Rentenversicherung, staatliche Pensionen, Kindergeld, Arbeitslosengeld I und II sowie Sozialhilfe. Knapp 10 % des Bruttoeinkommens stammten aus Vermögenseinnahmen (385 Euro). Den geringsten Anteil am Haushaltsbruttoeinkommen hatten mit durchschnittlich 5 % die Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen und aus Untervermietung (202 Euro). ▶ Abb 1

Das monatliche Bruttoeinkommen der privaten Haushalte ist seit dem Jahr 2006 (3 489 Euro) um rund 11 % (+ 382 Euro) gestiegen. Die Anteile der verschiedenen Einkommensarten am Haushaltsbruttoeinkommen haben sich unterschiedlich entwickelt: Während der Einkommensanteil aus Erwerbstätigkeit im Vergleich zu 2006 um rund 2 Prozentpunkte gestiegen ist, blieb der Anteil der Einnahmen aus Vermögen sowie aus nichtöffentlichen Transferzahlungen und Untervermietung nahezu unverändert. Leicht rückläufig hingegen waren die Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen: Im Jahr 2006 stammten noch durchschnittlich 25 % des monatlichen Bruttoeinkommens aus öffentlicher Hand, 2011 waren es nur noch knapp 23 %. ▶ Tab 1

Der regionale Vergleich zeigt, dass sowohl die Höhe als auch die Struktur des Haushaltsbruttoeinkommens bei den Haushalten im früheren Bundesgebiet ohne Berlin-West sowie den neuen

▶ Tab 2 **Struktur des Haushaltsbruttoeinkommens privater Haushalte 2011**

	Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West		Neue Länder und Berlin	
Anzahl der erfassten Haushalte	5 957		1 749	
Hochgerechnete Haushalte (in 1 000)	28 773		7 928	
	in Euro	in %	in Euro	in %
Haushaltsbruttoeinkommen	**4 090**	**100**	**3 080**	**100**
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	2 528	61,8	1 849	60,0
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit	20	0,5	17[1]	0,6
Einnahmen aus Vermögen	431	10,5	216	7,0
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	889	21,7	868	28,2
Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen und Untervermietung	221	5,4	130	4,2

1 Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist.

▶ Tab 3 **Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen privater Haushalte — je Haushalt und Monat in Euro**

	Deutschland		Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West		Neue Länder und Berlin	
	2010	2011	2010	2011	2010	2011
Haushaltsbruttoeinkommen	**3 758**	**3 871**	**3 970**	**4 090**	**2 996**	**3 080**
abzüglich:						
Einkommen-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag	377	398	412	436	251	259
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	488	519	516	548	388	411
Haushaltsnettoeinkommen	**2 922**	**2 988**	**3 075**	**3 144**	**2 368**	**2 424**
zuzüglich:						
Zuschüsse der Arbeitgeber und Rentenversicherungsträger	29	33	33	38	11	14
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstige Einnahmen	59	63	66	70	39	42
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	**2 981**	**3 052**	**3 140**	**3 213**	**2 406**	**2 467**

Ländern und Berlin unterschiedlich sind: Zum einen verfügten die Haushalte im Westen über ein monatliches Bruttoeinkommen von durchschnittlich 4 090 Euro; den Haushalten im Osten standen mit 3 080 Euro lediglich 75 % des Westniveaus zur Verfügung. Zum anderen war im Osten der Anteil der Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen am gesamten Bruttoeinkommen mit 28 % um 6 Prozentpunkte höher als im früheren Bundesgebiet. Dagegen waren in den neuen Ländern und Berlin die Einnahmen aus Vermögen (7 %) niedriger als im Westen (knapp 11 %). ▶ Tab 2

Die Höhe der Bruttoeinkommen privater Haushalte unterscheidet sich je nach Haushaltstyp. Die höchsten Bruttoeinkommen fanden sich 2011 in den Haushalten von Paaren mit Kind(ern) (5 716 Euro) und Paaren ohne Kind (4 449 Euro). Alleinerziehende hatten monatlich ein Haushaltsbruttoeinkommen von durchschnittlich 2 656 Euro. Alleinlebende verfügten mit durchschnittlich 2 371 Euro über das niedrigste Bruttoeinkommen.

6.1.2 Nettoeinkommen, ausgabefähige Einkommen und Einnahmen privater Haushalte

Die Bruttoeinkommen lassen nur begrenzt Aufschlüsse über die den Haushalten tatsächlich zur Verfügung stehenden Einkommen zu, da sie noch abzuführende Steuern und Sozialversicherungsbeiträge enthalten. Der Abzug dieser Abgaben vom Bruttoeinkommen führt zum Nettoeinkommen der privaten Haushalte. Durchschnittlich verfügten die Haushalte 2011 über ein Nettoeinkommen von 2 988 Euro im Monat. Im Vergleich zu 2010 war dies eine Zunahme um rund 2 % (2010: 2 922 Euro). Damit fiel der Anstieg geringer aus als bei den durchschnittlichen Haushaltsbruttoeinkommen (+ 3 %). Ursache dafür ist, dass die Steuern und Abgaben mit + 6 % deutlich stärker gestiegen waren als die Bruttoeinkommen.

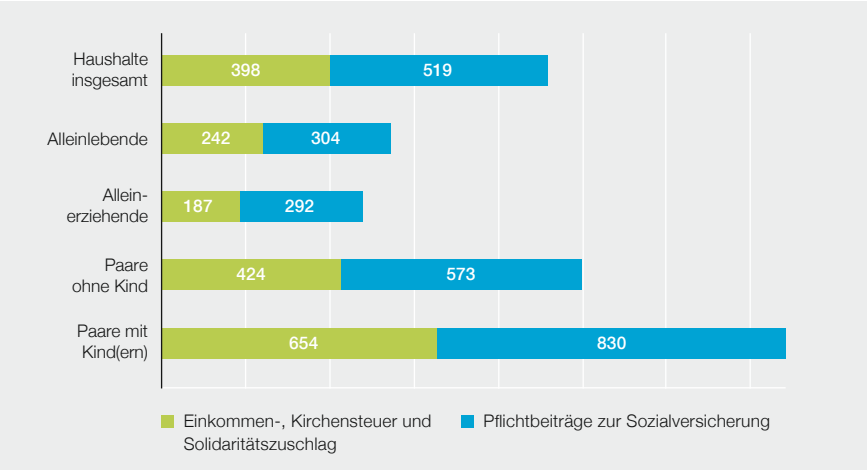
Steuern und Sozialabgaben

Die Steuern und Abgaben bei den Privathaushalten 2011 betrugen monatlich im Durchschnitt 917 Euro. Durchschnittlich 398 Euro davon entfielen auf Einkommen- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag. Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung, zur gesetzlichen Rentenversicherung und zur Arbeitslosenversicherung machten durchschnittlich 519 Euro je Haushalt und Monat aus. Insgesamt wurden den Haushalten für Steuern und Abgaben durchschnittlich knapp 24 % ihres Bruttoeinkommens abgezogen.

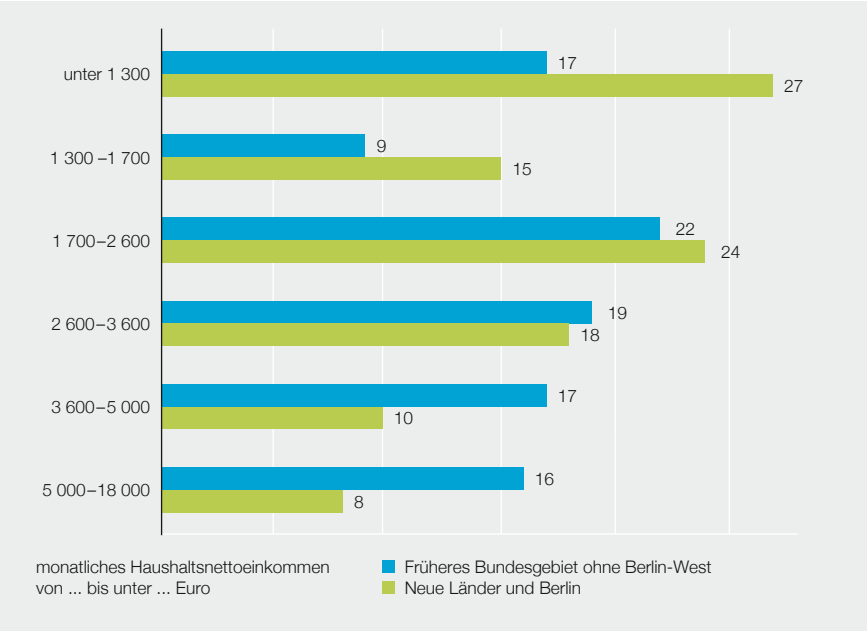
Die Steuer- und Abgabenbelastung war 2011 im früheren Bundesgebiet mit durchschnittlich rund 24 % beziehungsweise 984 Euro höher als in den neuen Ländern und Berlin mit knapp 22 % beziehungsweise 670 Euro. Ursache dafür ist vor allem die stärkere Belastung der höheren Einkommen im Westen aufgrund der Steuerprogression: Der Anteil der Steuern am Haushaltsbruttoeinkommen lag im Westen bei knapp 11 % (436 Euro), im Osten bei 8 % (259 Euro). ▶ Tab 3

Ein Vergleich der Haushaltstypen untereinander verdeutlicht, dass Paarhaushalte mit Kind(ern) die höchste Steuer- und Abgabenlast zu tragen hatten: Sie zahlten monatlich durchschnittlich 1 484 Euro beziehungsweise einen Anteil von 26 % ihres Bruttoeinkommens. Aufgrund der höheren Einkommen aus Erwerbstätigkeit im Vergleich zu anderen Haushaltstypen waren auch ihre Steuerabgaben mit 654 Euro wert- und anteilsmäßig (11 % vom Bruttoeinkommen) am höchsten. Bei Paaren ohne Kind betrug der Anteil der Steuern und Abgaben 22 % (997 Euro) und bei den Alleinlebenden 23 % (546 Euro). Die niedrigsten Abgaben hatten Haushalte von Alleinerziehenden mit durchschnittlich 18 % beziehungsweise 479 Euro zu leisten. ▸ Abb 2

▸ Abb 2 **Steuer- und Abgabenlast privater Haushalte nach Haushaltstyp 2011 — in Euro**



▸ Abb 3 **Einkommensverteilung 2011 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen — in Prozent**



Verteilung des Haushaltsnettoeinkommens

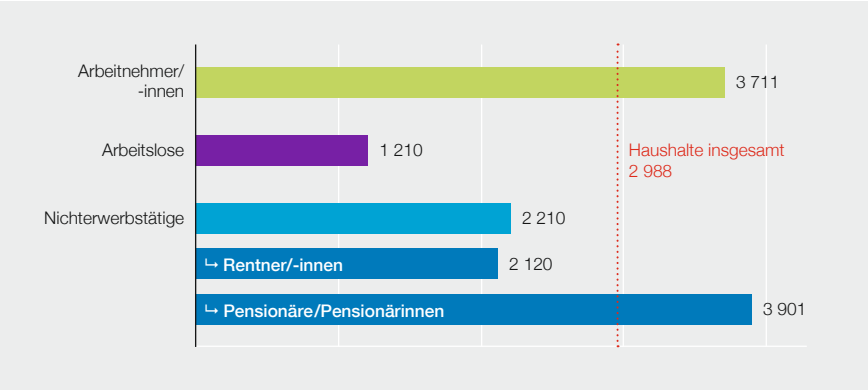
Im Jahr 2011 lag das Haushaltsnettoeinkommen von 29 % aller Privathaushalte in Deutschland bei unter 1 700 Euro im Monat, allein 19 % der Haushalte mussten mit weniger als 1 300 Euro monatlich auskommen. Rund 22 % aller Haushalte hatten zwischen 1 700 bis unter 2 600 Euro im Monat zur Verfügung. Rund 19 % der Privathaushalte konnten über 2 600 bis unter 3 600 Euro monatlich verfügen und 16 % hatten ein Haushaltsnettoeinkommen von 3 600 bis unter 5 000 Euro im Monat. Einem Anteil von 14 % aller Privathaushalte standen 5 000 bis unter 18 000 Euro zur Verfügung.

Zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern war die Einkommensverteilung 2011 weiterhin unterschiedlich. Während im früheren Bundesgebiet ohne Berlin-West 74 % der Haushalte ein monatliches Nettoeinkommen von 1 700 Euro und mehr hatten, waren es in den neuen Ländern und Berlin knapp 60 %. ▸ Abb 3

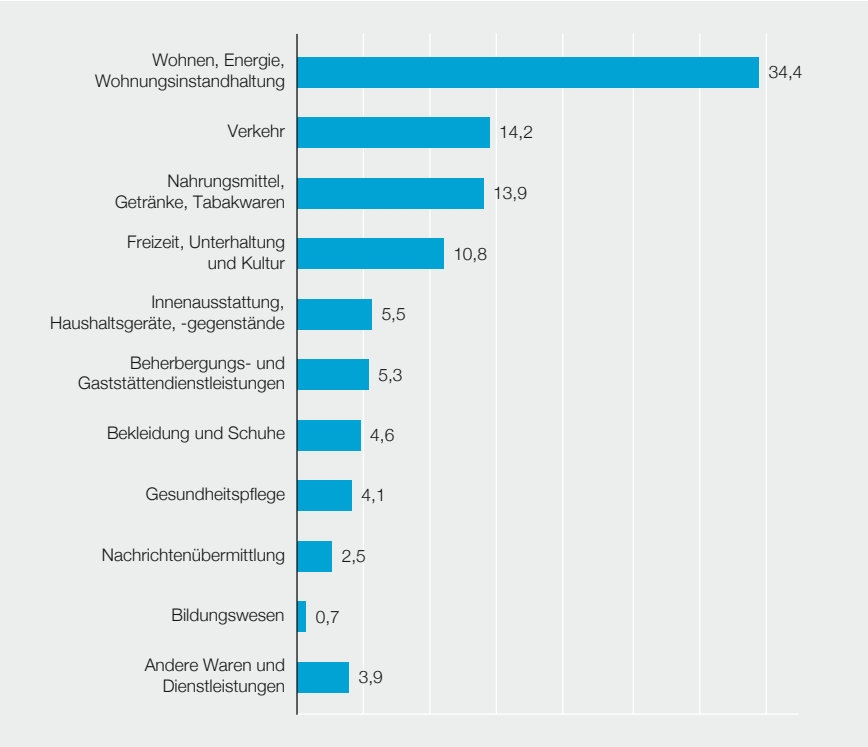
Haushaltsnettoeinkommen nach sozialer Stellung

Die Höhe des Nettoeinkommens privater Haushalte variiert in starkem Maße mit der sozialen Stellung der Person, die den höchsten Beitrag zum Haushaltsnettoeinkommen leistet, der sogenannten Haupteinkommensperson. Haushalte von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen hatten ein durchschnittliches Nettoeinkommen von 3 711 Euro im Monat. Haushalte von arbeitslosen Haupteinkommenspersonen hatten im Durchschnitt ein Nettoeinkommen von 1 210 Euro monatlich. Sie bezogen nur 40 % des Durchschnittseinkommens aller Haushalte. Relativ groß war die Einkommensspanne innerhalb der Gruppe der Nichterwerbstätigenhaushalte, die ein durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen von 2 210 Euro erzielten. Hier war das Nettoeinkommen der Haushalte von Pensionären und Pensionärinnen mit 3 901 Euro

▶ Abb 4 **Monatliches Haushaltsnettoeinkommen nach sozialer Stellung der Haupteinkommensperson 2011 — in Euro**



▶ Abb 5 **Struktur der Konsumausgaben privater Haushalte 2011 — in Prozent**



im Durchschnitt fast doppelt so hoch wie das der Haushalte von Rentnern und Rentnerinnen mit 2 120 Euro. ▶ Abb 4

Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen

Die Geldeinkünfte, die den privaten Haushalten in Deutschland zum Wirtschaften und zur Lebensführung zur Verfügung stehen, setzen sich aus ihren Nettoeinkommen zuzüglich geringfügiger Zusatzeinkünfte aus dem Verkauf von Waren (zum Beispiel Gebrauchtwagen) und sonstigen Einnahmen (zum Beispiel Dosen- und Flaschenpfand, Energiekostenrückerstattungen) zusammen. Diese ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen werden auch als verfügbares Einkommen bezeichnet. Im Jahr 2011 hatte das ausgabefähige Einkommen der Haushalte eine durchschnittliche Höhe von 3 052 Euro im Monat (siehe Tabelle 3). Gegenüber 2010 (2 981 Euro) war das ein Anstieg um gut 2 %.

6.1.3 (Konsum-)Ausgaben privater Haushalte

Der größte Teil der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen wird für den privaten Konsum, das heißt für Essen, Wohnen, Bekleidung, Reisen und Anderes verwendet. Im Jahr 2011 gaben die Haushalte in Deutschland für Konsumzwecke im Schnitt monatlich 2 252 Euro aus, das waren knapp 74 % ihres ausgabefähigen Einkommens. Die Konsumausgaben der Haushalte in den neuen Ländern und Berlin waren mit 1 866 Euro zwar niedriger als die der Haushalte im früheren Bundesgebiet (2 358 Euro), bedingt durch das geringere ausgabefähige Einkommen lag die Konsumquote mit knapp 76 % jedoch im Osten höher als im Westen (73 %).

Die mit Abstand höchsten Ausgaben tätigten die Privathaushalte für den Bereich Wohnen, Wohnungsinstandhaltung und Energie: Dafür wurde 2011 ein Drittel (34 %) des Konsumbudgets ausgegeben. Danach folgten die Verkehrsausgaben mit einem Anteil von gut 14 % an den privaten Konsumausgaben und die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren mit knapp 14 %. Für Freizeit, Unterhaltung und Kultur (siehe auch Kapitel 12.1.3, Seite 341–345) wurden anteilig rund 11 % aufgewendet.

Mit deutlicherem Abstand folgten dann die Ausgaben für Innenausstattung, Haushaltsgeräte und Haushaltsgegenstände (knapp 6 %), danach Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen sowie Bekleidung und Schuhe mit je 5 %. Die Ausgaben für die Gesundheitspflege machten einen Anteil von 4 % und die Ausgaben für die Nachrichtenübermittlung von 3 % am Konsumbudget aus. Den geringsten Anteil machten die Ausgaben für das Bildungswesen mit unter einem Prozent aus. ▶ Abb 5

▶ Info

Verbraucherpreisindex für Deutschland

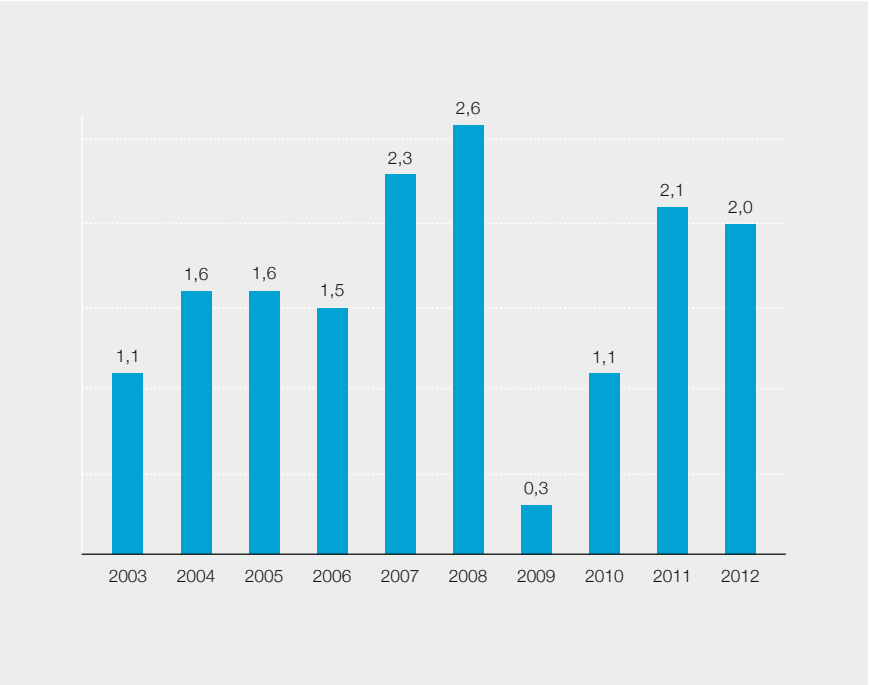
Der Verbraucherpreisindex für Deutschland misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die private Haushalte für Konsumzwecke kaufen. Single-Haushalte sind ebenso berücksichtigt wie Rentnerehepaare oder Großfamilien. Der Verbraucherpreisindex folgt dem Inlandskonzept, das heißt es werden alle Ausgaben berücksichtigt, die in Deutschland getätigt werden, zum Beispiel auch die Ausgaben ausländischer Touristinnen und Touristen. Er liefert ein Gesamtbild der Teuerung in Deutschland, bei dem nicht nur alle Haushaltstypen, sondern auch alle Regionen von Deutschland und sämtliche dort nachgefragten Waren und Dienstleistungen einbezogen sind – Mieten, Nahrungsmittel und Bekleidung ebenso wie etwa Kraftfahrzeuge oder Dienstleistungen wie Friseur, Reinigung oder Reparaturen. Die Veränderung des Verbraucherpreisindex zum Vorjahresmonat beziehungsweise zum Vorjahr wird umgangssprachlich auch als Inflationsrate bezeichnet.

Im Jahresdurchschnitt 2012 sind die Preise aller Waren und Dienstleistungen für den privaten Verbrauch um 2,0 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Nachdem im Jahr 2011 mit +2,1 % die höchste Jahresteuerungsrate seit 2008 zu beobachten war, gab es im Jahr 2012 wieder einen etwas schwächeren Preisanstieg. ▶ Info Abb 1

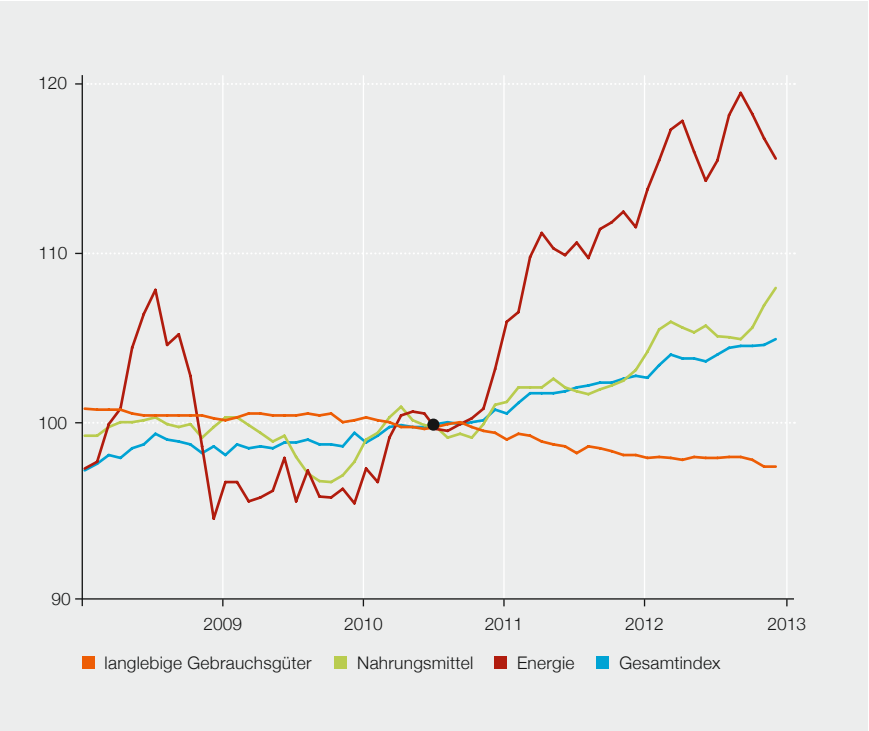
Für die Verbraucher sind im Jahresdurchschnitt 2012 gegenüber 2011 insbesondere Energieprodukte teurer geworden (Haushaltsenergie und Kraftstoffe; +5,7 %). Bei der Haushaltsenergie erhöhten sich vor allem die Preise für Umlagen der Zentralheizung und Fernwärme (+9,0 %) sowie für leichtes Heizöl (+8,9 %). Die Kraftstoffpreise sind im Jahresdurchschnitt 2012 um 5,6 % gestiegen. Überdurchschnittliche Preiserhöhungen gegenüber 2011 zeigten sich auch bei den Nahrungsmitteln (+3,4 %). Insbesondere Fleisch und Fleischwaren (+5,5 %), Fisch und Fischwaren (+4,9 %) sowie Obst (+5,4 %) waren teurer als im Vorjahr. Günstiger waren Speisefette und Speiseöle (–3,2 %; darunter Butter: –13,4 %). ▶ Info Abb 2

Weitere Informationen und aktuelle Ergebnisse zum Verbraucherpreisindex finden Sie auf unserer Homepage (www.destatis.de > Zahlen & Fakten > Preise > Verbraucherpreise).

▶ Info Abb 1 **Inflationsrate – gemessen am Verbraucherpreisindex für Deutschland, Veränderung gegenüber dem Vorjahr — in Prozent**



▶ Info Abb 2 **Verbraucherpreisindex für Deutschland insgesamt und für ausgewählte Produkte (2010 = 100)**



Obwohl die privaten Haushalte 2011 in den neuen Ländern und Berlin im Monat durchschnittlich 492 Euro weniger als die westlichen Haushalte für den Konsum ausgaben, teilten die Haushalte ihre Konsumbudgets ähnlich auf die einzelnen Ausgabenbereiche auf. Unterschiede ergaben sich bei den Ausgabenanteilen für Wohnen, Gesundheitspflege sowie Freizeit, Unterhaltung und Kultur. Für den Bereich Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung setzten die Haushalte in den neuen Ländern und Berlin mit knapp 34 % einen etwas kleineren Anteil ein als die Haushalte im früheren Bundesgebiet mit 35 %.

Aufgrund des niedrigeren Gesamtbudgets waren die Ausgaben für Ernährung in den neuen Ländern und Berlin – anders als im früheren Bundesgebiet – der zweitgrößte Ausgabenbereich. Hier setzten die Haushalte 2011 mit durchschnittlich knapp 15 % einen etwas größeren Anteil ein als die Haushalte im früheren Bundesgebiet ohne Berlin-West mit knapp 14 %. Die absoluten Ausgaben für Ernährung lagen dagegen mit 271 Euro monatlich in den neuen Ländern niedriger als im früheren Bundesgebiet (324 Euro). Die Ausgaben für Verkehr machten mit durchschnittlich knapp 14 % den drittgrößten Ausgabenblock in den neuen Ländern und Berlin aus, während sie im früheren Bundesgebiet mit gut 14 % den zweitgrößten Ausgabenblock stellten.

Die Verbrauchsstrukturen werden unter anderem auch von der sozialen Stellung der Haupteinkommenspersonen, dem Haushaltstyp sowie dem Haushaltsnettoeinkommen bestimmt.

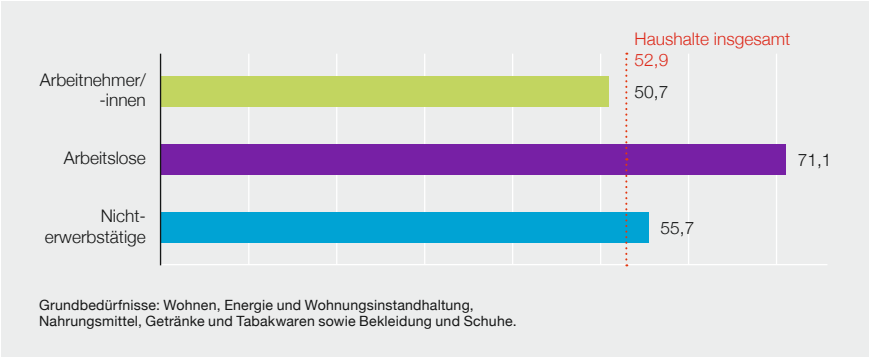
Private Konsumausgaben nach sozialer Stellung

Während die Unterschiede hinsichtlich des Konsumniveaus im Vergleich der sozialen Stellungen der Haupteinkommenspersonen zum Teil beträchtlich sind, ist die Konsumstruktur praktisch identisch. Mit zunehmender Höhe der Konsumausgaben nimmt der Anteil der Aufwendungen für die Grundbedürfnisse Ernährung, Bekleidung und Wohnen ab.

Haushalte von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen gaben 2011 für die Grundbedürfnisse Ernährung, Bekleidung und Wohnen 1 335 Euro aus; das war gut die Hälfte (51 %) ihrer gesamten Konsumausgaben (2 631 Euro). Bei den Haushalten von Nichterwerbstätigen waren es 1 049 Euro; der Anteil an den gesamten Konsumausgaben in Höhe von 1 889 Euro betrug damit 56 %. Die Haushalte von arbeitslosen Haupteinkommenspersonen hatten mit 1 066 Euro zwar die geringsten monatlichen Konsumausgaben, dafür war der Ausgabenanteil für Ernährung, Bekleidung und Wohnen mit 71 % (759 Euro) am höchsten. ▶ Abb 6

Gut ein Drittel (34 % oder 775 Euro) ihrer Konsumausgaben wendeten die privaten Haushalte in Deutschland für den Ausgabenbereich Wohnen, Wohnungsinstandhaltung und Energie auf. Mit durchschnittlich 837 Euro im Monat gaben die Arbeitnehmerhaushalte 32 % ihrer Ausgaben für diesen Bereich aus. Bei den Haushalten von Nichterwerbstätigen machten diese Ausgaben mit 726 Euro bereits einen Anteil von 39 % aus. Arbeitslosenhaushalte gaben für

▶ Abb 6 **Ausgaben privater Haushalte für Grundbedürfnisse nach sozialer Stellung der Haupteinkommensperson 2011 — in Prozent**



▶ Tab 4 **Konsumausgaben privater Haushalte nach sozialer Stellung der Haupteinkommensperson 2011**

	Arbeitnehmer/ -innen[1]		Arbeitslose		Nichterwerbs-tätige[2]	
	in Euro	in %	in Euro	in %	in Euro	in %
Private Konsumausgaben	**2 631**	**100**	**1 066**	**100**	**1 889**	**100**
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	362	13,7	205	19,2	256	13,6
Bekleidung und Schuhe	136	5,2	32	3,0	67	3,6
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	837	31,8	522	48,9	726	38,5
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und Haushaltsgegenstände	156	5,9	37	3,5	93	4,9
Gesundheitspflege	88	3,4	19	1,8	113	6,0
Verkehr	416	15,8	84	7,9	214	11,3
Nachrichtenübermittlung	66	2,5	45	4,2	44	2,3
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	294	11,2	64	6,0	200	10,6
Bildungswesen	24	0,9	4[3]	0,4[3]	7	0,4
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	147	5,6	21	2,0	95	5,0
Andere Waren und Dienstleistungen	105	4,0	31	2,9	72	3,8

1 Beamte/Beamtinnen, Angestellte und Arbeiter/-innen.
2 Pensionäre/Pensionärinnen, Rentner/-innen, Sozialhilfeempfänger/-innen, Altenteiler/-innen, nicht mehr im Erwerbsleben stehende Personen und Studierende mit eigenem Haushalt.
3 Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist.

Wohnen mit 522 Euro zwar am wenigsten aus, der Anteil an deren gesamten Konsumausgaben war mit 49 % jedoch am höchsten. Für Verkehr gaben Arbeitnehmerhaushalte mit 416 Euro (16 %) rund fünf Mal mehr aus als die Haushalte von Arbeitslosen (84 Euro, 8 %). Nichterwerbstätige hatten Verkehrsausgaben in Höhe von 214 Euro (11 %). ▸ Tab 4

Private Konsumausgaben nach Haushaltstyp

Deutliche Unterschiede in Niveau und Struktur zeigen sich dagegen bei den Konsumausgaben ausgewählter Haushaltstypen. Die höchsten Konsumausgaben tätigten im Jahr 2011 Paarhaushalte mit Kind(ern) mit durchschnittlich 3 184 Euro gefolgt von den Paaren ohne Kind mit 2 651 Euro monatlich. Unter dem Bundesdurchschnitt von 2 252 Euro lagen die Konsumausgaben der Haushalte von Alleinerziehenden (1 735 Euro) und Alleinlebenden (1 461 Euro). Berücksichtigt man, dass in Haushalten von Alleinerziehenden im Durchschnitt 2,3 Personen leben und in Paarhaushalten mit Kind(ern) durchschnittlich 3,7 Personen, so haben Alleinerziehende mit 754 Euro die niedrigsten Pro-Kopf-Konsumausgaben (Paarhaushalte mit Kindern: 861 Euro). Im Vergleich dazu hatten die Alleinlebenden mit 1 461 Euro die höchsten Pro-Kopf-Konsumausgaben. Alleinerziehende wendeten mit 59 % den größten Teil ihres Konsumbudgets für Ernährung, Bekleidung und Wohnen auf. Am niedrigsten lag der Grundversorgungsanteil bei den Paarhaushalten ohne Kind beziehungsweise mit Kind(ern) jeweils bei 51 %. In der anteilsmäßigen Zusammensetzung der Grundbedürfnisse weisen die einzelnen Haushaltstypen folgende Unterschiede auf: Während Paarhaushalte mit Kind(ern) und Alleinerziehende rund 15 % ihres gesamten Konsums für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren ausgaben, waren es bei den Alleinlebenden nur 12 %. Diese hatten aber mit 40 % den höchsten Ausgabenanteil für Wohnen, gefolgt von den Alleinerziehenden mit 38 %. Dagegen hatten Paarhaushalte mit Kind(ern) den geringsten Wohnkostenanteil (31 %).

Mit 16 % hatten Paarhaushalte mit Kind(ern) für den Bereich Verkehr den höchsten Ausgabenanteil. Alleinlebende und Alleinerziehende wiesen hier nur 12 % beziehungsweise 9 % auf. Unterschiede in den Ausgabenanteilen für den Bereich Freizeit, Unterhaltung und Kultur gab es zwischen den einzelnen Haushaltstypen kaum: Die Spanne lag bei 0,7 Prozentpunkten. Bei den Paarhaushalten mit Kind(ern) betrug der Ausgabenanteil 11,2 % und bei den Alleinlebenden lag er bei 10,5 %. Restaurant- und Hotelbesuche waren bei Paaren ohne Kind besonders beliebt: Für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen verwendeten sie 6 % ihres Konsumbudgets. Alleinerziehende hatten hier mit rund 4 % den niedrigsten Ausgabenanteil.

Für die Gesundheitspflege waren die Ausgabenanteile bei Paaren ohne Kind und bei Alleinlebenden mit rund 5 % beziehungsweise 4 % höher als bei Alleinerziehenden und bei Paaren mit Kind(ern) (jeweils unter 3 %). Die Gründe dürften hauptsächlich in den höheren Anteilen älterer Personen bei den Haushalten von Alleinlebenden und Paaren ohne Kind liegen.

Der Konsumbereich Nachrichtenübermittlung hat bei Alleinerziehenden einen vergleichsweise hohen Stellenwert: Ihr Budgetanteil für diesen Bereich war mit knapp 4 % am größten. Am geringsten war er bei den Paaren ohne Kind (2 %). ▸ Tab 5

▸ Tab 5 **Konsumausgaben privater Haushalte nach ausgewählten Haushaltstypen 2011**

	Alleinlebende		Allein-erziehende		Paare					
					insgesamt		ohne Kind		mit Kind(ern)	
	in Euro	in %	in Euro	in %	in Euro	in %	in Euro	in %	in Euro	in %
Private Konsumausgaben	**1 461**	**100**	**1 735**	**100**	**2 809**	**100**	**2 651**	**100**	**3 184**	**100**
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	179	12,2	257	14,8	399	14,2	370	14,0	469	14,7
Bekleidung und Schuhe	60	4,1	93	5,3	130	4,6	111	4,2	175	5,5
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	587	40,2	665	38,3	902	32,1	872	32,9	975	30,6
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und Haushaltsgegenstände	69	4,7	79	4,6	170	6,0	163	6,2	185	5,8
Gesundheitspflege	62	4,3	51	2,9	123	4,4	137	5,2	89	2,8
Verkehr	170	11,7	156	9,0	419	14,9	380	14,3	511	16,0
Nachrichtenübermittlung	43	2,9	62	3,6	62	2,2	57	2,1	74	2,3
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	154	10,5	187	10,8	312	11,1	294	11,1	355	11,2
Bildungswesen	8	0,5	24[1]	1,4[1]	20	0,7	7	0,2	53	1,7
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	70	4,8	77	4,4	163	5,8	159	6,0	172	5,4
Andere Waren und Dienstleistungen	59	4,0	84	4,9	109	3,9	102	3,8	125	3,9

1 Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist.

Private Konsumausgaben nach Haushaltsnettoeinkommen

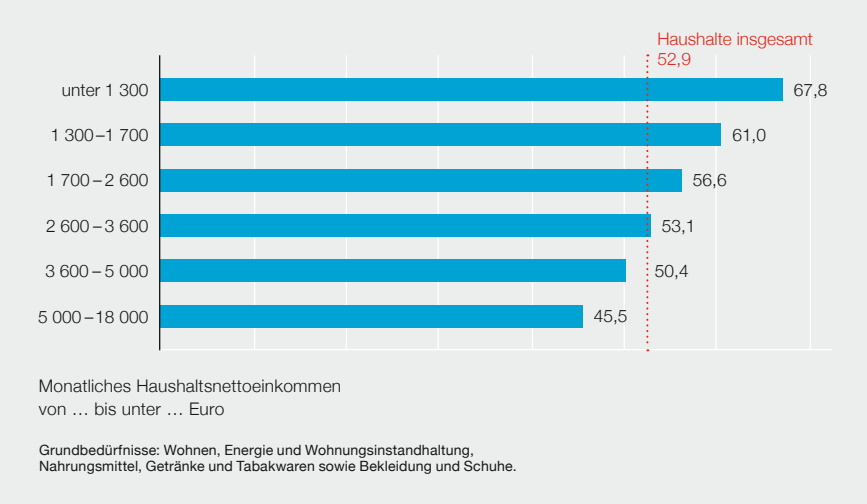
Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 1 300 Euro gaben im Jahr 2011 durchschnittlich 967 Euro im Monat für den privaten Konsum aus. Mehr als viermal so viel (4 209 Euro) wendete die Haushaltsgruppe mit dem höchsten monatlichen Nettoeinkommen von 5 000 bis unter 18 000 Euro für ihren Konsum auf.

Je höher das Nettoeinkommen ist, desto mehr geben die Haushalte in den einzelnen Konsumbereichen aus. Grundsätzlich nehmen auch die Anteile der Ausgaben für die jeweiligen Konsumbereiche bezogen auf das gesamte Konsumbudget mit steigendem Einkommen zu. Der Ausgabenanteil für die Grundbedürfnisse Ernährung, Wohnen und Bekleidung nimmt allerdings mit steigendem Einkommen ab: Während im Jahr 2011 die Haushalte der Einkommensgruppe unter 1 300 Euro durchschnittlich knapp 68 % (656 Euro) ihrer monatlichen Konsumausgaben zur Deckung der Grundbedürfnisse aufwendeten, machten diese Ausgaben bei den Haushalten der höchsten Einkommensgruppe anteilig knapp 46 % (1 919 Euro) aus. Innerhalb der Grundbedürfnisse weist allein der Bereich Bekleidung und Schuhe mit zunehmenden Einkommen auch steigende Ausgabenanteile auf. Höhere Einkommen bieten hier möglicherweise größere Spielräume für höherwertige Käufe. ▸ Abb 7

Auch die Ausgaben für Nachrichtenübermittlung waren 2011 prozentual gesehen mit steigendem Einkommen rückläufig. So wendeten die Haushalte mit weniger als 1 300 Euro Nettoeinkommen dafür anteilig im Durchschnitt knapp 4 % (37 Euro monatlich) auf, während Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen zwischen 5 000 und 18 000 Euro 2 % (83 Euro monatlich) dafür ausgaben.

Für Freizeit, Unterhaltung und Kultur gaben die Haushalte mit dem höchsten monatlichen Nettoeinkommen fast das Sechsfache (486 Euro, knapp 12 %) dessen

▸ Abb 7 **Ausgaben privater Haushalte für die Grundbedürfnisse nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen 2011 — Anteil an den Ausgaben in Prozent**



▸ Tab 6 **Konsumausgaben privater Haushalte nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen 2011**

	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von … bis unter … Euro											
	unter 1 300		1 300 – 1 700		1 700 – 2 600		2 600 – 3 600		3 600 – 5 000		5 000 – 18 000	
	in Euro	in %	in Euro	in %	in Euro	in %	in Euro	in %	in Euro	in %	in Euro	in %
Private Konsumausgaben	**967**	**100**	**1 372**	**100**	**1 819**	**100**	**2 386**	**100**	**3 090**	**100**	**4 209**	**100**
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	163	16,9	218	15,9	268	14,7	340	14,2	421	13,6	494	11,7
Bekleidung und Schuhe	34	3,5	55	4,0	74	4,1	102	4,3	145	4,7	237	5,6
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	459	47,4	564	41,1	687	37,8	826	34,6	991	32,1	1 188	28,2
Innenausstattung, Haushaltsgeräte, Haushaltsgegenstände	36	3,7	54	3,9	89	4,9	140	5,9	184	6,0	266	6,3
Gesundheitspflege	22	2,3	45	3,3	60	3,3	87	3,6	121	3,9	254	6,0
Verkehr	68	7,1	141	10,2	240	13,2	338	14,2	490	15,9	701	16,7
Nachrichtenübermittlung	37	3,9	45	3,3	51	2,8	61	2,6	67	2,2	83	2,0
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	83	8,6	132	9,6	192	10,6	261	11,0	349	11,3	486	11,6
Bildungswesen	4[1]	0,4[1]	11[1]	0,8[1]	9	0,5	15	0,6	24	0,8	42	1,0
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	30	3,1	58	4,2	81	4,5	122	5,1	175	5,7	279	6,6
Andere Waren und Dienstleistungen	30	3,1	52	3,8	66	3,6	94	3,9	122	4,0	180	4,3

1 Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist.

aus, was die Haushalte mit dem geringsten monatlichen Einkommen (83 Euro, knapp 9 %) aufwendeten. ▸ Tab 6

6.1.4 Ausstattung privater Haushalte mit Gebrauchsgütern

Aussagen über den erreichten materiellen Lebensstandard der privaten Haushalte in Deutschland lassen sich auch aus der Verfügbarkeit ausgewählter Gebrauchsgüter gewinnen. Dazu gehört zum Beispiel die Ausstattung mit Haushaltsgeräten, der Besitz von Fahrzeugen sowie von Geräten der Unterhaltungselektronik (unter anderem Videokamera/Camcorder, CD-Player, DVD-Player). Auch die Ausstattung mit Produkten der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) wie Personalcomputer, Mobiltelefon oder Internetzugang lassen wichtige Rückschlüsse auf die Lebensverhältnisse der Haushalte zu. ▸ Info 2

Ausstattung mit elektrischen Haushaltsgeräten

Elektrische beziehungsweise elektronische Haushaltsgeräte zählen zu den klassischen Ausstattungsgegenständen, die seit vielen Jahren im Rahmen der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) erfragt werden. »Traditionelle« Haushaltsgeräte wie der Kühlschrank sind in nahezu jedem Haushalt vorhanden. Hier lag der Ausstattungsgrad Anfang 2011 bei 99 %. Mikrowellengeräte standen in 72 % der Haushalte zur Verfügung. Hierbei konnten 67 % der privaten Haushalte eine Geschirrspülmaschine nutzen. Mit Ausstattungsgraden von knapp 69 % für das frühere Bundesgebiet ohne Berlin-West und knapp 61 % für die neuen Länder und Berlin gab es bei den Geschirrspülmaschinen allerdings einen leichten regionalen Unterschied. Ein weit größeres regionales Gefälle zeigte sich bei den Gefrierschränken beziehungsweise Gefriertruhen. Im früheren Bundesgebiet besaßen 60 % der Haushalte mindestens einen Gefrierschrank, während in den neuen Ländern und Berlin lediglich 46 % der Haushalte über ein solches Haushaltsgerät verfügten. Noch deutlichere regionale Unterschiede waren bei der Ausstattung mit Wäschetrocknern zu erkennen: Bei einem Ausstattungsgrad von knapp 40 % im Bundesdurchschnitt standen sich hier Anfang des Jahres 2011 Werte von 44 % in Westdeutschland und 23 % in Ostdeutschland gegenüber. ▸ Tab 7

Bestimmend für die Ausstattung mit elektrischen Haushaltsgeräten ist unter anderem die Haushaltsgröße. In Einpersonenhaushalten lag der Ausstattungsgrad für Mikrowellengeräte, Geschirrspülmaschinen, Gefrierschränke und Wäschetrockner Anfang 2011 deutlich unter den ermittelten Durchschnittswerten. Mit zunehmender Zahl der Haushaltsmitglieder werden technische Haushaltshilfen verstärkt in Anspruch genommen. Außer bei den Einpersonenhaushalten lagen die Ausstattungsgrade der genannten Güter deutlich über den Durchschnittswerten für alle Haushalte. Geschirrspülmaschinen standen beispielsweise in 97 % aller Haushalte mit fünf und mehr Personen zur Verfügung, verglichen mit dem durchschnittlichen Ausstattungsgrad von 67 %. In 83 % dieser Haushalte gab es Mikrowellengeräte (Bundesdurchschnitt: 72 %), in 70 % gab es Wäschetrockner (Bundesdurchschnitt: knapp 40 %) und in 84 % gab es mindestens einen Gefrierschrank (Bundesdurchschnitt: 57 %).

Ausstattung mit Gütern der Unterhaltungselektronik

Anfang des Jahres 2011 besaßen 96 % der privaten Haushalte in Deutschland mindestens einen Fernseher. In nahezu jedem zweiten Haushalt (49 %) war dies bereits ein Flachbildfernseher. Bei der erstmaligen Frage danach im Jahr 2006 stand lediglich in 5 % der Haushalte ein solches Gerät. Ebenfalls stark angestiegen ist im gleichen Zeitraum der Ausstattungsbe-

▸ Info 2

Ausstattungsgrad und Ausstattungsbestand

Der Ausstattungsgrad ist das statistische Maß dafür, wie viele Haushalte ein bestimmtes Gebrauchsgut besitzen. Beispielsweise bedeutet ein Ausstattungsgrad von 90 % Mobiltelefonen, dass 90 von 100 Haushalten mindestens ein Mobiltelefon haben. Rechnerisch wird der Ausstattungsgrad ermittelt durch die Zahl der Haushalte mit einem entsprechenden Gebrauchsgut, bezogen auf die Zahl der hochgerechneten Haushalte multipliziert mit 100.

Der Ausstattungsbestand ist das statistische Maß dafür, wie viele Gebrauchsgüter in 100 Haushalten vorhanden sind. Beispielsweise bedeutet ein Ausstattungsbestand von 166 Mobiltelefonen je 100 Haushalte, dass einige Haushalte mehr als ein Handy besitzen. Bei einer solchen Mehrfachausstattung ist der Ausstattungsbestand größer als der Ausstattungsgrad. Rechnerisch wird der Ausstattungsbestand ermittelt durch die Zahl des in den Haushalten vorhandenen jeweiligen Gebrauchsgutes, bezogen auf die Zahl der hochgerechneten Haushalte multipliziert mit 100.

▸ Tab 7 **Ausstattungsgrad privater Haushalte mit ausgewählten Haushaltsgeräten 2011**

	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West	Neue Länder und Berlin
Anzahl der erfassten Haushalte	7 888	6 122	1 766
Hochgerechnete Haushalte (in 1 000)	36 640	28 694	7 946
	Ausstattungsgrad je 100 Haushalte		
Geschirrspülmaschine	67,0	68,8	60,6
Mikrowellengerät	72,0	71,8	72,7
Gefrierschrank, Gefriertruhe	57,2	60,3	46,2
Wäschetrockner	39,7	44,2	23,3

stand: Während sich 2006 sechs Flachbildfernseher in 100 Haushalten befanden, waren es Anfang 2011 mit 64 Geräten je 100 Haushalte mehr als zehnmal so viele Geräte. Mehr als 46 % der Haushalte besaßen mehr als einen Fernsehapparat. Rund 24 % der Haushalte hatten mehr als einen Flachbildfernseher.

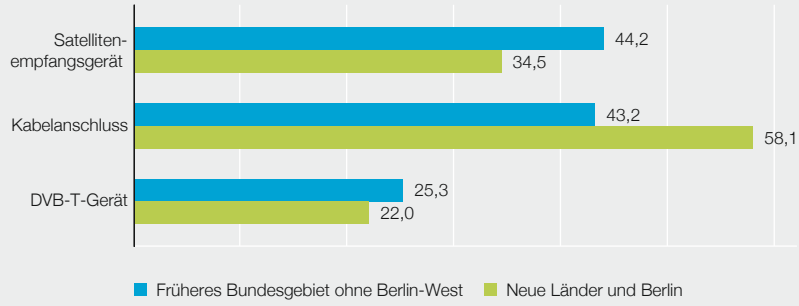
Der Empfang der Fernseh- beziehungsweise Radioprogramme erfolgte Anfang 2011 in 25 % der Privathaushalte über DVB-T-Receiver. Das waren doppelt so viele Haushalte wie im Jahr 2007 (12 %), als erstmals nach dieser Empfangsart gefragt wurde. Auch der Ausstattungsgrad mit Satellitenempfangsgeräten erhöhte sich in diesem Zeitraum von 39 % auf 42 %. Der Anteil der Haushalte mit Kabelanschlüssen ging dagegen von 50 % auf 46 % zurück. Auch bei diesen Empfangsgeräten gab es regionale Unterschiede in der Ausstattung zwischen dem früheren Bundesgebiet ohne Berlin-West und den neuen Ländern und Berlin. ▸ Abb 8

Anfang 2011 besaßen 88 % der Haushalte einen Fotoapparat. Die Betrachtung digitaler und analoger Geräte ergab folgendes Bild: Während Anfang 2004 – bei der erstmaligen Frage nach digitalen Fotoapparaten – in jedem fünften Haushalt (19 %) digital fotografiert werden konnte, waren es zu Beginn des Jahres 2011 bereits knapp 72 %. Im gleichen Zeitraum verringerte sich der Ausstattungsgrad mit analogen Fotoapparaten von 76 % auf 51 %. ▸ Abb 9

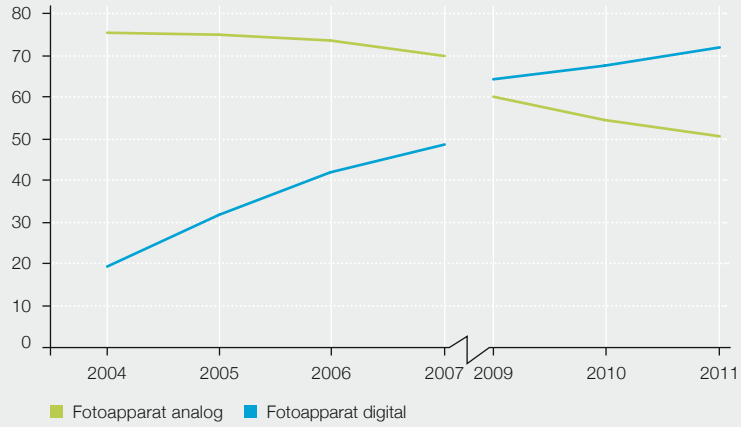
Auch bei Camcordern (Videokameras) ist der Trend von analoger hin zu digitaler Technologie erkennbar. Jeder fünfte Haushalt (22 %) in Deutschland besaß mindestens einen Camcorder (Videokamera). Über Camcorder mit analoger Technik verfügten 11 % der Haushalte, knapp 13 % konnten digital filmen. Der Ausstattungsgrad mit digitalen Geräten steigt seit Jahren stetig an (2004: 6 %), während die Ausstattung mit analogen Geräten im gleichen Zeitraum rückläufig ist. ▸ Abb 10

Geräte der modernen Unterhaltungselektronik finden sich vor allem in Haushalten mit Kindern. Während Anfang 2011 der Anteil der Haushalte, die im Besitz eines DVD-Players/-Recorders waren, bei

▸ Abb 8 **Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Satellitenempfangsgerät, Kabelanschluss und DVB-T-Gerät 2011 — in Prozent**

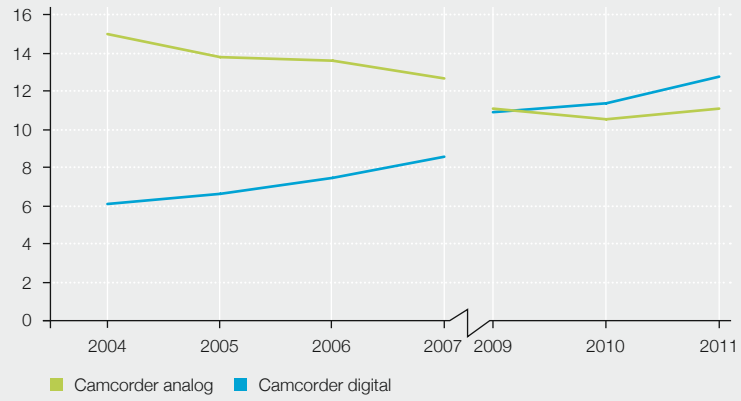


▸ Abb 9 **Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Fotoapparaten — in Prozent**



Keine LWR-Erhebung 2008.

▸ Abb 10 **Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Camcordern — in Prozent**



Keine LWR-Erhebung 2008.

rund 71 % lag, waren Alleinerziehende (82 %) und Paare mit Kind(ern) (93 %) weit überdurchschnittlich damit ausgestattet. Ein ähnliches Bild zeigt sich beim CD-Player/-Recorder: Im Bundesdurchschnitt besaßen 79 % aller privaten Haushalte Anfang 2011 einen CD-Player/-Recorder; rund 93 % der Alleinerziehenden und 90 % der Paarhaushalte mit Kind(ern) verfügten über ein solches Gerät. Bei MP3-Playern und Spielkonsolen zeigt sich der überdurchschnittliche Ausstattungsgrad von Haushalten mit Kindern noch deutlicher: Während Anfang 2011 im Bundesdurchschnitt 42 % der Haushalte einen MP3-Player besaßen, konnte bereits in 64 % der Haushalte von Alleinerziehenden und in 73 % der Haushalte von Paaren mit Kind(ern) Musik über dieses Medium abgespielt werden. Spielkonsolen waren durchschnittlich in jedem vierten Haushalt (24 %) in Deutschland vorhanden. In 59 % der Haushalte von Alleinerziehenden und in 62 % der Haushalte von Paaren mit Kind(ern) war ein solches Gerät verfügbar. ▶ Tab 8

▶ Tab 8 **Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Unterhaltungselektronik nach dem Haushaltstyp 2011 — in Prozent**

	Haushalte insgesamt	Alleinlebende	Allein-erziehende	Paare ohne Kind	Paare mit Kind(ern)
Spielkonsolen	23,9	9,1	59,0	10,6	62,1
MP3-Player	42,3	26,9	63,5	30,8	73,0
CD-Player/-Recorder	79,0	70,7	92,9	79,7	89,9
DVD-Player/-Recorder	71,3	56,3	82,0	74,4	92,7

▶ Tab 9 **Ausstattung privater Haushalte mit Festnetz- und Mobiltelefonen**

	Festnetztelefon			Mobiltelefon		
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West [1]	Neue Länder und Berlin [2]	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West [1]	Neue Länder und Berlin [2]
	Ausstattungsgrad					
2000	96,4	96,7	95,4	29,8	30,2	28,4
2011	92,7	93,6	89,5	90,0	89,9	90,2
	Ausstattungsbestand je 100 Haushalte					
2000	102,8	104,2	97,0	35,5	35,9	33,9
2011	114,6	117,9	102,5	165,7	168,1	156,8

1 2000: Früheres Bundesgebiet.
2 2000: Neue Länder und Berlin-Ost.

Ausstattung mit Telefon und Navigationssystem

Die Ausstattung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) nahm in den privaten Haushalten in Deutschland in den zurückliegenden Jahren deutlich zu. Die Haushalte partizipierten jedoch unterschiedlich an den neuen Technologien. Die Ausstattung der Haushalte mit Computer und Internetzugang sowie deren Nutzung wird ausführlich in Kapitel 12.1.2, Seite 335–341 beschrieben.

Das Handy gehört heute bereits ganz selbstverständlich zum Leben. Anfang des Jahres 2000 verfügten nahezu alle privaten Haushalte in Deutschland über ein Festnetztelefon (96 %), rund 30 % der Haushalte konnten bereits mobil, das heißt mit dem Handy telefonieren. Dieses Bild hat sich in den letzten elf Jahren stark gewandelt. Die Gesamtzahl der in den Privathaushalten vorhandenen Mobiltelefone stieg von 12,2 Millionen im Jahr 2000 auf 60,7 Millionen Mobiltelefone Anfang 2011. In 90 % aller privaten Haushalte konnte Anfang 2011 mit dem Handy telefoniert werden.

Die Entwicklung des Ausstattungsbestandes zeigt deutlich den technologischen Wandel in der Telekommunikation. Kamen Anfang 2000 auf durchschnittlich 103 Festnetztelefone je 100 Haushalte nur 36 Mobiltelefone, so hatte sich das Verhältnis Anfang 2011 deutlich umgekehrt: Auf durchschnittlich 115 Festnetztelefone in 100 Haushalten kamen 166 Handys. Anfang 2011 gab es rein rechnerisch 1,8 Mobiltelefone in jedem Handybesitzer-Haushalt. ▶ Tab 9

Auch das Alter der Haupteinkommensperson spielt eine Rolle beim Besitz von stationären oder mobilen Telefonen. Mit steigendem Alter der Haupteinkommenspersonen in den Haushalten war auch der Ausstattungsgrad dieser Haushalte mit Festnetztelefonen höher, während der Ausstattungsgrad mit Handys mit zunehmendem Alter stetig abnahm. So waren 96 % beziehungsweise 97 % der Haushalte mit Haupteinkommenspersonen von 25 bis 54 Jahren mit Mobiltelefonen ausgestattet sowie 90 % der Haushalte von 55- bis 69-Jährigen und von den 80-Jährigen und Älteren besaßen knapp 58 % der Haushalte ein solches Gerät. ▶ Tab 10

Ob und wie viele Mobil- beziehungsweise stationäre Telefone in den Haushalten vorhanden sind, wird deutlich vom Haushaltstyp beeinflusst, das heißt ob eine oder mehrere Personen und ob Kinder in den Haushalten leben. Alle Haushaltstypen – mit Ausnahme der alleinlebenden Männer – zeigten Anfang 2011 einen Ausstattungsgrad mit Festnetztelefonen von über 88 %. Die Verfügbarkeit von Mobiltelefonen unterschied sich bei den einzelnen Haushaltstypen allerdings erheblich. Haushalte mit Kindern erreichten die höchsten Ausstattungsgrade mit Mobiltelefonen: Paare mit Kind(ern) waren zu 99 % mit Handys ausgerüstet. Bei den

▶ Tab 10 **Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Festnetz- und Mobiltelefon nach dem Alter der Haupteinkommensperson 2011**

	Haushalte insgesamt	Alter der Haupteinkommensperson von … bis … Jahre							
		18–24	25–34	35–44	45–54	55–64	65–69	70–79	80 und älter
Anzahl der erfassten Haushalte	7 888	42[1]	530	1 190	2 112	1 896	699	1 135	284
Hochgerechnete Haushalte (in 1 000)	36 640	368[1]	2 919	5 261	9 509	8 623	3 200	5 372	1 388
Ausstattungsgrad je 100 Haushalte									
Festnetztelefon	92,7	69,2[1]	79,7	93,2	92,4	95,3	93,8	95,8	97,3
Mobiltelefon	90,0	100,0[1]	97,0	96,9	95,6	90,1	89,0	77,8	57,5

1 Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist.

▶ Tab 11 **Ausstattungsgrad und -bestand privater Haushalte mit Festnetz- und Mobiltelefon nach Haushaltstyp 2011**

	Haushalte insgesamt	Alleinlebende		Allein-erziehende	Paare	
		Frauen	Männer		ohne Kind	mit Kind(ern)
Anzahl der erfassten Haushalte	7 888	1 411	757	225	2 922	1 152
Hochgerechnete Haushalte (in 1 000)	36 640	10 308	4 616	1 118	10 657	4 655
Ausstattungsgrad je 100 Haushalte						
Festnetztelefon	92,7	91,0	80,9	88,6	96,1	97,1
Mobiltelefon	90,0	79,5	87,3	98,1	92,8	99,0
Ausstattungsbestand je 100 Haushalte						
Festnetztelefon	114,6	95,1	89,6	101,6	126,0	129,3
Mobiltelefon	165,7	86,4	106,2	178,2	163,3	263,5

Alleinerziehenden waren es 98 %. Auch 93 % der Haushalte von Paaren ohne Kind besaßen ein Handy und waren damit überdurchschnittlich ausgestattet. Deutlich unterdurchschnittlich waren dagegen Mobiltelefone bei den Alleinlebenden verbreitet. Rund 87 % der alleinlebenden Männer verfügten Anfang 2011 über ein Mobiltelefon; bei den alleinlebenden Frauen waren es knapp 80 %. ▶ Tab 11

Haushalte mit Kind(ern) besaßen generell mehr als ein Handy. Bei den Haushalten von Paaren mit Kind(ern) kamen Anfang 2011 durchschnittlich knapp 264 Geräte auf 100 Haushalte. Ebenfalls sehr hoch war der Ausstattungsbestand bei den Alleinerziehenden mit durchschnittlich 178 Mobiltelefonen je 100 Haushalte.

Anfang 2011 besaßen knapp 39 % der privaten Haushalte in Deutschland ein Navigationsgerät. Obwohl Navigationsgeräte als Aktionsangebote auch von Lebensmitteldiscountmärkten angeboten werden, ist für den Besitz eines solchen Gerätes immer noch die Höhe des Haushaltseinkommens von Bedeutung. Die Ausstattung mit Navigationsgeräten steigt mit zunehmendem Einkommen. Während Anfang 2011 der Anteil der Haushalte mit Navigationsgeräten in den Einkommensklassen bis unter 2 600 Euro netto monatlich bei höchstens 45 % lag, waren 57 % der Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 2 600 Euro bis unter 3 600 Euro im Besitz eines Navigationssystems. Zwei von drei Haushalten der Nettoeinkommensklasse von 3 600 bis unter 5 000 Euro besaßen ein solches Gerät, und 74 % der Haushalte mit 5 000 bis unter 18 000 Euro monatlichem Haushaltseinkommen ließen sich von einem eigenen Navigationssystem leiten. ▶ Abb 11

Ausstattung mit Fahrzeugen

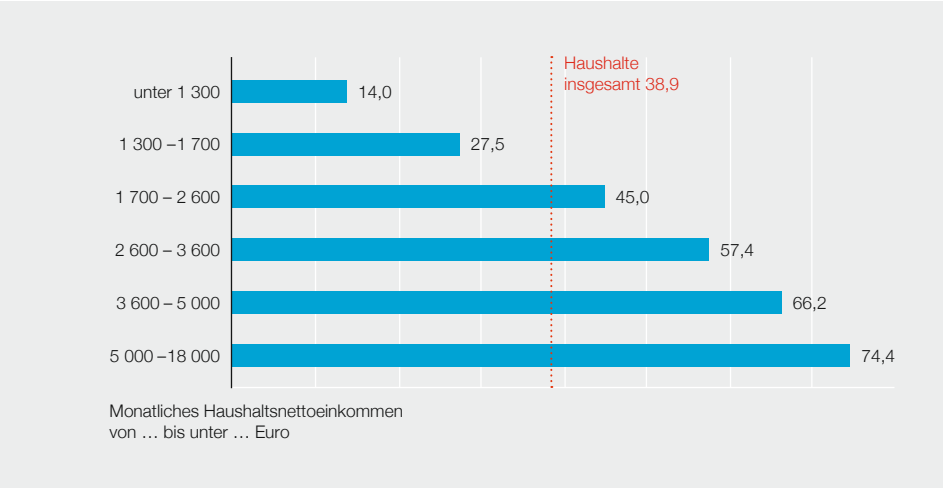
Die Laufenden Wirtschaftsrechnungen liefern auch Informationen über die Ausstattung der privaten Haushalte in Deutschland mit Fahrrädern und Personenkraftwagen (Pkw) und damit über die Mobilitätsmöglichkeiten der Haushalte.

Das Fahrradfahren erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit. Zu Beginn des Jahres 2011 standen 67,3 Millionen Fahrräder in den privaten Haushalten. Der Ausstattungsgrad liegt seit dem Jahr 2009 konstant bei rund 81 %.

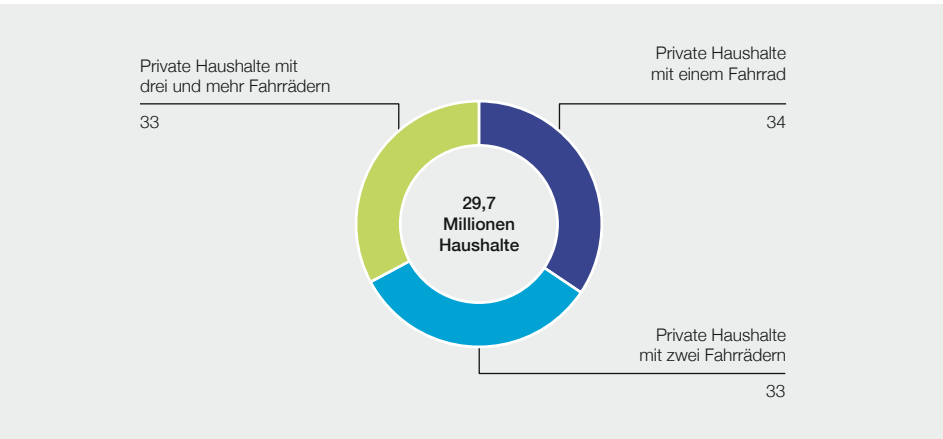
Haushalte, in denen Kinder leben, sind am besten mit Fahrrädern ausgestattet. Bei den Haushalten von Alleinerziehenden lag der Ausstattungsgrad Anfang 2011 bei knapp 95 % und bei den Haushalten von Paaren mit Kind(ern) bei knapp 98 %. Von den Einpersonenhaushalten verfügten nur 69 % über mindestens ein Fahrrad (Männer: 73 %, Frauen: 67 %). Paare ohne Kind lagen mit 83 % leicht über dem Bundesdurchschnitt.

Fahrräder sind in den Haushalten meist mehrfach vorhanden. Von den 29,7 Millionen

▶ Abb 11 **Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Navigationssystemen nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen 2011 — in Prozent**



▶ Abb 12 **Ausstattung privater Haushalte mit einem Fahrrad oder mehreren Fahrrädern 2011 — in Prozent**



Haushalten mit Fahrrädern verfügte Anfang 2011 mehr als ein Drittel (34 %) über ein Fahrrad. Jeweils ein Drittel besaß zwei Fahrräder und ein weiteres Drittel drei und mehr Fahrräder. Rein rechnerisch besaß somit ein Fahrradhaushalt 2,3 Fahrräder. ▶ Abb 12

Überdurchschnittlich mit Fahrrädern ausgestattet waren Anfang 2011 die Haushalte mit 25- bis 64-jährigen Haupteinkommenspersonen. Mit einem Ausstattungsgrad von 91 % war der Anteil bei den 35- bis 44-Jährigen am höchsten. Selbst in den Haushalten mit 70- bis 79-jährigen Haupteinkommenspersonen betrug der Anteil der Haushalte mit mindestens einem Fahrrad noch 70 %. Der Besitz eines Fahrrads ist auch in den Haushalten von 80-Jährigen und Älteren durchaus keine Seltenheit: 42 % besaßen mindestens ein Fahrrad – wobei die Ausstattung nichts über die tatsächliche Nutzung verrät.

Anfang 2011 stand in 78 % der privaten Haushalte in Deutschland mindestens ein Auto. In den neuen Ländern und Berlin lag der Anteil bei 71 %, während im früheren Bundesgebiet ohne Berlin-West 80 % der Haushalte über ein Auto verfügten.

Rund 47 % der Privathaushalte besaßen Anfang 2011 einen oder sogar mehrere Gebrauchtwagen, in 36 % der Haushalte stand ein Neuwagen. Der Anteil der Haushalte mit geleasten Pkw lag Anfang 2011 bei knapp 4 %. ▶ Tab 12

Die Entscheidung zwischen »neu« oder »gebraucht« beim Kauf eines Pkw wird unter anderem durch die Höhe des monatlichen Nettoeinkommens der Haushalte beeinflusst. Mit steigendem Nettoeinkommen nimmt auch der Ausstattungsgrad der Haushalte mit Neuwagen zu. Dieser lag Anfang 2011 bei einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 5 000 bis unter 18 000 Euro mit rund 56 % weit über dem Durchschnittswert aller privaten Haushalte von 36 %. Im Gegensatz dazu lag der Neuwagenanteil in Haushalten der beiden untersten Einkommensgruppen (unter 1 300 Euro sowie 1 300 bis unter 1 700 Euro) bei 19 % beziehungsweise bei 32 %. Betrachtet man die Anzahl der Pkw in den privaten Haushalten, werden die einkommensabhängigen Unterschiede noch deutlicher: Während in 100 Haushalten der untersten Nettoeinkommensklasse 50 Pkw zu finden waren, besaßen die Haushalte der höchsten Einkommensklasse mit 191 Pkw je 100 Haushalte knapp viermal so viele Autos.

Bei der Ausstattung mit Pkw gibt es auch ein Altersgefälle sowohl in Richtung der Haushalte mit älteren als auch jüngeren Haupteinkommenspersonen. Haushalte mit 80-jährigen und älteren Haupteinkommenspersonen (55 %) beziehungsweise mit 70- bis 79-jährigen Haupteinkommenspersonen (74 %) sowie auch Haushalte mit bis 24-Jährigen (56 %) waren deutlich geringer mit Pkw ausgestattet als die Altersgruppen von 35 bis 64 Jahre. In diesen Altersgruppen wurden Anfang 2011 Ausstattungsgrade von über 79 % erreicht. ▶ Tab 13

Bei den Haushalten von Paaren mit Kind(ern) lag 2011 der Ausstattungsgrad mit Pkw (95 %) sehr viel höher als bei Haushalten von Alleinerziehenden (71 %) und Alleinlebenden (58 %). Rund 92 % der Haushalte von Paaren ohne Kind besaßen ein Auto.

▶ Tab 12 **Ausstattungsgrad und -bestand privater Haushalte mit Personenkraftwagen 2011**

	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West	Neue Länder und Berlin
	Ausstattungsgrad je 100 Haushalte		
Personenkraftwagen	77,9	79,7	71,4
fabrikneu gekauft	36,2	37,1	33,2
gebraucht gekauft	46,7	47,9	42,2
geleast[1]	3,6	3,9	2,3[2]
	Ausstattungsbestand je 100 Haushalte		
Personenkraftwagen	102,5	105,2	92,7
fabrikneu gekauft	40,8	41,8	37,2
gebraucht gekauft	57,8	59,1	53,0
geleast[1]	3,9	4,3	2,5[2]

1 Auch vom Arbeitgeber oder vom eigenen Unternehmen zur Verfügung gestellt. Keine Ratenkäufe.
2 Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist.

▶ Tab 13 **Ausstattungsgrad und -bestand privater Haushalte mit Personenkraftwagen nach Alter der Haupteinkommensperson 2011**

	Haushalte insgesamt	Alter der Haupteinkommensperson von ... bis ... Jahre							
		18–24	25–34	35–44	45–54	55–64	65–69	70–79	80 und älter
Ausstattungsgrad (in %)	77,9	55,8[1]	70,0	85,3	81,8	79,4	77,0	73,7	55,3
Ausstattungsbestand (Anzahl je 100 Haushalte)	102,5	76,6[1]	90,1	116,6	118,6	107,6	88,6	80,7	57,1

1 Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist.

6.1.5 Überschuldung und Privatinsolvenz

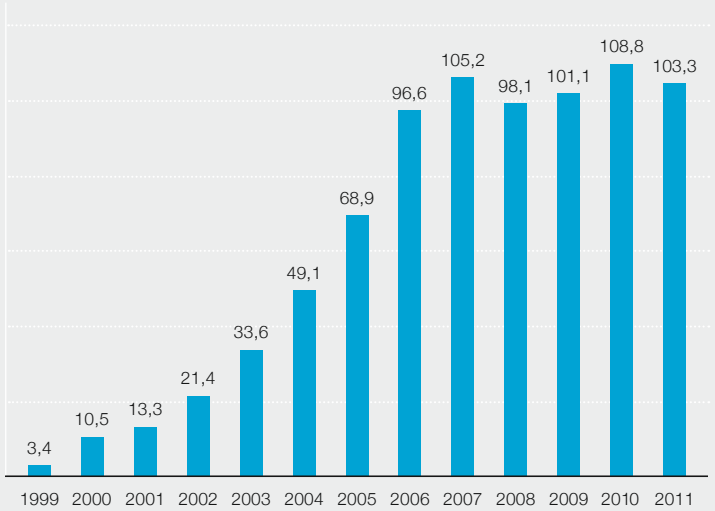
Bei Personen, die als absolut überschuldet gelten, sind die Zahlungsrückstände so gravierend, dass als letzter Ausweg nur die Privatinsolvenz bleibt. Verlässliche Daten zur absoluten Überschuldung von Privatpersonen – nicht Haushalten – liefern die Gerichte.

Seit Einführung der neuen Insolvenzordnung im Jahr 1999 nutzten bis Ende 2011 rund 800 000 Privatpersonen, die als Verbraucher in eine Notlage geraten sind, ein Verbraucherinsolvenzverfahren, um nach einer sogenannten Wohlverhaltensphase von ihren restlichen Schulden befreit zu werden. Weitere 450 000 Personen, die ebenfalls als absolut überschuldet gelten, wurden durch das Scheitern einer selbstständigen Tätigkeit zahlungsunfähig. Auch sie haben die Möglichkeit, ihre Schulden gerichtlich regulieren zu lassen. Die Gesamtzahl der Privatinsolvenzen hat, mit Ausnahme von 2008 und 2011, von Jahr zu Jahr zugenommen. Im Jahr 2011 gab es rund 103 000 Verbraucherinsolvenzen. Dabei muss der Auslöser für die Überschuldung nicht in der Gegenwart liegen, sondern kann viele Jahre zurückreichen. ▶ Abb 13

Die gerichtlichen Akten informieren zwar vollständig über die Zahl der Privatinsolvenzen, nicht jedoch über die Gesamtzahl aller überschuldeten Personen. Sie enthalten auch keine Informationen zum Personenkreis und zu den Umständen, die zur Überschuldung geführt haben. Um zumindest Aussagen zu den sozioökonomischen Strukturen der überschuldeten Personen treffen zu können sowie die Ursachen und Hauptgläubiger statistisch zu belegen, werden seit dem Jahr 2006 zusätzlich Schuldnerberatungsstellen nach ihrer Klientel befragt. Mit dieser freiwilligen Erhebung kann über die Insolvenzstatistik hinaus ein wesentlicher Beitrag zur Darstellung der Schuldensituation von Privatpersonen geleistet werden.

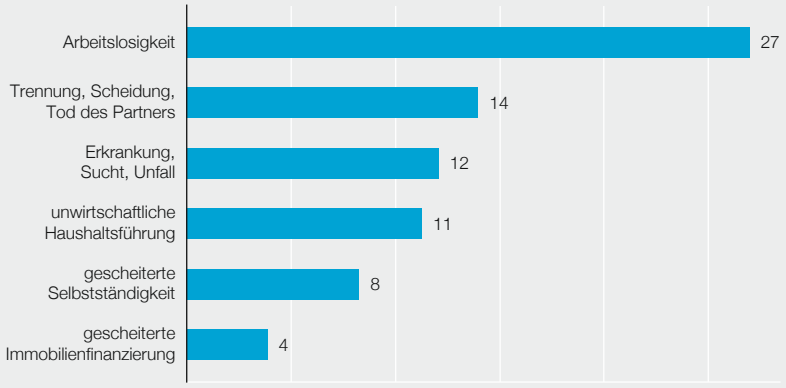
Schuldnerberatungsstellen haben die Aufgabe, Menschen, die in wirtschaftliche oder existenzielle Not geraten sind oder zu geraten drohen, eine angemessene Hilfestellung zu leisten. Diese zielt auf eine Sanierung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Betroffenen ab. Darüber hinaus gehört auch die Erörterung von Präventionsmaßnahmen zum Beratungsangebot. Durch ihre Tätigkeit verfügen die Beratungsstellen über einen großen Datenpool zur Überschuldungssituation, der sich auch für statistische Zwecke nutzen lässt. Von 220 der rund 1 000 Beratungsstellen, die unter der Trägerschaft der Verbraucher- und Wohlfahrtsverbände sowie der Kommunen stehen, wurden für das Jahr 2011 die Daten von etwa 74 000 Personen übermittelt. Allerdings müssen diese Personen nicht zwangsläufig überschuldet sein, teilweise ist auch nur eine

▶ Abb 13 **Entwicklung der Verbraucherinsolvenzen — in Tausend**



Ohne ehemals Selbstständige.

▶ Abb 14 **Beratene Personen nach dem Hauptauslöser der Überschuldung, ausgewählte Ergebnisse 2011 — in Prozent**



vorübergehende Zahlungsstörung eingetreten oder die Folgen einer Zahlungsunwilligkeit sollen ausgeräumt werden.

Menschen die – verschuldet oder unverschuldet – in finanzielle Not geraten sind, verlieren häufig ihren sozialen Status. Nicht selten kommt es zur gesellschaftlichen Ausgrenzung, denn Arbeitslosigkeit und unerwartete gravierende Änderungen der Lebensumstände stellen für sich genommen schon eine schwere Belastung dar, auch ohne die damit verbundenen finanziellen Folgen. Arbeitslosigkeit wurde für rund 27 % der beratenen Personen als Grund für ihre finanziellen Schwierigkeiten genannt. Bei rund einem Viertel (26 %) waren kritische Lebensereignisse wie eine Scheidung, der Tod des Partners, eine Krankheit oder ein Unfall Auslöser der Misere. Selbstverschuldete Zahlungsschwierigkeiten wegen unwirtschaftlicher Haushaltsführung oder gescheiterter Immobilienfinanzierung waren bei etwa 15 % der beratenen Personen ausschlaggebend für die Inanspruchnahme des Dienstes einer Beratungsstelle. Bei rund 8 % der beratenen Personen lag der Grund für die Überschuldung im Scheitern der Selbstständigkeit. ▶ Abb 14

Gut ein Drittel (35 %) aller beratenen Personen hatten nicht mehr als vier Gläubiger. Im Durchschnitt beliefen sich die Schulden aller einbezogenen Personen auf knapp 35 000 Euro. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in dieser Summe auch die hypothekarisch gesicherten Kredite für die Immobilienfinanzierung und die Verbindlichkeiten aus früherer Selbstständigkeit enthalten sind. Diese Schulden sind überwiegend höher als andere Schuldenarten.

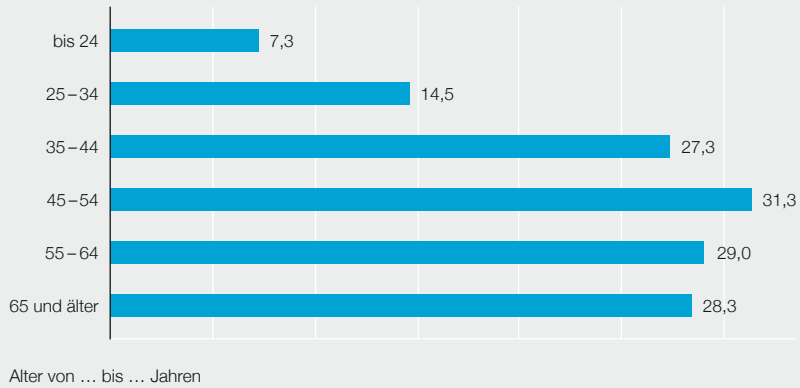
Bei Ausschluss der Personen mit Hypothekenverbindlichkeiten und der ehemals Selbstständigen lässt sich eine Schuldenlast von durchschnittlich etwa 23 000 Euro errechnen. Wird an dieser Stelle statt des Durchschnitts der Median berechnet, ergibt sich ein Wert von gut 12 000 Euro. Der Median ist rechnerisch die Zahl, die genau in der Mitte liegt, wenn man die Werte der Größe nach sortiert. Für die Überschuldung bedeutet das, dass die Schulden von 50 % der Schuldner über 12 000 Euro liegen. Bei den anderen 50 % dieser Schuldner jedoch liegen die Zahlungsrückstände darunter.

Auch bei Personen, die weder Verpflichtungen aus Hypothekenverbindlichkeiten haben noch früher selbstständig waren, entfallen knapp die Hälfte aller Schulden auf Banken in Form von Raten- und Dispositionskrediten. Mit großem Abstand folgen die Schulden bei Inkassobüros (14 %) sowie öffentlichen Gläubigern wie beispielsweise Finanzämtern (10 %). Personen, die ihren Verpflichtungen für in Anspruch genommene Ratenkredite nicht mehr nachkommen können, stehen bei ihren Banken im Durchschnitt mit rund 23 000 Euro im Soll. Hat eine Person Schulden bei anderen Privatpersonen, so belaufen sich diese auf durchschnittlich etwa 11 000 Euro. Für

nicht geleistete Unterhaltsverpflichtungen ergibt sich ein durchschnittlicher Rückstand von knapp 8 000 Euro.

Je nach Alter und Lebensform gibt es unterschiedliche Schwerpunkte, was die Art und die Höhe der Schulden anbelangt. Aus den Erkenntnissen, die die Überschuldungsstatistik bietet, sind einige beispielhaft herausgegriffen: So sind die bis 24-jährigen Überschuldeten zwar mit der niedrigsten Summe an Ratenkrediten in Rückstand (durchschnittlich knapp 6 000 Euro), weisen allerdings mit durchschnittlich etwa 2 000 Euro die höchsten nicht beglichenen Telefonrechnungen aller Altersklassen auf. Personen ab 55 Jahren haben unter allen Altersklassen mit knapp 3 000 Euro die höchsten durchschnittlichen Schulden bei Versandhäusern. Die höchsten durchschnittlichen Mietrückstände besitzen die 45- bis 54-Jährigen sowie Personen, die in einer Ehe oder in einer Lebensgemeinschaft leben (jeweils etwa 4 000 Euro). Schulden aus Unterhaltsverpflichtungen haben vor allem Männer: alleinlebende Männer verfügten dabei durchschnittlich über 8 000 Euro Schulden, in einer (neuen) Ehe beziehungsweise Lebensgemeinschaft Lebende über rund 9 000 Euro. ▸ Abb 15

▸ Abb 15 **Durchschnittliche Schulden nach Altersklassen 2011 — je Schuldner in Tausend Euro**



Ohne ehemals Selbstständige und Personen mit Hypothekarkrediten.

6.1.6 Zusammenfassung

Rund 62 % der Haushaltsbruttoeinkommen stammten 2011 aus Erwerbseinkünften. Das Bruttoeinkommen im Osten betrug 75 % des Westniveaus. Im Osten war der Anteil der öffentlichen Transferleistungen mit 28 % am Bruttoeinkommen um sechs Prozentpunkte höher als im Westen.

Knapp 24 % ihres Bruttoeinkommens führten die Haushalte 2011 als Steuern und Abgaben ab. Der Anteil der reinen Steuerbelastung war im früheren Bundesgebiet mit knapp 11 % höher als in den neuen Ländern und Berlin mit 8 %.

In 29 % aller privaten Haushalte lag das durchschnittliche monatliche Haushaltsnettoeinkommen unter 1 700 Euro, während 14 % aller Privathaushalte über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von 5 000 bis unter 18 000 Euro verfügten.

Im Bundesdurchschnitt wurden knapp 74 % der ausgabefähigen Einnahmen für den privaten Konsum verwendet. Mit einem Drittel (34 %) hatten die Wohnkosten den größten Anteil an den privaten Konsumausgaben. Die anteiligen Ausgaben für Verkehr sowie für Nahrungsmittel waren fast gleich hoch (14 %). Je geringer das Haushaltseinkommen, desto größer war der Anteil der Ausgaben für die Grundbedürfnisse Wohnen, Essen und Bekleidung.

Die Ausstattung der Haushalte mit Gebrauchsgütern lässt Schlüsse auf den erreichten materiellen Wohlstand zu. Bei vielen elektrischen Haushaltsgeräten war Anfang 2011 eine Vollversorgung erreicht, ebenso bei herkömmlichen Unterhaltungsgeräten (wie zum Beispiel bei Fernsehern). Mit neueren elektronischen Unterhaltungsgeräten sind Haushalte mit Kindern besser ausgestattet als der Durchschnittshaushalt. In vielen Haushalten sind mittlerweile mehrere Handys vorhanden. Ob mit dem Handy oder im Festnetz telefoniert wird, hängt stark vom Alter des Hauptverdieners ab.

Rund 78 % der Haushalte besaßen Anfang 2011 ein Auto und 81 % der Haushalte mindestens ein Fahrrad. Im Osten lag der Ausstattungsgrad mit Autos um rund acht Prozentpunkte niedriger als im Westen. Von zentraler Bedeutung für die Entscheidung, einen Neu- oder Gebrauchtwagen anzuschaffen, ist vor allem die Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens. Rund 36 % der Personenkraftwagen der privaten Haushalte in Deutschland waren Anfang 2011 fabrikneu gekauft.

Im Jahr 2011 gab es rund 103 000 Verbraucherinsolvenzen. Schuldner, die dieses Verfahren durchlaufen, gelten als absolut überschuldet. Die Privatinsolvenz eröffnet ihnen die Möglichkeit, nach einer Wohlverhaltensphase von ihren Restschulden befreit zu werden.

Hauptauslöser für Überschuldung waren 2011 Arbeitslosigkeit (27 %), Tod des Partners, Trennung beziehungsweise Scheidung (14 %) und Unfall, Erkrankung beziehungsweise Sucht (12 %). Die durchschnittliche Last der Schuldner betrug (ohne Personen mit Hypothekenverbindlichkeiten und ehemals selbstständige Schuldner) rund 23 000 Euro. Je nach Alter und Lebenssituation unterscheiden sich die Schulden in der Höhe und im Verschuldungsgrund.

6.2 Einkommensungleichheit, Armut und materielle Entbehrung

Silvia Deckl

Destatis

Die Förderung der sozialen Integration von Menschen, die unter Armut und sozialer Ausgrenzung leiden, ist fest in der europäischen Sozialpolitik verankert. Im Rahmen der sogenannten »Offenen Methode der Koordinierung« definieren die Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf freiwilliger Basis gemeinsame sozialpolitische Ziele und entsprechende Kennzahlen (Sozialindikatoren), um die Entwicklungen in den Mitgliedstaaten vergleichbar zu machen. Im Frühjahr 2010 beschloss der Rat der Europäischen Union zudem die Wachstumsstrategie »Europa 2020«. Eines der Kernziele dieser Strategie ist die Verminderung von Armut und sozialer Ausgrenzung in der Europäischen Union.

Die im vorliegenden Kapitel dargestellten Ergebnisse für Deutschland wurden aus der jährlich durchgeführten und europaweit vergleichbaren Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen der Bevölkerung (European Union Statistics on Income and Living Conditions – EU-SILC) ermittelt. Diese Statistik ist die zentrale, amtliche Datenquelle für die europäische und die nationale Sozialberichterstattung sowie für den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. EU-SILC bietet umfassende Informationen über die Lebensbedingungen der privaten Haushalte und der Bevölkerung in Europa. Die Bezeichnung der deutschen EU-SILC-Erhebung lautet LEBEN IN EUROPA. ▶ Info 1

Die Ergebnisse zur Armutsgefährdung werden im Abschnitt 6.2.1 für die Einkommensbezugsjahre 2009 und 2010 (die 2010 und 2011 erhoben wurden) dargestellt. In den Abschnitten 6.2.2 und 6.2.3 werden Ergebnisse zu wirtschaftlichen Belastungen, materieller Entbehrung und zu Belastungen im Zusammenhang mit den Wohnbedingungen der Bevölkerung für 2011 dargestellt.

6.2.1 Einkommensungleichheit und Armutsgefährdung

In der Wissenschaft wird Armut auf verschiedene Weise definiert. Die gängigste Definition bezeichnet Armut als eine Situation wirtschaftlichen Mangels, die verhindert, ein »angemessenes« Leben zu führen. Im Gegensatz zu vielen Entwicklungsländern bedeutet »angemessen« in den meisten Industriestaaten jedoch nicht das rein physische Überleben, sondern die Möglichkeit der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Daher werden in Deutschland und in der EU meist die »relative Armut« und die »relative Armutsgefährdung« betrachtet. Nach diesem Konzept ist armutsgefährdet, wer im Vergleich zum Durchschnitt der Bevölkerung eine festgelegte Einkommensgrenze unterschreitet.

Als Grundlage für die Berechnung von Einkommensungleichheit und Armut wird zunächst aus dem Haushaltsnettoeinkommen das sogenannte Nettoäquivalenzeinkommen gebildet. ▶ Info 2, 3

Die Armutsgefährdungsquote ist einer der wichtigsten Indikatoren in der europäischen Sozialberichterstattung. Sie gibt den Anteil der Menschen in der Bevölkerung

▶ Info 1

LEBEN IN EUROPA: Die Statistik zu Einkommen und Lebensbedingungen

In Deutschland wird EU-SILC (European Union Statistics on Income and Living Conditions) unter der Bezeichnung LEBEN IN EUROPA seit 2005 jährlich durchgeführt und liefert eine Vielzahl von Sozialindikatoren für Deutschland. Die Befragung erfolgt schriftlich in vier aufeinanderfolgenden Jahren und besteht aus einem Haushaltsfragebogen und einem Personenfragebogen für Haushaltsmitglieder ab 16 Jahren. An LEBEN IN EUROPA nehmen jedes Jahr zwischen 13 000 und 14 000 Privathaushalte teil, wobei jedes Jahr ein Viertel der Stichprobe neu ersetzt wird (Rotationspanel). Derzeit liegen Daten für die Jahre 2005 bis 2011 vor.

an, die weniger als 60 % des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung zur Verfügung haben. Der mittlere Wert oder der sogenannte »Median« markiert die Einkommensgrenze, die die Bevölkerung in eine untere und eine obere Hälfte teilt, und wird im Gegensatz zum Durchschnittswert durch Ausreißer nach oben oder unten nicht beeinflusst.

Anhand des Nettoäquivalenzeinkommens lässt sich die Einkommensverteilung in der Gesamtbevölkerung abbilden, die neben der Armutsquote ebenfalls von großem Interesse für eine effiziente und zielgerichtete Sozialpolitik ist.

Einkommensungleichheit

Wie hoch sind die durchschnittlichen Einkommen und die Einkommensunterschiede zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen? Welche Einkommenszuwächse oder -verluste treten bei einzelnen Personengruppen auf? Um diese Fragen zu beantworten, wird zunächst die Entwicklung des Medians der Nettoäquivalenzeinkommen der Jahre 2009 und 2010 beschrieben, die aus den Erhebungen 2010 und 2011 stammen.

Das Nettoäquivalenzeinkommen alleine reicht jedoch nicht aus, um genauere Aussagen über den materiellen Wohlstand der Bevölkerung zu treffen, da Einkommen in unterschiedlichem Maß auf die verschiedenen sozialen Gruppen verteilt sind. Erkenntnisse über diese Einkommensverteilung in der Gesamtbevölkerung sind sehr wichtig für eine effiziente und zielgerichtete Sozialpolitik. Das Ausmaß und die Struktur der Einkommensungleichheit werden mit dem sogenannten »S80/S20-Verhältnis« beziehungsweise mit dem sogenannten »Gini-Koeffizienten« beschrieben. ▶ Info 4

Zwischen 2009 und 2010 ist der Median der Nettoäquivalenzeinkommen der Gesamtbevölkerung in Deutschland von jährlich 18 797 Euro im Jahr 2009 auf 19 043 Euro im Jahr 2010 angestiegen. Der Einkommenszuwachs war bei Frauen zwischen 2009 und 2010 etwas höher (252 Euro) als bei Männern (203 Euro). Allerdings bestehen nach wie vor deutliche Unterschiede zwischen den Einkommen von Männern und Frauen: Der Median des Nettoäquivalenzeinkommens von Frauen war 2010 mit 18 700 Euro um 689 Euro niedriger als der von Männern (19 389 Euro). ▶ Tab 1

In der Untergliederung nach Altersgruppen zeigt sich, dass das mittlere Äquivalenzeinkommen bei Menschen zwischen 25 und 54 Jahren mit 20 703 Euro im Jahr 2010 deutlich über dem Wert für die Gesamtbevölkerung lag. Menschen in der Altersgruppe 55 bis 64 Jahre verfügten mit 19 087 Euro ebenfalls über ein leicht über dem Durchschnitt liegendes Einkommen. Anders bei den 65-Jährigen und Älteren: Hier lag das mittlere Einkommen mit 17 611 Euro unter dem Bundesdurchschnitt.

Haushalte mit zwei Personen unter 65 Jahren ohne Kind erzielten 2010 mit 23 742 Euro jährlich die höchsten Einkommen. Die niedrigsten Einkommen hatten Menschen in Haushalten von Alleinerziehenden mit 12 887 Euro. Der Einkommensanstieg war jedoch bei den Alleinerziehenden zwischen 2009 und 2010 mit einem Plus von 451 Euro (das entspricht 3,6 %) am höchsten, während das Einkommen in Haushalten von zwei

▶ Info 2

Haushaltsnettoeinkommen

Grundlage für Einkommens- und Armutsanalysen bei LEBEN IN EUROPA ist das verfügbare Haushaltsnettoeinkommen aus dem Vorjahr der Erhebung (Einkommensbezugsjahr), das sich ergibt aus dem Bruttoeinkommen eines Haushalts nach Abzug von:

- Steuern,
- Sozialversicherungsbeiträgen,
- regelmäßigen Vermögensteuern und
- regelmäßig zwischen Privathaushalten geleisteten Zahlungen.

Das Bruttoeinkommen eines Haushalts besteht aus haushalts- und personenbezogenen Komponenten.
Zum haushaltsbezogenen Bruttoeinkommen zählen:

- Einkommen aus Vermietung und Verpachtung,
- Familienleistungen (Kindergeld) und Wohnungsbeihilfen,
- Sozialgeld, Sozialhilfe, bedarfsorientierte Grundsicherung,
- regelmäßig empfangene Geldtransfers zwischen privaten Haushalten (zum Beispiel Unterhaltszahlungen),
- Zinsen, Dividenden und Gewinne aus Kapitalanlagen,
- Einkünfte von Haushaltsmitgliedern unter 16 Jahren.

Hinweis: Schätzwerte für unterstellte Mieten bei selbst genutztem Wohneigentum (sogenannte Eigentümermietwerte) werden hier, anders als in anderen amtlichen Statistiken (zum Beispiel der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe), nicht zum verfügbaren Haushaltseinkommen hinzugerechnet.

Zum personenbezogenen Bruttoeinkommen zählen:

- Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Tätigkeit in Form von Geld oder geldwerten Sachleistungen und/oder Sachleistungen (zum Beispiel Firmenwagen),
- Bruttogewinne und -verluste aus selbstständiger Tätigkeit in Form von Geldleistungen (einschließlich Lizenzgebühren),
- Arbeitslosengeld I und II, Übertragungen der Arbeitsförderung,
- Alters- und Hinterbliebenenleistungen,
- Krankengeld und Invaliditätsleistungen,
- ausbildungsbezogene Leistungen.

Erwachsenen mit einem Kind sogar leicht (– 0,3 %) zurückging (um 60 Euro).

Die Zuordnung zum überwiegenden Erwerbsstatus erfolgt bei LEBEN IN EUROPA aufgrund der Selbsteinschätzung der Befragten. Die Gruppe der Arbeitslosen verfügte weiterhin sowohl in der Untergliederung nach dem überwiegenden Erwerbsstatus als auch bezogen auf die Gesamtbevölkerung über die mit Abstand niedrigsten Jahreseinkommen. So standen im Jahr 2010 Arbeitslosen 9 485 Euro zur Verfügung. Das waren 479 Euro (5,3 %) mehr gegenüber 2009 (9 006 Euro). Die höchsten Einkommen hatten Menschen, die überwiegend erwerbstätig waren. Auch sie hatten mit einem Plus von 503 Euro jährlich (2,3 %) einen Zuwachs zu verzeichnen. Bei Menschen im Ruhestand war der Einkommensanstieg dagegen moderat (1,4 %). Sie verfügten 2010 über 17 183 Euro im Jahr, 2009 waren es noch 16 953 Euro gewesen. Damit blieben die Ruheständler 2010 in der Höhe ihres Einkommens deutlich hinter dem Bundesmedian zurück.

Ein hoher Bildungsstatus geht mit einem entsprechend hohen Einkommen einher: Der Median des Nettoäquivalenzeinkommens lag 2009 bei hoch gebildeten Personen bei 23 521 Euro und stieg 2010 um 360 Euro auf 23 881 Euro an. Menschen mit niedrigem Bildungsstatus hatten mit jährlich 15 355 Euro (2009) beziehungsweise 15 515 Euro (2010) ein weit unterdurchschnittliches Einkommen zur Verfügung (Bildungsstatus siehe Kapitel 2.1 Infokasten 2, Seite 45). Bei Personen mit einem mittleren Bildungsstand stieg der Median des Nettoäquivalenzeinkommens von 18 616 Euro im Jahr 2009 um 297 Euro auf 18 913 Euro im Jahr 2010 und lag damit knapp unter dem Bundesdurchschnitt.

Dass die Einkommen ungleich auf die verschiedenen soziodemografischen Gruppen verteilt sind, zeigt auch der Gini-Koeffizient, der sowohl 2009 als auch 2010 den Wert 0,29 annahm. Das bedeutet, dass das Ausmaß der Einkommensungleichheit im betrachteten Zweijahreszeitraum konstant geblieben ist. Das Verhältnis der Einkommen der 20 % einkommensstärksten Personen zu dem der 20 % einkommensschwächsten Personen blieb zwischen 2009 und 2010 ebenfalls konstant: Das obere Fünftel der Bevölkerung verfügte zusammen über ungefähr viereinhalbmal so viel Einkommen wie das untere Fünftel der Bevölkerung. ▸ Tab 2

Armutsgefährdung

Der Anteil der armutsgefährdeten Bevölkerung (Armutsgefährdungsquote) wird ermittelt, indem das Nettoäquivalenzeinkommen jeder Person mit einem Referenzwert (Schwellenwert für Armutsgefährdung) verglichen wird. Dieser Referenzwert wird aus der Einkommensverteilung abgeleitet und ist für die gesamte Bevölkerung gültig. Eine Person gilt als armutsgefährdet, wenn sie über ein Nettoäquivalenzeinkommen verfügt, das geringer ist als der Schwellenwert für Armutsgefährdung.

Im Rahmen der nationalen und europäischen Sozialpolitik hat man sich bei der Bestimmung der Armutsgefährdung

▸ Info 3

Nettoäquivalenzeinkommen

Das Nettoäquivalenzeinkommen ist ein Pro-Kopf-Einkommen, das berücksichtigt, in welcher Art von Haushalt die Menschen leben, um das Wohlstandsniveau von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu machen.

Es ist eine fiktive Rechengröße, die aus der Haushaltszusammensetzung und dem Haushaltsnettoeinkommen abgeleitet wird. Bei diesem Verfahren wird dem ersten erwachsenen Haushaltsmitglied ein Bedarfsgewicht von 1,0 und jedem weiteren Haushaltsmitglied ab 14 Jahren ein Bedarfsgewicht von 0,5 sowie Haushaltsmitgliedern unter 14 Jahren ein Bedarfsgewicht von 0,3 zugeordnet (nach modifizierter OECD-Skala).

Ein Beispiel: Zwei Erwachsene mit zwei Kindern unter 14 Jahren erhalten nach der modifizierten OECD-Skala ein Gesamtgewicht von 2,1 (1,0 + 0,5 + 0,3 + 0,3). Beläuft sich das verfügbare Nettoeinkommen eines solchen Haushalts auf 2 000 Euro monatlich, so ergibt sich als Nettoäquivalenzeinkommen 952,38 Euro monatlich (= 2 000 Euro geteilt durch 2,1), das jedem Haushaltsmitglied zugewiesen wird. Es wird also nicht die Zahl der Köpfe zugrunde gelegt, sondern ein Bedarfsgewicht, das (mit Ausnahme von Einpersonenhaushalten) immer niedriger ist, als die tatsächliche Anzahl der Personen im Haushalt, da in größeren Haushalten wirtschaftliche Einspareffekte auftreten (zum Beispiel durch gemeinsame Nutzung von Wohnraum und Haushaltsgeräten). Der Vier-Personen-Beispielhaushalt mit zwei erwachsenen Personen und zwei Kindern unter 14 Jahren benötigt bei der Berechnung also deshalb nicht das vierfache, sondern nur das 2,1-fache des Einkommens eines Einpersonenhaushalts, um das gleiche Wohlstandsniveau wie der Einpersonenhaushalt zu erreichen.

▸ Info 4

Wie groß ist die Ungleichheit in der Einkommensverteilung? S80/S20 Verhältnis und Gini-Koeffizient

Um den relativen Einkommensabstand zwischen dem oberen und unteren Rand der Einkommensverteilung (das sogenannte S80/S20-Verhältnis) zu beschreiben, wird das Nettoäquivalenzeinkommen der Personen der Höhe nach geordnet und in Quintile (fünf gleich große Teile) geteilt. Das unterste Quintil repräsentiert dabei das Fünftel der Bevölkerung mit den niedrigsten Einkommen, das oberste Quintil das Fünftel der Bevölkerung mit den höchsten Einkommen. Die Summe der Einkommen aus dem obersten Quintil, dividiert durch die Summe der Einkommen aus dem untersten Quintil, ergibt dann den Wert für das S80/S20-Verhältnis. Dieser Wert beschreibt, um wie viel höher das Einkommen des obersten Fünftels im Vergleich zum untersten Fünftel ist.

Ein anderes, häufig benutztes Verteilungsmaß ist der Gini-Koeffizient, ein statistisches Konzentrationsmaß. Wendet man ihn auf Einkommensdaten an, zeigt er, wie gleich oder ungleich Einkommen über eine Personengruppe verteilt sind. Bei der Berechnung wird die Ungleichheit in der Einkommensverteilung auf Basis aller individuellen Nettoäquivalenzeinkommen einer Personengruppe ermittelt. Der Gini-Koeffizient kann Werte zwischen Null (absolute Gleichheit) und 1 (absolute Konzentration) annehmen. Je näher der Wert an 1 ist, desto größer ist die Ungleichheit in der Einkommensverteilung.

▶ Tab 1 **Nettoäquivalenzeinkommen — in Euro pro Jahr**

	Median des Nettoäquivalenzeinkommens	
	2009	2010
Insgesamt	**18 797**	**19 043**
Männer	19 186	19 389
Frauen	18 448	18 700
Altersgruppen		
unter 18 Jahren	17 607	17 707
18 bis 24 Jahre	18 199	18 565
25 bis 54 Jahre	20 600	20 703
55 bis 64 Jahre	19 160	19 087
65 Jahre oder älter	17 167	17 611
Haushaltstypen		
Alleinlebende	15 697	15 671
Personen in Haushalten von …		
… zwei Erwachsenen, beide jünger als 65 Jahre	23 471	23 742
… zwei Erwachsenen, davon mindestens eine Person 65 Jahre oder älter	17 652	18 039
… Alleinerziehenden	12 436	12 887
… zwei Erwachsenen mit einem Kind	21 353	21 293
… zwei Erwachsenen mit zwei Kindern	19 429	19 616
Überwiegender Erwerbsstatus [1]		
Erwerbstätig	21 502	22 005
Arbeitslos	9 006	9 485
Im Ruhestand	16 953	17 183
Bildungsstatus [2]		
ISCED 0 bis 2 – niedrig	15 355	15 515
ISCED 3 bis 4 – mittel	18 616	18 913
ISCED 5 bis 6 – hoch	23 521	23 881

1 Personen ab 18 Jahren. Zuweisung zum überwiegenden Erwerbsstatus nach Selbsteinschätzung der Befragten.
2 Personen ab 18 Jahren. Aktueller Bildungsstatus nach der Internationalen Standardklassifikation im Bildungswesen (ISCED 97). ISCED 0 bis 2: Vorschule, Primärbereich und Sekundarstufe I. ISCED 3 bis 4: Sekundarstufe II und Post-Sekundarbereich. ISCED 5 bis 6: Tertiärbereich.

▶ Tab 2 **Einkommensungleichheit**

	Einkommensbezugsjahr	
	2009	2010
Gini-Koeffizient (Einkommensungleichheit)		
Insgesamt	**0,29**	**0,29**
Quintilsverhältnis (S80/S20-Rate)		
Insgesamt	**4,5**	**4,5**
Männer	4,6	4,6
Frauen	4,4	4,3
unter 65 Jahren	4,7	4,6
Männer	4,8	4,7
Frauen	4,6	4,5
65 Jahre oder älter	3,8	3,9
Männer	4,0	4,0
Frauen	3,6	3,7

auf einen Wert in Höhe von 60 % des Medians des Äquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung geeinigt. Demnach gilt eine Person als armutsgefährdet, wenn ihr Nettoäquivalenzeinkommen niedriger ist als 60 % des mittleren Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung. Der Schwellenwert für die Armutsgefährdung lag in Deutschland 2009 bei 11 278 Euro und 2010 bei 11 426 Euro pro Jahr. Das entsprach monatlich einem Betrag von 940 Euro (2009) beziehungsweise 952 Euro (2010).

Nach Zahlung staatlicher Sozialleistungen waren 2010 insgesamt 15,8 % der Bevölkerung armutsgefährdet. Gegenüber dem Jahr 2009 (15,6 %) hat sich die Quote damit etwas erhöht. Frauen waren auch 2010 mit 16,8 % stärker armutsgefährdet als Männer mit 14,9 % (Frauen 2009: 16,4 %; Männer 2009: 14,9 %). ▶ Tab 3

Die Betrachtung verschiedener Altersgruppen zeigt, dass junge Menschen zwischen 18 und 24 Jahren (2010: 19,0 %) sowie 55- bis 64-Jährige (2010: 20,4 %) in höherem Maße armutsgefährdet sind als andere Altersgruppen. Junge Menschen befinden sich häufig noch in einer Ausbildung oder stehen am Anfang des Berufslebens. In dieser Altersgruppe treten auch die größten Unterschiede zwischen den Geschlechtern auf. Mehr als jede fünfte Frau (21,8 %) zwischen 18 und 24 Jahren war 2010 armutsgefährdet, unter den gleichaltrigen Männern waren es dagegen nur 16,2 %. Ähnlich hoch war der Abstand bei 65-Jährigen und Älteren (2010 Frauen: 16,2 %; Männer: 12,0 %). Anders bei Personen im Alter von 55 bis 64 Jahren: in dieser Altersgruppe war der Abstand zwischen den Armutsgefährdungsquoten 2010 bei Frauen (21,1 %) und Männern (19,5 %) geringer. Auch bei den 25- bis 54-Jährigen fiel der Unterschied mit 0,2 Prozentpunkten (Frauen 2010: 14,9 %; Männer: 14,7 %) viel niedriger aus als bei den Jüngeren. Im Jahr 2009 hatte der Abstand noch 1,5 Prozentpunkte (Frauen: 14,8 %; Männer: 13,3 %) betragen.

Bezogen auf verschiedene Haushaltstypen zeigt sich, dass 2010 mit 37,1 % weit mehr als jede dritte Person in Haushalten von Alleinerziehenden armuts-

▶ Tab 3 **Schwellenwert für Armutsgefährdung und Armutsgefährdungsquote nach Zahlung staatlicher Sozialleistungen**

	Einkommensbezugsjahr	
	2009	2010
Schwellenwert für Armutsgefährdung (Euro/Jahr)	11 278	11 426
Armutsgefährdungsquote nach Zahlung von Sozialleistungen in %		
Insgesamt	**15,6**	**15,8**
Geschlecht und Altersgruppen		
Männer	14,9	14,9
Frauen	16,4	16,8
unter 18 Jahren	17,5	15,6
Männer	17,9	14,6
Frauen	17,2	16,8
18 bis 24 Jahre	18,9	19,0
Männer	16,0	16,2
Frauen	21,7	21,8
25 bis 54 Jahre	14,1	14,8
Männer	13,3	14,7
Frauen	14,8	14,9
55 bis 64 Jahre	18,9	20,4
Männer	19,6	19,5
Frauen	18,2	21,1
65 Jahre oder älter	14,1	14,2
Männer	12,1	12,0
Frauen	15,9	16,2
Haushaltstypen		
Alleinlebende	30,0	32,3
Männer	30,7	32,3
Frauen	29,5	32,2
Personen in Haushalten von …		
… zwei Erwachsenen, beide jünger als 65 Jahre	10,3	11,3
… zwei Erwachsenen, davon mindestens eine Person 65 Jahre oder älter	10,8	10,3
… Alleinerziehenden	43,0	37,1
… zwei Erwachsenen mit einem Kind	9,0	9,8
… zwei Erwachsenen mit zwei Kindern	8,8	8,7
Überwiegender Erwerbsstatus [1]		
Erwerbstätig	7,2	7,7
Arbeitslos	70,3	67,8
Im Ruhestand	13,4	14,0
Bildungsstatus [2]		
ISCED 0 bis 2 – niedrig	25,3	25,8
ISCED 3 bis 4 – mittel	14,1	14,7
ISCED 5 bis 6 – hoch	7,9	7,7

1 Personen ab 18 Jahren. Zuweisung zum überwiegenden Erwerbsstatus nach Selbsteinschätzung der Befragten.
2 Personen ab 18 Jahren. Aktueller Bildungsstatus nach der Internationalen Standardklassifikation im Bildungswesen (ISCED 97). ISCED 0 bis 2: Vorschule, Primärbereich und Sekundarstufe I. ISCED 3 bis 4: Sekundarstufe II und Post-Sekundarbereich. ISCED 5 bis 6: Tertiärbereich.

▶ Tab 4 **Armutsgefährdungslücke — in Prozent**

	Einkommens-bezugsjahr	
	2009	2010
Insgesamt	**20,7**	**21,4**
Männer	21,5	22,6
Frauen	19,6	20,6
unter 18 Jahren	17,8	17,2
Männer	17,9	17,2
Frauen	17,4	17,2
18 bis 64 Jahre	22,7	24,5
Männer	23,7	25,3
Frauen	21,8	22,8
65 Jahre oder älter	16,6	17,6
Männer	18,0	17,3
Frauen	15,5	17,8

gefährdet war. Ähnlich hoch war das Armutsrisiko im Jahr 2010 jedoch auch bei Alleinlebenden (Frauen: 32,2 %; Männer: 32,3 %). Deutlich seltener waren dagegen unter 65-jährige Paare ohne Kind (2010: 11,3 %) und Paare ohne Kind mit mindestens einer Person im Alter von 65 Jahren oder älter (2010: 10,3 %) von Armut betroffen. Auch Paare mit einem Kind (2010: 9,8 %) und mit zwei Kindern (2010: 8,7 %) hatten niedrigere Armutsgefährdungsquoten.

Erwerbstätigkeit und ein hoher Bildungsstatus schützen auch am besten vor einer prekären Einkommenssituation. Das zeigen die Armutsgefährdungsquoten für die Erwerbstätigen und die Hochgebildeten, die im Zeitverlauf weit unterdurchschnittliche Werte aufweisen: Dennoch waren 2010 immerhin noch jeweils 7,7 % der Erwerbstätigen und 7,7 % der Hochgebildeten von Armut bedroht, ein Jahr zuvor (2009) lagen die Quoten bei 7,2 % (Erwerbstätige) und 7,9 % (Hochgebildete). Unter der Bevölkerung mit niedrigem Bildungsstand war sowohl 2009 (25,3 %) als auch 2010 (25,8 %) mehr als jede beziehungsweise jeder Vierte

▶ Info 5

Materielle Entbehrung

»Materielle Entbehrung« umfasst einerseits verschiedene Formen wirtschaftlicher Belastung (zum Beispiel Hypotheken- oder Mietschulden, Zahlungsrückstände oder Probleme, die Rechnungen von Versorgungsbetrieben zu begleichen) und andererseits einen aus finanziellen Gründen erzwungenen Mangel an Gebrauchsgütern, wobei der Mangel durch die unfreiwillige Unfähigkeit (im Unterschied zur Wahlfreiheit) bedingt ist, für gewisse Ausgaben aufkommen zu können. Materielle Entbehrung liegt nach der EU-Definition für EU-SILC dann vor, wenn aufgrund der Selbsteinschätzung des Haushalts mindestens drei der folgenden neun Kriterien erfüllt sind:

1. Finanzielles Problem, die Miete oder Rechnungen für Versorgungsleistungen rechtzeitig zu bezahlen;
2. Finanzielles Problem, die Wohnung angemessen heizen zu können;
3. Finanzielles Problem, unerwartete Ausgaben in einer bestimmten Höhe aus eigenen finanziellen Mitteln bestreiten zu können;
4. Finanzielles Problem, jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine gleichwertige vegetarische Mahlzeit einnehmen zu können;
5. Finanzielles Problem, jährlich eine Woche Urlaub woanders als zu Hause zu verbringen;
6. Fehlen eines Personenkraftwagens im Haushalt aus finanziellen Gründen;
7. Fehlen einer Waschmaschine im Haushalt aus finanziellen Gründen;
8. Fehlen eines Farbfernsehgeräts im Haushalt aus finanziellen Gründen;
9. Fehlen eines Telefons im Haushalt aus finanziellen Gründen.

Sind aufgrund der Selbsteinschätzung des Haushalts mindestens vier der oben genannten neun Kriterien erfüllt, so spricht man von »Erheblicher materieller Entbehrung«.

von Armut bedroht. Mit einer Quote von 67,8 % im Jahr 2010 (2009: 70,3 %) waren auch mehr als zwei Drittel der Arbeitslosen armutsgefährdet. Arbeitslose stellen damit weiterhin die am stärksten von Armut bedrohte soziale Gruppe der Gesamtbevölkerung in Deutschland dar. Bei den Ruheständlern und Ruheständlerinnen stieg die Armutsgefährdungsquote im Zeitvergleich zwar etwas an, sie lag nach 13,4 % im Jahr 2009 und 14,0 % im Jahr 2010 jedoch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

Armutsgefährdungslücke

Neben der Frage, ob Armutsgefährdung besteht oder nicht, ist im Rahmen der Armutsanalysen von Interesse, wie weit das Einkommen der Armutsgefährdeten vom Schwellenwert für Armutsgefährdung entfernt liegt. Hierüber gibt die Differenz zwischen dem Median des Einkommens der Armutsgefährdeten und dem Schwellenwert selbst Aufschluss. Für den Indikator, der als »Armutslücke« bezeichnet und als relativer Abstand in Prozent des Schwellenwertes ausgedrückt wird, ergab sich 2010 der Wert 21,4 % (2009: 20,7 %) für die armutsgefährdete Bevölkerung. Der relative Abstand hat sich demnach in den beiden Jahren insgesamt nur wenig verändert. Zwischen den sozialen Gruppen variiert der Wert der Armutslücke: Bei älteren Menschen ab 65 Jahren fiel der relative Abstand zur Armutsschwelle im Vergleich zum Durchschnitt der Bevölkerung 2010 mit 17,6 % deutlich geringer aus als etwa bei den 18- bis 64-Jährigen mit 24,5 %. ▶ Tab 4

6.2.2 Wirtschaftliche Belastungen und materielle Entbehrung

Um Wohlstand und Lebensstandard der Menschen in einer Gesellschaft beurteilen zu können, reicht die statistische Untersuchung von Einkommensungleichheit und Einkommensarmut nicht aus. Mangelnder Wohlstand und materielle Einschränkungen können auch Menschen betreffen, die rein statistisch gesehen nicht als armutsgefährdet gelten, da ihr Einkommen oberhalb der Armutsschwelle liegt. Wenn Einkommensarmut vorliegt, so geht dies für die Betroffenen in der Regel mit ganz erheblichen materiellen Entbehrungen und einer signifikanten Einschränkung der Teilhabe am sozialen Leben einher. Armutsgefährdete können sich weniger leisten und fühlen sich durch finanzielle Verpflichtungen stärker belastet als andere. Die Unfähigkeit, sich verschiedene Ausgaben leisten zu können, die von den meisten Menschen als für eine angemessene Lebensführung wünschenswert oder gar notwendig angesehen werden, bezeichnet man als »materielle Entbehrung« (auch: materielle Deprivation).

Ein von der EU festgelegter Indikator, der aus der Erhebung EU-SILC ermittelt wird, ist die Quote der materiellen Entbehrung. Sie stellt den prozentualen Anteil der Bevölkerung dar, der mindestens drei von neun festgelegten Kriterien für materielle Entbehrung erfüllt. Sind sogar mindestens vier der neun Kriterien erfüllt, spricht man von »erheblicher materieller Entbehrung«. ▶ Info 5

Die nachfolgend beschriebenen Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA vermitteln einen Eindruck über die wirtschaftlichen Belastungen und das Ausmaß der materiellen Entbehrung in der Bevölkerung. Dabei werden auch Vergleiche zwischen Armutsgefährdeten und nicht Armutsgefährdeten gezogen.

Ausgaben des täglichen Lebens, die selbstverständlich erscheinen mögen, stellen für Armutsgefährdete häufig eine unüberwindliche finanzielle Hürde dar. Insbesondere die Wohnkosten belasteten zahlreiche Armutsgefährdete im Jahr 2011 schwer (33 %). Die nachfolgend beschriebenen Ergebnisse zu den finanziellen Kapazitäten und Belastungen resultieren aus einer Selbsteinschätzung der Befragten zu ihrer allgemeinen wirtschaftlichen Lage.

Im Jahr 2011 konnte sich nach eigener Einschätzung mehr als jede vierte armutsgefährdete Person (27 %) keine regelmäßigen Mahlzeiten mit Fleisch, Geflügel oder Fisch (oder eine entsprechende vegetarische Mahlzeit) leisten, darunter mehr als ein Drittel der von Armut betroffenen Alleinlebenden (34 %) und 30 % der Personen in Haushalten von armutsgefährdeten Alleinerziehenden.

▶ Tab 5 **Finanzielle Belastungen nach Haushaltstypen 2011 — in Prozent der Bevölkerung**

	Insgesamt	Nicht armutsgefährdete Bevölkerung	Armutsgefährdete Bevölkerung
Es ist aus finanziellen Gründen nicht möglich … … die Wohnung angemessen warm zu halten			
Insgesamt	**5,2**	**3,0**	**16,8**
Alleinlebende	8,6	4,4	17,5
Personen in Haushalten von …			
… zwei Erwachsenen, beide jünger als 65 Jahre	4,1	2,7	14,7
… zwei Erwachsenen, davon mindestens eine Person 65 Jahre oder älter	2,3	1,5	10,2
… Alleinerziehenden	14,0	8,7	23,0
… zwei Erwachsenen mit einem Kind	4,5	3,1	16,9
… zwei Erwachsenen mit zwei Kindern	3,2	1,7	19,1
… jedes Jahr eine Woche Urlaub woanders als zu Hause zu verbringen			
Insgesamt	**22,8**	**15,8**	**60,1**
Alleinlebende	31,9	17,5	62,3
Personen in Haushalten von …			
… zwei Erwachsenen, beide jünger als 65 Jahre	16,5	12,0	52,1
… zwei Erwachsenen, davon mindestens eine Person 65 Jahre oder älter	12,0	8,6	42,6
… Alleinerziehenden	49,1	34,5	73,9
… zwei Erwachsenen mit einem Kind	21,7	17,6	59,5
… zwei Erwachsenen mit zwei Kindern	17,6	14,7	48,8
… jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit mit Fleisch, Geflügel oder Fisch (oder eine entsprechende vegetarische Mahlzeit) einzunehmen			
Insgesamt	**8,8**	**5,4**	**27,0**
Alleinlebende	16,6	8,7	33,5
Personen in Haushalten von …			
… zwei Erwachsenen, beide jünger als 65 Jahre	6,6	4,7	21,5
… zwei Erwachsenen, davon mindestens eine Person 65 Jahre oder älter	6,2	4,5	20,7
… Alleinerziehenden	18,9	12,6	29,6
… zwei Erwachsenen mit einem Kind	6,8	4,8	24,7
… zwei Erwachsenen mit zwei Kindern	3,6	2,4	17,1
… unerwartet anfallende Ausgaben in Höhe von mindestens 930 Euro aus eigenen Mitteln zu bestreiten			
Insgesamt	**34,5**	**26,8**	**75,9**
Alleinlebende	48,0	32,6	80,5
Personen in Haushalten von …			
… zwei Erwachsenen, beide jünger als 65 Jahre	29,2	24,5	66,0
… zwei Erwachsenen, davon mindestens eine Person 65 Jahre oder älter	17,9	14,9	45,0
… Alleinerziehenden	69,8	56,5	92,5
… zwei Erwachsenen mit einem Kind	33,3	28,4	78,5
… zwei Erwachsenen mit zwei Kindern	29,8	25,8	72,6

	Insgesamt	Nicht armutsgefährdete Bevölkerung	Armutsgefährdete Bevölkerung
Es ist aus finanziellen Gründen nicht möglich … … einen Computer zu haben oder anzuschaffen			
Insgesamt	**4,5**	**2,4**	**16,2**
Alleinlebende	12,4	6,4	25,1
Personen in Haushalten von …			
… zwei Erwachsenen, beide jünger als 65 Jahre	2,2	1,0	12,2
… zwei Erwachsenen, davon mindestens eine Person 65 Jahre oder älter	8,2	6,1	26,8
… Alleinerziehenden	4,1	1,7	8,1
… zwei Erwachsenen mit einem Kind	0,8	0,5	3,6
… zwei Erwachsenen mit zwei Kindern	0,5	0,2	3,8
… ein Auto zu haben oder anzuschaffen			
Insgesamt	**7,7**	**3,5**	**30,3**
Alleinlebende	21,1	10,2	44,1
Personen in Haushalten von …			
… zwei Erwachsenen, beide jünger als 65 Jahre	4,5	2,7	18,9
… zwei Erwachsenen, davon mindestens eine Person 65 Jahre oder älter	3,6	2,0	17,8
… Alleinerziehenden	23,1	13,9	38,8
… zwei Erwachsenen mit einem Kind	3,1	1,8	16,0
… zwei Erwachsenen mit zwei Kindern	2,0	0,7	15,4
Es ist sehr schwierig, mit dem monatlichen Einkommen zurechtzukommen			
Insgesamt	**3,1**	**1,4**	**12,0**
Alleinlebende	5,1	1,8	11,9
Personen in Haushalten von …			
… zwei Erwachsenen, beide jünger als 65 Jahre	2,1	1,0	10,7
… zwei Erwachsenen, davon mindestens eine Person 65 Jahre oder älter	0,9	0,3	5,4
… Alleinerziehenden	8,8	6,5	12,9
… zwei Erwachsenen mit einem Kind	2,3	1,4	10,3
… zwei Erwachsenen mit zwei Kindern	2,3	1,3	12,7
Die gesamten Wohnkosten stellen eine große Belastung dar			
Insgesamt	**19,8**	**17,4**	**33,0**
Alleinlebende	18,0	13,1	28,3
Personen in Haushalten von …			
… zwei Erwachsenen, beide jünger als 65 Jahre	14,2	12,5	27,0
… zwei Erwachsenen, davon mindestens eine Person 65 Jahre oder älter	12,9	10,9	30,3
… Alleinerziehenden	33,7	30,4	39,4
… zwei Erwachsenen mit einem Kind	20,7	19,0	36,4
… zwei Erwachsenen mit zwei Kindern	23,1	21,3	42,4

Angaben beruhen auf der Selbsteinschätzung der Befragten.

▶ Tab 5

	Insgesamt	Nicht armutsgefährdete Bevölkerung	Armutsgefährdete Bevölkerung
In den letzten zwölf Monaten gab es Rückstände bei Hypotheken- oder Mietzahlungen			
Insgesamt	**2,4**	**1,6**	**6,9**
Alleinlebende	2,7	1,8	4,5
Personen in Haushalten von …			
… zwei Erwachsenen, beide jünger als 65 Jahre	1,4	1,0	4,1
… zwei Erwachsenen, davon mindestens eine Person 65 Jahre oder älter	0,6	0,5	1,4
… Alleinerziehenden	8,0	3,3	16,1
… zwei Erwachsenen mit einem Kind	3,5	2,5	12,6
… zwei Erwachsenen mit zwei Kindern	1,9	1,6	4,7
In den letzten zwölf Monaten gab es Rückstände bei Rechnungen von Versorgungsbetrieben			
Insgesamt	**3,9**	**2,4**	**12,2**
Alleinlebende	4,0	2,2	7,9
Personen in Haushalten von …			
… zwei Erwachsenen, beide jünger als 65 Jahre	2,7	1,8	9,2
… zwei Erwachsenen, davon mindestens eine Person 65 Jahre oder älter	1,3	0,9	5,2
… Alleinerziehenden	11,5	5,6	21,9
… zwei Erwachsenen mit einem Kind	4,0	3,3	10,8
… zwei Erwachsenen mit zwei Kindern	2,8	1,7	15,6

Angaben beruhen auf der Selbsteinschätzung der Befragten.

Bei der nicht armutsgefährdeten Bevölkerung war dies immerhin bei 5 % der Fall. Noch gravierender waren die finanziellen Probleme, wenn es darum ging, unerwartete Ausgaben (in Höhe von mindestens 930 Euro), die beispielsweise bei Reparaturen oder Anschaffungen anfallen, bewältigen zu müssen. Bereits mehr als ein Viertel (27 %) der Menschen, die nicht armutsgefährdet waren, gaben an, dass dies für den eigenen Haushalt problematisch sei. Ungleich schwieriger war diese Situation für Armutsgefährdete: Mehr als drei Viertel (76 %) dieser Menschen standen bei unerwartet anfallenden Ausgaben in dieser Höhe vor großen Problemen, besonders schwer hatten es armutsgefährdete Alleinerziehende (93 %). ▶ Tab 5

Mit dem Verzicht oder starken Einschränkungen mussten Armutsgefährdete 2011 auch bei der Finanzierung von Erholungsreisen leben. Etwa drei von fünf (60 %) armutsgefährdeten Personen konnten sich keine einwöchige Urlaubsreise im Jahr leisten. In armutsgefährdeten Haushalten von Alleinerziehenden war dies sogar für 74 % der Menschen unerschwinglich. Das Beheizen der Wohnung stellte Armutsgefährdete ebenfalls weit häufiger vor finanzielle Probleme als den Rest der Bevölkerung. Hier gaben 17 % an, aus finanziellen Gründen ihre Unterkunft nicht angemessen warm halten zu können, unter den nicht Armutsgefährdeten waren es nur 3 %.

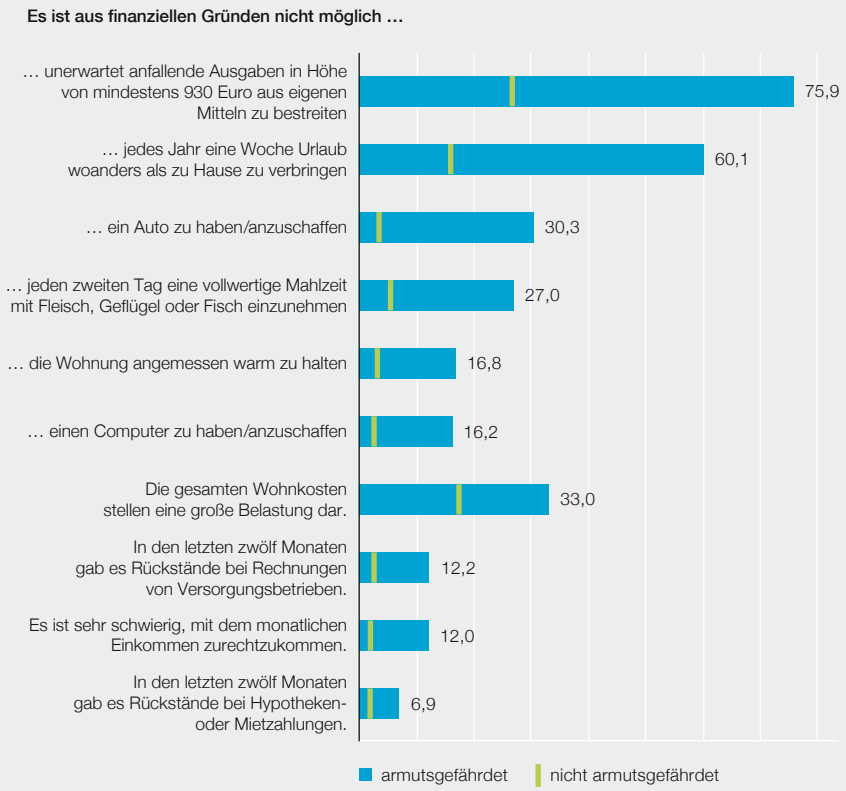
Insgesamt hatten 2011 nach eigener Einschätzung 3 % der Bevölkerung in Deutschland große Schwierigkeiten, mit ihrem monatlichen Einkommen zurechtzukommen. Da dies die obere von fünf möglichen Antwortkategorien im Frageprogramm war (übrige Kategorien: schwierig, relativ schwierig, relativ leicht, ohne Probleme), spiegelt der Anteil von 3 % den Extremfall wider, in dem die finanziellen Schwierigkeiten als ganz erheblich eingestuft wurden. Rund 12 % der Armutsgefährdeten gaben »große Schwierigkeiten« an (nicht Armutsgefährdete: 1 %).

Belastet fühlten sich die Menschen 2011 auch durch ihre monatlich anfallenden Wohnkosten: Hier gab nahezu jeder Fünfte (20 %) der Gesamtbevölkerung an, stark belastet zu sein, unter den Armutsgefährdeten sogar jeder Dritte (33 %). Wenn Armutsgefährdung vorliegt, offenbart sich die prekäre wirtschaftliche Lage der Menschen auch in der Häufigkeit von Zahlungsschwierigkeiten. So haben 7 % der Armutsgefährdeten zum Befragungszeitpunkt in den zurückliegenden zwölf Monaten Mühe gehabt, ihren finanziellen Verpflichtungen in Bezug auf Hypotheken- oder Mietzahlungen nachzukommen (nicht Armutsgefährdete: 2 %). Auch bei Rechnungen von Versorgungsbetrieben waren 12 % der Armutsgefährdeten in Zahlungsverzug (nicht Armutsgefährdete: 2 %). ▶ Abb 1

Nahezu jeder Dritte (30 %) in der armutsgefährdeten Bevölkerung sah sich aufgrund der eigenen Finanzlage zudem außerstande, ein Auto anzuschaffen oder zu unterhalten (nicht Armutsgefährdete: 4 %). Rund 16 % der Armutsgefährdeten mussten aus finanziellen Gründen auf einen Computer verzichten (nicht Armutsgefährdete: 2 %).

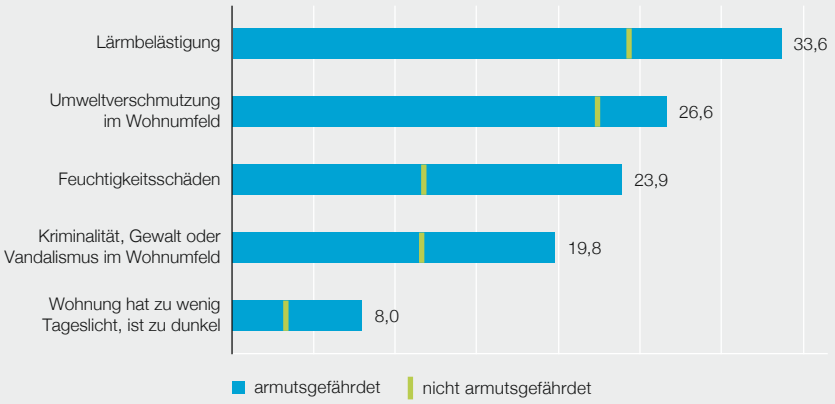
Insgesamt lag im Jahr 2011 bei 12 % der Bevölkerung materielle Entbehrung vor (mindestens drei von neun Kriterien erfüllt; siehe Infokasten 5, Seite 163), bei 5 % der Bevölkerung sogar erhebliche materielle Entbehrung (mindestens vier von neun Kriterien erfüllt).

▶ Abb 1 **Finanzielle Belastungen 2011 — Anteil der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in Prozent**



Angaben beruhen auf der Selbsteinschätzung der Befragten.

▶ Abb 2 **Belastungen in Zusammenhang mit der Wohnsituation 2011 — in Prozent der Bevölkerung**



Angaben beruhen auf der Selbsteinschätzung der Befragten.

6.2.3 Belastungen in Zusammenhang mit Wohnung und Wohnumfeld

Neben Zahlungsschwierigkeiten und dem Verzicht auf Konsumgüter bringt die wirtschaftlich angespannte Situation Armutsgefährdeter eine Reihe von weiteren Folgeerscheinungen mit sich, die die soziale Ausgrenzung der Betroffenen festigen oder sogar vergrößern. Erhebliche Einbußen der Lebensqualität mussten Armutsgefährdete 2011 beim Wohnen in Kauf nehmen. Gravierende qualitative Mängel in oder an der selbst bewohnten Wohnung traten bei der armutsgefährdeten Bevölkerung weitaus häufiger auf. So gaben fast ein Viertel (24 %) der Armutsgefährdeten, aber nur 12 % der nicht Armutsgefährdeten an, es gebe in ihrer Wohnung Feuchtigkeitsschäden wie beispielsweise ein undichtes Dach, feuchte Fundamente, Wände, Böden oder Fensterrahmen. Über eine zu dunkle Wohnung mit zu wenig Tageslicht klagten 2011 rund 8 % der Armutsgefährdeten, aber nur 3 % der nicht Armutsgefährdeten. ▶ Abb 2, Tab 6

Auch Lärmbelästigung im Wohnumfeld wurde von Armutsgefährdeten mit 34 % weitaus häufiger beklagt als von der nicht armutsgefährdeten Bevölkerung (24 %). Von Umweltverschmutzung im eigenen Wohnumfeld fühlten sich 27 % der Armutsgefährdeten beeinträchtigt, im Gegensatz zu 22 % der nicht Armutsgefährdeten. Rund 20 % der Armutsgefährdeten waren nach eigener Einschätzung auch von Kriminalität, Gewalt und mutwilligen Beschädigungen im Wohnumfeld betroffen, dagegen nur 12 % der nicht Armutsgefährdeten.

6.2.4 Zusammenfassung

Zwischen 2009 und 2010 stieg der Median des Äquivalenzeinkommens in Deutschland. Die Ungleichheit der Einkommensverteilung ist konstant geblieben. Das einkommensstärkste (obere) Fünftel der Bevölkerung verfügte sowohl 2009 als auch 2010 zusammen über viereinhalbmal so viel Einkommen wie das einkommensschwächste (untere) Fünftel.

Im Jahr 2010 waren nach Zahlung staatlicher Sozialleistungen etwas mehr Menschen in Deutschland armutsgefährdet als 2009. Menschen im Alter zwischen 18 und 24 Jahren und zwischen 55 und 64 Jahren waren überdurchschnittlich häufig betroffen, ebenso Arbeitslose, Alleinlebende und Personen in Haushalten von Alleinerziehenden. Erwerbstätigkeit und ein hoher Bildungsstatus schützen vor Armutsgefährdung. Die Armutsgefährdungsquoten für Erwerbstätige und Menschen mit hohem Bildungsstatus liegen weit unter dem Bundesdurchschnitt.

Die Beschränkungen, die armutsgefährdete Menschen im täglichen Leben erfahren, sind vielfältig. Ihre finanziellen Möglichkeiten sind deutlich geringer als bei der übrigen Bevölkerung, wenn es etwa um Urlaubsreisen oder Ausgaben für Anschaffungen geht. Das Auskommen mit dem verfügbaren Einkommen ist oftmals schwierig und insbesondere die Wohnkosten stellen eine große Belastung dar. Auch das regelmäßige Einnehmen vollwertiger Mahlzeiten ist bei der armutsgefährdeten Bevölkerung in Deutschland aus finanziellen Gründen keineswegs immer gesichert. Erhebliche Einbußen der Lebensqualität müssen Armutsgefährdete im Vergleich zur übrigen Bevölkerung auch beim Wohnen in Kauf nehmen. Gravierende Wohnungsmängel treten bei der armutsgefährdeten Bevölkerung weitaus häufiger zutage. Die Lebens- und Wohnbedingungen Armutsgefährdeter sind auch häufiger geprägt von Lärmbelästigung, Umweltverschmutzung, Kriminalität, Gewalt und mutwilligen Beschädigungen im Wohnumfeld.

▶ Tab 6 **Belastungen in Zusammenhang mit der Wohnsituation 2011 — in Prozent der Bevölkerung**

	Insgesamt	Nicht armutsgefährdete Bevölkerung	Armutsgefährdete Bevölkerung
Es gibt Feuchtigkeitsschäden (zum Beispiel undichtes Dach, feuchtes Fundament, Fäulnis in Fensterrahmen oder Böden)			
Insgesamt	**13,7**	**11,8**	**23,9**
Alleinlebende	15,2	12,6	20,7
Personen in Haushalten von …			
… zwei Erwachsenen, beide jünger als 65 Jahre	13,5	12,5	21,3
… zwei Erwachsenen, davon mindestens eine Person 65 Jahre oder älter	7,1	6,7	10,5
… Alleinerziehenden	25,8	22,4	31,5
… zwei Erwachsenen mit einem Kind	14,2	13,5	21,4
… zwei Erwachsenen mit zwei Kindern	13,4	12,0	28,6
Wohnung hat zu wenig Tageslicht, ist zu dunkel			
Insgesamt	**4,1**	**3,3**	**8,0**
Alleinlebende	6,3	4,6	9,9
Personen in Haushalten von …			
… zwei Erwachsenen, beide jünger als 65 Jahre	4,3	4,1	5,7
… zwei Erwachsenen, davon mindestens eine Person 65 Jahre oder älter	2,1	2,1	2,2
… Alleinerziehenden	8,2	7,6	9,2
… zwei Erwachsenen mit einem Kind	3,5	3,0	7,9
… zwei Erwachsenen mit zwei Kindern	2,6	2,7	2,2
Lärmbelästigung (zum Beispiel durch Nachbarn, Verkehrslärm, Geschäfte oder Industrie)			
Insgesamt	**25,8**	**24,3**	**33,6**
Alleinlebende	29,9	26,9	36,1
Personen in Haushalten von …			
… zwei Erwachsenen, beide jünger als 65 Jahre	28,5	28,0	32,8
… zwei Erwachsenen, davon mindestens eine Person 65 Jahre oder älter	21,1	20,9	22,5
… Alleinerziehenden	36,2	32,8	41,8
… zwei Erwachsenen mit einem Kind	27,4	26,6	34,4
… zwei Erwachsenen mit zwei Kindern	21,6	20,5	33,5
Umweltverschmutzung im Wohnumfeld (Verschmutzung, Ruß oder andere Umweltbelastungen durch Industrie, Straßen- oder Flugverkehr)			
Insgesamt	**23,1**	**22,4**	**26,6**
Alleinlebende	26,1	25,2	28,1
Personen in Haushalten von …			
… zwei Erwachsenen, beide jünger als 65 Jahre	25,0	24,9	25,7
… zwei Erwachsenen, davon mindestens eine Person 65 Jahre oder älter	17,7	17,8	16,7
… Alleinerziehenden	27,2	27,7	26,5
… zwei Erwachsenen mit einem Kind	24,9	24,3	29,9
… zwei Erwachsenen mit zwei Kindern	19,7	19,4	21,9
Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus im Wohnumfeld			
Insgesamt	**12,9**	**11,6**	**19,8**
Alleinlebende	16,4	13,5	22,4
Personen in Haushalten von …			
… zwei Erwachsenen, beide jünger als 65 Jahre	12,6	11,9	18,9
… zwei Erwachsenen, davon mindestens eine Person 65 Jahre oder älter	8,9	8,7	10,0
… Alleinerziehenden	18,6	16,8	21,5
… zwei Erwachsenen mit einem Kind	15,1	14,3	22,2
… zwei Erwachsenen mit zwei Kindern	10,4	9,6	19,0

Angaben beruhen auf der Selbsteinschätzung der Befragten.

6.3 Einkommensentwicklung – Verteilung, Angleichung, Armut und Dynamik

Jan Goebel, Peter Krause
DIW Berlin
Roland Habich
WZB

WZB/SOEP

Die Einkommen der privaten Haushalte bilden die zentralen Ressourcen der Bürger für die Erreichung und Sicherung des individuellen Lebensstandards und wirken sich nicht zuletzt auch auf das Niveau der wahrgenommenen Lebensqualität aus. Die Verteilung der Einkommen in einer Gesellschaft gibt somit auch wesentlich darüber Auskunft, ob und inwieweit einzelne Bevölkerungsgruppen von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen sind oder von einem Ausschluss gefährdet sind. In einer langjährigen Betrachtung sind zwar Zugewinne in allen Einkommensgruppen zu verzeichnen, der Abstand zwischen Armen und Reichen in der Verteilung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte hat sich in Deutschland jedoch erhöht.

In diesem Kapitel werden mit den Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) die langjährigen Einkommensentwicklungen in Deutschland insbesondere nach der deutschen Vereinigung für den Zeitraum 1992 bis 2011 beschrieben.[1]

Neben der mittleren Einkommensentwicklung werden dabei auch die Angleichung der Einkommensverhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland, die Einkommensungleichheit, die Betroffenheit von Niedrigeinkommen und Einkommensarmut sowie das Ausmaß der Einkommens- und Armutsdynamik in Deutschland im zeitlichen Verlauf dargestellt. ▸ Info 1

6.3.1 Einkommensentwicklung und Verteilung

Die verfügbaren durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen (arithmetisches Mittel) der privaten Haushalte sind nach den Daten des SOEP bei der Bevölkerung in Deutschland nominal von monatlich 1 003 Euro im Jahr 1992 auf 1 602 Euro im Jahr 2011 gestiegen, real (zu Preisen von 2010) haben sich die Monatseinkommen im

▸ Info 1

Daten und Methoden

Die Einkommen werden im SOEP im Rahmen der jährlichen Befragungen detailliert erfasst: Zum einen wird das monatliche Haushaltsnettoeinkommen erfragt, also die regelmäßigen Einkünfte nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben zuzüglich erhaltener Sozialtransfers; zum anderen werden jeweils für das zurückliegende Jahr alle individuellen (Brutto-)Einkommen aller aktuell im Haushalt befragten Personen erhoben. Diese individuellen Einkommenskomponenten werden über den Haushalt aufsummiert und liefern so, mithilfe einer Schätzung der Steuer- und Sozialabgaben, die Jahresnettoeinkommen des Vorjahres. Bei den Jahreseinkommen sind neben einmaligen Sonderzahlungen (13., 14. Monatsgehalt, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld et cetera) auf diese Weise auch Steuerrückzahlungen implizit berücksichtigt. (Ergänzend wird in einzelnen Grafiken auch die Einkommensentwicklung in Westdeutschland ab 1985 berücksichtigt.)

Die erhobenen Monatseinkommen bilden die zum Interviewmonat aktuell verfügbaren ökonomischen Ressourcen ab für alle zu diesem Zeitpunkt im Haushalt lebenden Personen. Die Jahreseinkommen beschreiben demgegenüber die von jeder aktuell im Haushalt lebenden Person im Vorjahr erzielten Markt- und Nettoeinkünfte. Beide Einkommenskonzepte unterscheiden sich damit nicht nur hinsichtlich des zeitlichen Bezugsrahmens, sondern auch in ihrer Konzeption. Im Folgenden werden deshalb sowohl Daten über das direkt erfragte monatliche Haushaltsnettoeinkommen in seiner ursprünglichen Form (der Anteil der Haushalte ohne Angaben beträgt zwischen vier und sieben Prozent) als auch über das generierte Jahresnettoeinkommen der Haushalte (jeweils für das zurückliegende Jahr; fehlende Werte werden geschätzt (imputiert) präsentiert.

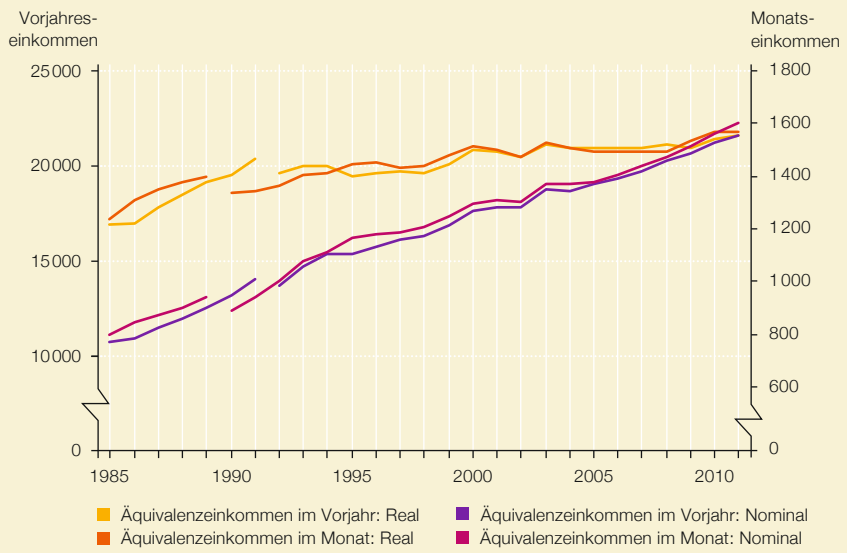
Um die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu machen, werden alle Haushaltseinkommen entsprechend dem inzwischen EU-weit standardisierten Vorgehen unter Verwendung der neuen (revidierten) OECD-Skala in sogenannte »Äquivalenzeinkommen« – das sind unter Bedarfsgesichtspunkten modifizierte Pro-Kopf-Einkommen – umgerechnet. Alle Einkommensangaben werden in Euro ausgewiesen. Die Analysen erfolgen auf Personenebene und repräsentieren die in privaten Haushalten lebende gesamte Bevölkerung in Deutschland. Die Anstaltsbevölkerung (zum Beispiel in Altersheimen) bleibt unberücksichtigt.

selben Zeitraum von 1 363 auf 1 566 Euro erhöht. Die entsprechenden Jahreseinkommen lagen nominal – und real – im Jahr 2011 bei circa 21 600 Euro.[2] ▸ Abb 1, Tab 1

Während die Nominaleinkommen durchgehend stiegen, zeigen die Realeinkommen seit Beginn der 1990er-Jahre ein insgesamt gesehen eher geringes Einkommenswachstum mit deutlichen konjunkturellen Schwankungen. In der ersten Hälfte der 1990er-Jahre sind in Folge des Vereinigungsbooms sowie der hohen Einkommenszuwächse in Ostdeutschland zunächst Einkommenssteigerungen zu beobachten, die sich mit dem Abflachen der Konjunktur in der Mitte der 1990er-Jahre jedoch wieder verringerten. Gegen Ende der 1990er-Jahre sowie um 2010 erfolgten weitere Einkommensanstiege.

Die Betrachtung von Mittelwerten sagt allein allerdings noch nichts darüber aus, wie gleich oder ungleich die Einkommen in der Bevölkerung verteilt sind.

▸ Abb 1 **Entwicklung der Einkommen der privaten Haushalte in Deutschland[1] 1985–2011 (Median)**



1 vor 1989 beziehungsweise 19 2 nur Westdeutschland. 9
Datenbasis: SOEPv28.9

▸ Tab 1 **Haushaltsnettoeinkommen der privaten Haushalte in Deutschland 1992–2011**

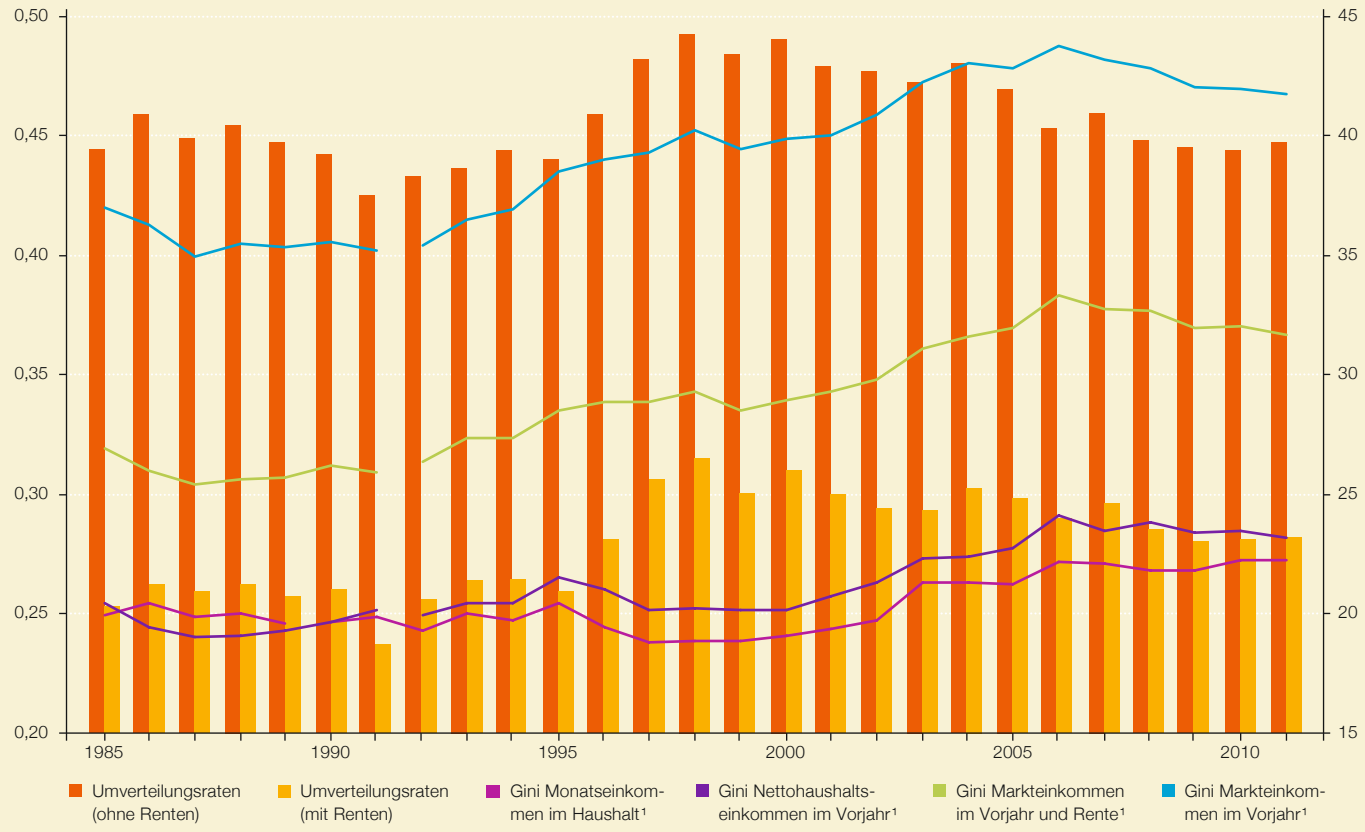
	1992	1995	2000	2005	2010	2011
Mittelwert des Äquivalenzeinkommens (real, zu Preisen von 2010)						
im Monat	1 363	1 448	1 510	1 492	1 563	1 566
im Vorjahr	19 580	19 426	20 828	20 924	21 387	21 591
Änderungsrate (in %)[1]						
im Monat		6,2	4,3	–1,2	4,8	0,1
im Vorjahr		– 0,8	7,2	0,5	2,2	1,0
Median des Äquivalenzeinkommens (real, zu Preisen von 2010)						
im Monat	1 140	1 182	1 264	1 224	1 284	1 265
im Vorjahr	16 291	16 037	17 035	17 098	17 356	17 424
Änderungsrate (in %)[1]						
im Monat		3,7	6,9	–3,2	4,9	–1,5
im Vorjahr		–1,6	6,2	0,4	1,5	0,4
Einkommensanteile (Äquivalenzeinkommen im Monat)						
der ärmsten 20 %	10,1	9,9	10,3	9,5	9,3	9,2
der reichsten 20 %	34,5	35,5	34,4	36,0	36,6	36,6
Einkommensungleichheit						
Gini (Äquivalenzeinkommen im Monat)	0,243	0,255	0,241	0,262	0,272	0,272
Gini (Äquivalenzeinkommen im Vorjahr)	0,249	0,265	0,251	0,278	0,285	0,282
Preisindizes[2]						
Westdeutschland	74,6	80,6	85,7	92,5	100,0	102,1
Ostdeutschland	68,4	79,9	85,7	92,5	100,0	102,1

1 Prozentuale Steigerung gegenüber dem in der Vorspalte angegebenen Zeitpunkt.9
2 Die Preisindizes beziehen sich bei Jahresangaben jeweils auf das Einkommensjahr (Vorjahr). Quelle: Destatis 2013, eigene Berechnungen.9
Datenbasis: SOEP v28.9

Allgemeine Indikatoren zur Beschreibung der Einkommensungleichheit sind die Anteile am Gesamteinkommen nach Einkommensschichten sowie der Gini-Koeffizient. Hier zeigt sich, dass die ärmsten 20 % der Bevölkerung (das unterste Quintil) bis zum Jahr 2000 über knapp 10 % des monatlichen Gesamteinkommens verfügten. Nach dem Jahr 2000 ging der Einkommensanteil des ärmsten Quintils stetig zurück und lag im Jahr 2011 noch bei 9 %. Die reichsten 20 % (das oberste Quintil) hatten demgegenüber bis 2000 etwa 35 % des monatlichen Gesamteinkommens zur Verfügung, seit Beginn der 2000er-Jahre stieg bis 2011 der Anteil allmählich auf fast 37 % an. Die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen im Haushalt hat sich damit erhöht – oder um ein viel zitiertes Bild zu nutzen: Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich weiter geöffnet. Dies geht auch aus dem Gini-Koeffizienten, einem zusammenfassenden Ungleichheitsmaß, hervor: dieser hat sich bezogen auf die monatlich verfügbaren Einkommen von 0,243 im Jahr 1992 auf 0,272 im Jahr 2011 erhöht. Die jahresbezogenen Einkommen der privaten Haushalte sind im Allgemeinen etwas ungleicher verteilt als die enger gefassten monatlichen: die Ungleichheit der verfügbaren Vorjahreseinkommen ist im selben Zeitraum von 0,249 im Jahr 1992 auf 0,282 im Jahr 2011 gestiegen. Seit der Jahrhundertwende ist die gesamtdeutsche Ungleichheit[3] der Einkommen angewachsen. Inzwischen liegt das Ausmaß der Einkommensungleichheit deutlich höher als in den beiden Dekaden zuvor. ▸ Tab 1

Anhand des jahresbezogenen Einkommenskonzeptes lassen sich zudem auch Ungleichheitsziffern für die zugrunde liegenden Markteinkommen (brutto), die sich vor Eingriff des Staates ergeben, also ohne direkte Steuern und Sozialtransfers. Hieran wird deutlich, dass die Ungleichheit der in den privaten

▸ Abb 2 **Entwicklung der Einkommensungleichheit (Gini) bei Haushaltsnetto- und Markteinkommen 1985–2011**



1 Bei Monatseinkommen von 1985 bis 1989 nur Westdeutschland; bei den Vorjahreseinkommen von 1985 bis 1991 nur Westdeutschland.
Datenbasis: SOEPv28.

Haushalten jeweils erwirtschafteten Markteinkommen (mit und ohne Renten) noch erheblich stärker gestiegen ist: der Gini-Koeffizient der in den privaten Haushalten erzielten Markteinkommen hat sich seit der deutschen Vereinigung bis 2006 stetig erhöht, ist seitdem etwas rückläufig, verharrt aber weiterhin auf sehr hohem Niveau. Diese erhebliche Zunahme an Ungleichheit der überwiegend aus Erwerbstätigkeit erzielten Markteinkommen hat dann auch zu einer Zunahme der Ungleichheit der daraus abgeleiteten Nettoeinkommen der privaten Haushalte geführt. ▸ Abb 2

Die Ungleichheit der haushaltsbezogenen Markt- und Nettoeinkommen resultiert aus Entwicklungen am Arbeitsmarkt, sozio-demografischen Veränderungen sowie Maßnahmen im Bereich der sozialstaatlichen Sicherung. Die relative Differenz dieser beiden Koeffizienten (Ungleichheit des Brutto- und Nettohaushaltseinkommens) illustriert so die Reduktion an Ungleichheit, die durch sozialstaatliche Eingriffe in Form von direkten Steuern und Transfers erreicht wird. Im Zuge der deutschen Vereinigung stieg der Einfluss der sozialstaatlichen Umverteilung in den 1990er-Jahren stark an. Die durch staatliche Maßnahmen erfolgte Reduzierung an Ungleichheit hat sich in der letzten Dekade wieder etwas verringert, sie liegt nach Einschluss der Rentenleistungen weiterhin noch höher als in den 1980er- und zu Beginn der 1990er-Jahre – ohne Berücksichtigung der Rentenleistungen hingegen etwa auf dem Niveau zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung.

6.3.2 Einkommensschichtung und relative Armut

Die Zunahme der Ungleichheit geht mit einer Veränderung der Einkommensschichtung einher. Bei der Schichtung der Bevölkerung nach Einkommen werden verschiedene Einkommensklassen in prozentualer Relation zum jeweiligen Mittelwert betrachtet. Die unterste Einkommensschicht mit weniger als der Hälfte der mittleren bedarfsgewichteten Einkommen (unter 50 %) lebt im Niedrigeinkommensbereich, die höchste Einkommensklasse ab dem doppelten der mittleren bedarfsgewichteten Einkommen (ab 200 %) kennzeichnet den Bevölkerungsanteil mit ausgeprägtem materiellen Wohlstand. Die relative Einkommensschichtung differenziert den bei der Einkommensungleichheit beschriebenen Trend. Die Bevölkerungsanteile am oberen und unteren Rand der Einkommensverteilung haben sich in der letzten Dekade erhöht. Entsprechend gehen die Anteile in den dazwischen liegenden mittleren Einkommensschichten insgesamt zurück, wobei deren weitere Differenzierungen keinen einheitlichen Trend aufweisen mit Schwankungen im zeitlichen Verlauf sowohl bei den über- wie auch unterdurchschnittlichen Einkommenslagen.

Der hier verwendete Armutsbegriff beruht wie auch die Berechnungen im

▸ Tab 2 **Einkommensschichtung und Einkommensarmut 1992 – 2011**

	1992	1995	2000	2005	2010	2011
Äquivalenzeinkommen im Monat (real)						
Bevölkerungsanteile nach Einkommensschichten (Durchschnittswert = 100 %)						
> 200 %	3,7	3,6	3,1	4,3	4,3	4,5
150 bis 200 %	9,1	7,3	8,7	7,3	8,2	7,6
125 bis 150 %	9,7	9,6	10,6	9,6	10,3	8,3
100 bis 125 %	19,2	18,8	16,2	18,1	15,9	18,2
75 bis 100 %	26,4	27,5	31,1	26,0	25,7	24,1
50 bis 75 %	24,5	24,1	22,3	24,7	24,1	25,5
0 bis 50 %	7,4	9,1	8,0	10,0	11,4	11,8
Armutsschwelle 60 %-Median						
FGT (0) (Armutsquote)	10,3	11,2	10,9	12,6	13,8	13,5
FGT (1) (Armutslücke)	2,3	2,3	2,1	2,7	2,9	2,9
FGT (2) (Armutsintensität)	0,794	0,744	0,704	0,959	1,005	1,050
Äquivalenzeinkommen im Vorjahr (real)						
Armutsschwelle 60 %-Median						
FGT (0) (Armutsquote)	11,2	13,0	10,5	14,2	14,7	13,9
FGT (1) (Armutslücke)	2,5	3,3	2,4	3,4	3,4	3,2
FGT (2) (Armutsintensität)	0,948	1,444	0,929	1,325	1,269	1,225

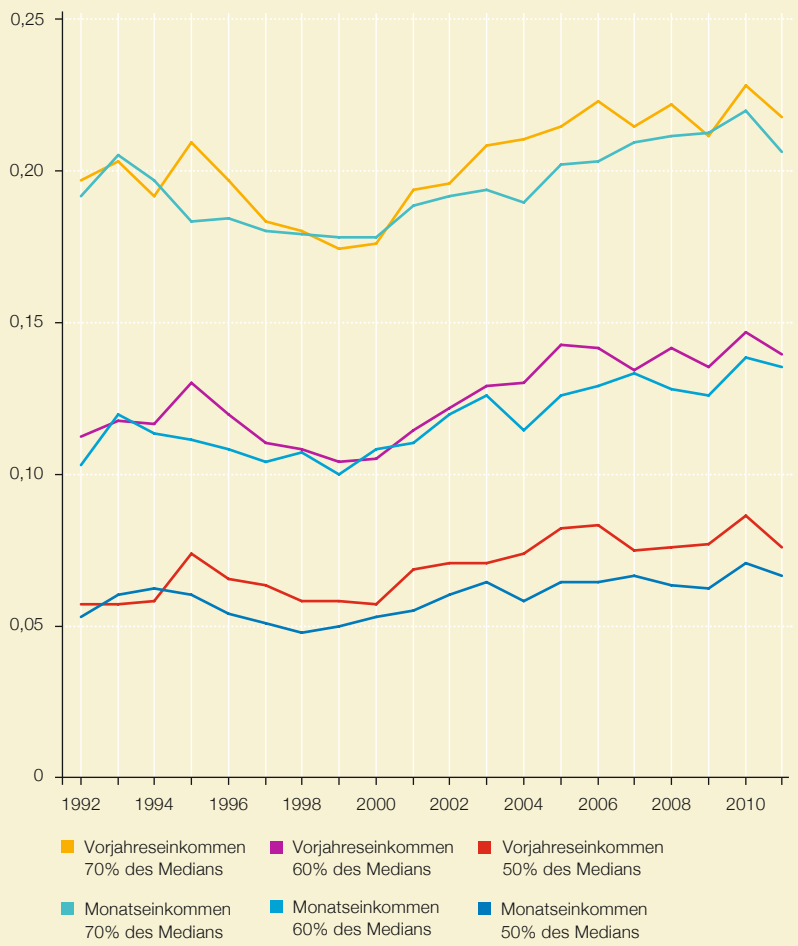
Datenbasis: SOEPv28.

vorherigen Kapitel 6.2 auf dem so genannten relativen Armutskonzept und orientiert sich an der Definition der Europäischen Union. Gemäß den vom Statistischen Amt der EU (Eurostat) empfohlenen Schwellenwerten gilt demnach als arm, wer in einem Haushalt lebt, dessen Äquivalenzeinkommen weniger als 60% des Medians der Einkommen in der gesamten Bevölkerung beträgt.[4] Früher verwendete, auf dem arithmetischen Mittel basierende Kennziffern zur Abgrenzung von »Armut« (50 %-Schwelle) und Niedrigeinkommen, dem sogenannten »prekären Wohlstand«, (75 %-Schwelle) sind in der Einkommensschichtung mit ausgewiesen (Tabelle 2 oberer Teil). Die auf den Median bezogenen Armutsgrenzen sind weniger anfällig für Extremwerte am oberen Rand der Verteilung und liefern somit robustere Ergebnisse als die aus dem arithmetischen Mittel abgeleiteten Schwellenwerte.

Die Berechnung der Armutsgrenzen erfolgt auf Grundlage der gesamtdeutschen Einkommensverteilung anhand der Realeinkommen zu Preisen von 2010. Die auf dem Median basierenden Armutsquoten werden anhand des sogenannten FGT-Maßes (nach den Autoren Foster/Greer/Thorbecke) weiter differenziert: Neben der Armutsquote, die den Umfang der Armutspopulation in Prozent ausweist, werden weitere Kennziffern der Armutsintensität ausgewiesen: Diese sind aus der sogenannten Armutslücke abgeleitet, also dem Einkommensbetrag, der erforderlich wäre um die Armutsgrenze zu überwinden. ▸ Tab 2

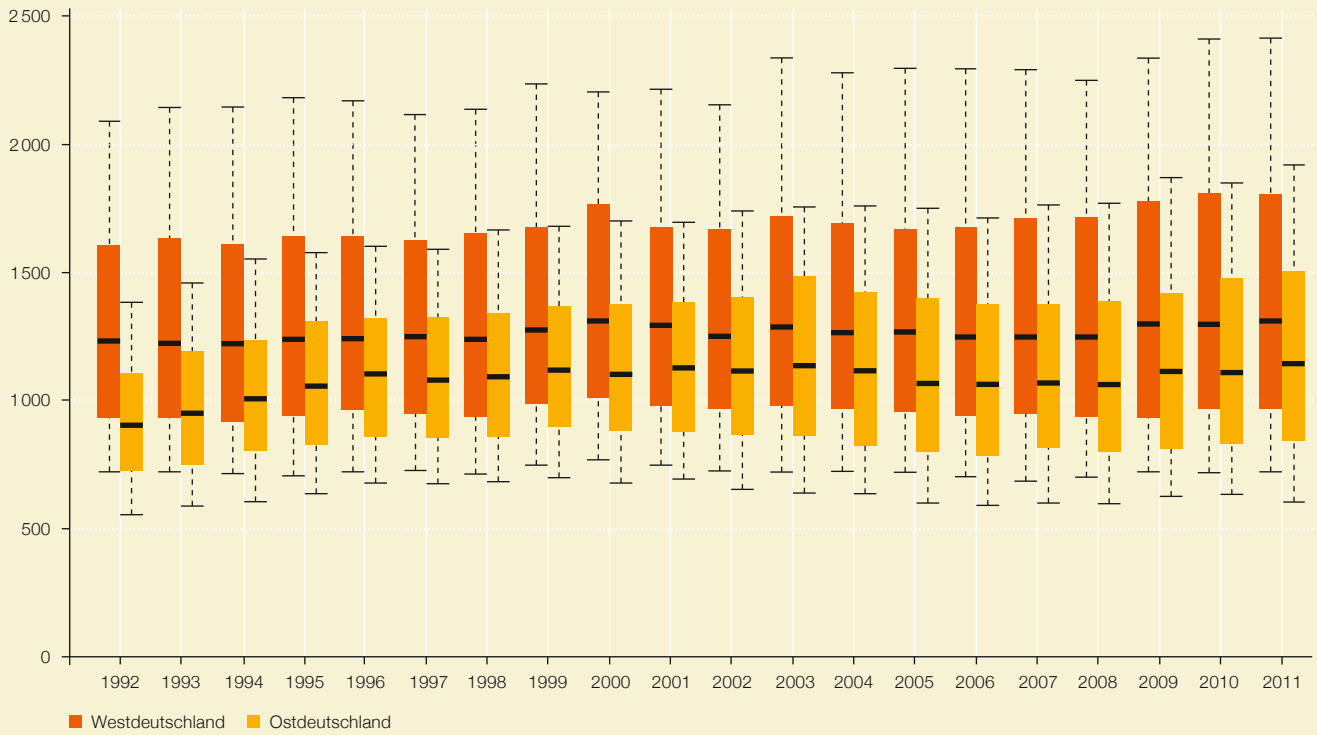
Gemessen an der medianbasierten Armutsschwelle auf Grundlage der *monatlichen Haushaltsnettoeinkommen* lebten im Jahr 2011 13,5 % der gesamtdeutschen Bevölkerung in Einkommensarmut, damit ist die Armutsrisikoquote im Vergleich zum Vorjahr etwas gesunken. Die einfache Armutsintensität FGT(1) – diese misst den durchschnittlichen prozentualen Abstand zur Armutsschwelle im Mittel der gesamten Bevölkerung – beträgt 2,9 % gemessen am Monatseinkommen und 3,2 % bei Zugrundelegen des Jahreseinkommens. Die längerfristige Entwicklung belegt eine deutliche Zunahme der Armutsrisiken in der zurückliegenden Dekade im Vergleich zu den 1990er-Jahren. Die Zunahme der Armutsrisiken erstreckt sich nicht nur auf die 60 %-Schwelle. Übereinstimmend weisen Monats- und Jahreseinkommen auch bei Betrachtung strengerer Armut (50 %-Schwelle) sowie des Niedrigeinkommensbereichs (70 %-Schwelle) in der letzten Dekade eine deutliche Erhöhung gegenüber den 1990er-Jahren auf. Alle Indizes haben sich in der letzten Dekade erhöht, das Ausmaß an Niedrigeinkommen und Armut ist am Ende der letzten Dekade auf eines der höchsten Niveaus der letzten beiden Jahrzehnten angestiegen; zugleich haben sich die Einkommen der Armen immer weiter von der Armutsschwelle entfernt und die Intensität der Armut hat sich erhöht. In den letzten Jahren setzt sich dieser Trend indes nicht in gleicher Weise fort: Armuts- und Ungleichheitsziffern stagnieren derzeit auf allerdings höherem Niveau als

▸ Abb 3 **Bevölkerungsanteile in Niedrigeinkommen und Armut nach unterschiedlichen Schwellenwerten 1992 – 2011**



Datenbasis: SOEPv28.

▶ Abb 4 **Entwicklung des monatlichen Haushaltsnettoäquivalenzeinkommens 1992–2011 — in Euro**



Datenbasis: SOEP v28.

noch in den beiden Dekaden zuvor und weisen bei der Betrachtung des Ausmaßes und der Intensität von Einkommensarmut im Vergleich von Monats- und Jahreseinkommen gegenwärtig wiederum eher leicht rückläufige Tendenzen auf. ▶ Abb 3

6.3.3 Angleichung der Einkommen in Ost- und Westdeutschland

Bei der Betrachtung der gesamtdeutschen Einkommensverteilung sind auch heute noch erhebliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zu beobachten. Daneben zeigen sich aber auch weitere regional unterschiedliche Trends.

Die Angleichung der Einkommensverhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland lässt sich anschaulich dokumentieren anhand der Entwicklung der verschiedenen Einkommensschwellen der verfügbaren Haushaltseinkommen. Bei dieser Darstellung werden Niveau und Verteilung der Einkommen gleichzeitig betrachtet: Die Breite der sogenannten Boxplots in Abbildung 4 zeigt den jeweiligen Bevölkerungsumfang an; die mittlere Linie der Blöcke stellt den jeweiligen Median dar, also den Einkommensschwellenwert, der von jeweils der Hälfte der Bevölkerung unter- beziehungsweise überschritten wird. In analoger Form geben die Ober- und Untergrenzen der Blöcke die Einkommensschwellen wieder, die zusammen 50 % der Bevölkerung mit mittlerem Einkommen umfassen; die äußeren Linien veranschaulichen schließlich die sogenannten Dezilsschwellen, die die jeweils reichsten beziehungsweise ärmsten 10 % der Bevölkerung abgrenzen; sie beschreiben also die Einkommensspanne, die das Wohlstandsniveau von 80 % der jeweiligen Bevölkerung ohne die jeweils reichsten und ärmsten 10 % umfasst und kennzeichnen so auch das Ausmaß an Einkommensungleichheit. ▶ Abb 4

Die Grafik zeigt anschaulich, wie sich die Verteilung der Realeinkommen in den Ostdeutschland vor allem in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre schrittweise an die Entwicklung der Westeinkommen angeglichen hat. In den Jahren 2004 bis 2008 ist jedoch konjunkturbedingt eine wiederum zunehmende Diskrepanz zwischen West- und Ostdeutschen Einkommen zu beobachten, die sich in den folgenden Jahren wieder etwas vermindert.

In Westdeutschland haben sich die Abstände zwischen unteren und höheren Ein-

▶ Tab 3a **Betroffenheit von Armut in Deutschland nach Bevölkerungsgruppen, 2000–2002, 2005–2007 und 2009–2011, Mittelwert zu Dreijahresperioden — in Prozent**

Armutsschwelle: 60% Median	Deutschland (gesamt)				Ostdeutschland[1]			
	Bevölkerungsanteil	Armutsquote			Bevölkerungsanteil	Armutsquote		
	2009–2011	2000–2002	2005–2007	2009–2011	2009–2011	2000–2002	2005–2007	2009–2011
Bevölkerung insgesamt	**100**	**11,7**	**13,0**	**13,2**	**100**	**15,1**	**19,8**	**19,3**
Geschlecht								
Männlich	49,1	10,8	12,3	12,4	49,9	14,3	19,9	18,5
Weiblich	50,9	12,5	13,6	14,1	50,1	16,2	19,8	20,2
Alter								
0–10 Jahre	8,1	14,0	12,9	12,8	8,7	20,7	24,4	23,7
11–20 Jahre	10,0	17,4	18,8	17,2	6,8	23,4	30,3	25,6
21–30 Jahre	12,2	15,4	17,8	19,1	13,5	21,0	27,5	31,2
31–40 Jahre	12,3	9,1	10,2	9,6	11,9	14,9	19,3	14,9
41–50 Jahre	16,9	9,4	12,8	11,3	16,2	15,3	23,4	20,8
51–60 Jahre	14,3	9,4	12,8	14,3	16,6	15,0	23,7	22,4
61–70 Jahre	12,4	10,9	9,0	11,5	11,6	8,5	8,3	10,7
71 Jahre und älter	13,7	10,4	10,7	11,6	14,7	7,4	6,8	8,4
Migrationshintergrund								
Ohne Migrationshintergrund	80,5	9,8	11,3	11,3	96,2	14,8	19,1	18,8
Mit Migrationshintergrund	19,5	20,2	19,9	21,5	3,8	28,8	38,8	32,3
Region								
Region Nord-West	42,8	10,4	11,6	12,2				
Region Süd-West	34,1	10,9	11,2	11,4				
Stadtstaaten	6,9	13,2	12,8	13,6				
Region Ost	16,2	15,5	20,1	19,5				
Gemeindegrößenklasse								
Unter 2 000 Einwohner	6,2	14,6	15,7	14,4	13,0	16,3	17,4	17,9
2 000 bis 20 000 Einwohner	33,9	11,9	12,5	12,3	35,7	14,2	18,5	18,6
20 000 bis 100 000 Einwohner	28,0	10,6	12,7	13,7	24,1	17,5	24,3	22,9
100 000 bis 500 000 Einwohner	15,9	12,0	14,6	15,2	11,6	14,8	20,5	19,1
Über 500 000 Einwohner	16,0	11,0	11,4	12,0	15,7	12,1	16,7	17,3
Mieter-Status								
Eigentümerhaushalt	49,4	6,6	6,6	6,6	40,9	10,2	12,4	10,4
Mieterhaushalt	50,6	16,2	18,4	19,5	59,1	18,5	24,5	25,5

1 Ostdeutschland inklusive Berlin.
Datenbasis: SOEP v28.

kommen langjährig stufenweise erhöht. In Ostdeutschland waren die Einkommen im Vergleich dazu von vornherein weit weniger ungleich verteilt. Zu Beginn der 1990er-Jahre erfolgte hier ein Anstieg der Ungleichheit, der sich aber bald verlangsamte. In den letzten Jahren ist auch in Ostdeutschland ein neuerlicher Anstieg der Ungleichheit zu verzeichnen, ohne allerdings das höhere Ungleichheitsniveau Westdeutschlands zu erreichen. Die Grafik macht nicht nur deutlich, dass die Streuung der Einkommen in Ostdeutschland weit weniger ausgeprägt ist als in Westdeutschland, sondern zeigt auch, dass dies zunächst vor allem an der geringeren Differenzierung im oberen Einkommenssegment lag. Der wesentliche Einkommensunterschied zwischen West- und Ostdeutschland bestand demzufolge vor allem in der geringeren Spreizung der höheren Einkommen. In der letzten Dekade hat sich die Annäherung auch der höheren Einkommen weiter fortgesetzt, zugleich sind aber im untersten Einkommensbereich die Abstände zwischen Ost- und Westdeutschland wieder gestiegen.

Weiterführende Analysen zeigen, dass bei einer regional differenzierteren Betrachtung auch innerhalb Westdeutschlands Unterschiede zutage treten (Tabelle 3a); insbesondere bei den Stadt-

▶ Tab 3b **Betroffenheit von Armut in Deutschland nach Bildungs- und Beschäftigungsmerkmalen, 2000–2002, 2005–2007 und 2009–2011, Mittelwert zu Dreijahresperioden — in Prozent**

Armutsschwelle: 60% Median	Deutschland (gesamt)				Ostdeutschland[1]			
	Bevölkerungsanteil	Armutsquote			Bevölkerungsanteil	Armutsquote		
	2009–2011	2000–2002	2005–2007	2009–2011	2009–2011	2000–2002	2005–2007	2009–2011
Insgesamt, Bevölkerung ab 18 Jahren		**10,5**	**12,0**	**12,6**		**12,8**	**18,1**	**17,7**
Familienstand								
Verheiratet/zusammen lebend	56,8	8,0	8,5	8,8	54,3	8,2	12,2	11,0
Verheiratet/getrennt lebend	0,8	21,4	21,7	16,1	0,6	29,8	23,1	24,7
Ledig	28,4	15,0	18,1	18,2	30,3	22,4	29,6	30,4
Geschieden	6,2	19,9	24,7	22,8	6,9	26,3	32,9	25,4
Verwitwet	7,9	10,6	8,4	11,5	7,9	7,5	5,4	8,1
Bildungsabschluss								
Hauptschule o. Abschluss	10,1	21,0	25,1	28,8	5,6	24,9	30,4	38,1
RS, FHS, Gymnasium o. Abschluss	3,5	11,4	14,0	17,2	3,2	20,8	33,3	32,2
Hauptschule m. Abschluss	25,6	9,6	10,6	11,5	18,9	13,8	18,5	20,5
Realschule m. Abschluss	24,5	7,7	10,5	10,5	38,7	14,5	20,9	18,7
FHS, Gymnasium m. Abschluss	9,4	10,5	10,9	10,8	7,6	18,4	16,9	18,0
Sonstiges m. oder o. Abschluss	5,6	19,8	22,4	25,0	1,5	24,9	45,8	45,9
FH, Universität	19,0	4,1	4,4	5,3	23,1	5,1	6,7	6,5
In Ausbildung, Schule, Studium	2,4	17,0	16,5	18,6	1,5	21,7	26,0	34,6
Erwerbsstatus								
Erwerbstätig Vollzeit	38,2	4,2	4,0	4,5	38,4	6,1	7,1	7,6
Erwerbstätig Teilzeit	17,2	12,3	12,7	13,5	13,7	17,4	19,5	19,6
Arbeitslos	6,5	37,3	50,6	56,1	11,4	41,6	62,0	68,4
In Ausbildung	4,2	21,4	21,4	23,9	4,2	25,2	28,9	34,1
Nicht erwerbstätig	33,9	12,1	11,6	13,4	32,4	10,5	11,8	12,4
Berufliche Stellung								
Un-/Angelernter Arbeiter	14,3	13,6	15,6	20,4	12,3	18,1	23,3	31,3
Facharbeiter, Meister	14,0	4,8	5,6	5,7	19,2	6,4	10,1	7,1
Selbständige	9,9	10,4	9,0	10,2	12,4	17,1	15,4	20,4
Auszubildende, Volontäre	4,4	21,9	24,8	23,6	4,9	24,1	35,1	37,1
Einfache Angestellte	13,9	6,3	9,6	9,5	13,8	9,3	14,6	11,7
Qualifizierte Angestellte	22,9	2,1	2,3	2,8	20,7	3,0	4,0	6,3
Leitende Angestellte	14,4	0,9	0,6	1,2	12,5	1,2	2,4	2,3
Einfache/mittlere Beamte	1,9	1,6	0,9	0,7	2,2	6,1	0,0	0,3
Gehobene/höhere Beamte	4,4	0,7	0,3	1,3	2,0	2,3	0,1	0,0

1 Ostdeutschland inklusive Berlin.
Datenbasis: SOEP v28.

staaten sind phasenweise erhöhte Einkommensrisiken zu beobachten. Dazu wurde Westdeutschland nach Nord (Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein) und Süd (Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland) unterteilt und die Stadtstaaten (Berlin, Hamburg, Bremen) als eigene Kategorie erfasst.[5] Die regionale Differenzierung auf der Ebene der Bundesländer zeigt zwar so auch Variationen in der Einkommensverteilung und im Armutsrisiko, es wird aber deutlich, dass in Ostdeutschland das Einkommensniveau und die Einkommensungleichheit weiterhin niedriger und das Armutsrisiko der Bevölkerung wesentlich höher ist als in Westdeutschland.

6.3.4 Armut in verschiedenen Bevölkerungsgruppen

Innerhalb der zurückliegenden Dekade haben sich also seit dem Jahr 2000 die Armutsrisiken in der Bevölkerung deutlich erhöht. Um die Differenzierungen und Trends bei der Betroffenheit von Armut in der Bevölkerung auch für kleine Bevölkerungsgruppen in robuster Weise

▶ Tab 3c **Betroffenheit von Armut in Deutschland nach Haushaltsmerkmalen, 2000–2002, 2005–2007 und 2009–2011, Mittelwert zu Dreijahresperioden — in Prozent**

Armutsschwelle: 60% Median	Deutschland (gesamt)				Ostdeutschland[1]			
	Bevölkerungsanteil	Armutsquote			Bevölkerungsanteil	Armutsquote		
	2009–2011	2000–2002	2005–2007	2009–2011	2009–2011	2000–2002	2005–2007	2009–2011
Insgesamt	**100**	**11,7**	**13,0**	**13,2**	**100**	**15,1**	**19,8**	**19,3**
Haushaltsgröße								
1-Personen-Haushalt	20,2	15,4	17,7	18,9	21,7	21,4	26,3	28,0
2-Personen-Haushalt	33,9	8,7	9,6	10,4	37,7	10,4	13,5	14,1
3-Personen-Haushalt	18,6	9,7	12,7	12,0	20,4	12,3	21,2	14,9
4-Personen-Haushalt	18,6	9,2	10,2	9,9	14,0	11,8	15,8	18,1
5- und mehr Personen-Haushalt	8,7	23,1	21,5	21,3	6,2	38,4	40,5	38,0
Alter des Haushaltsvorstands								
16–34 Jahre	14,0	15,9	16,5	18,1	18,0	21,5	25,4	27,9
35–54 Jahre	47,2	10,8	13,5	12,1	43,1	17,3	24,6	20,0
55–74 Jahre	29,4	10,8	11,0	13,0	29,8	9,8	13,2	16,1
75 Jahre und älter	9,5	10,7	10,0	12,6	9,1	8,9	5,2	9,4
Personengruppen								
Haushaltsvorstand	53,4	12,0	13,6	14,1	55,4	15,9	20,4	20,5
(Ehe-)Partner	22,8	8,2	8,9	9,1	23,6	9,8	13,4	11,9
Kind(er) unter 18 Jahren	14,9	15,1	15,0	13,9	12,9	22,1	25,7	23,4
Kind(er) ab 18 Jahre	8,6	12,9	16,8	18,0	7,9	15,5	26,1	27,0
Weitere Haushaltsmitglieder	0,3	20,2	19,0	21,3	0,2	18,3	22,8	26,6
Haushaltstypen								
Single-Haushalt	20,2	15,4	17,7	18,9	21,7	21,4	26,3	28,0
Partner-Haushalt	29,9	6,6	7,3	8,0	32,5	7,0	9,6	9,4
Familien-Haushalt	30,6	11,4	11,8	10,7	25,4	15,5	20,9	17,0
Ein-Eltern-Haushalt	4,7	32,9	33,0	32,4	6,1	43,6	48,4	44,3
Post-Eltern-Haushalt	14,3	9,5	13,2	15,6	14,1	10,2	20,3	23,1
Anderer Haushalt	0,4	25,7	9,3	15,4	0,3	22,1	16,4	20,5
Haushalts- / Lebenszyklus								
Haushaltsvorstand 16–34 Jahre								
Single-Haushalt	4,0	20,9	24,0	25,6	5,2	31,7	35,1	34,5
Paar-Haushalt (ohne Kind)	3,5	7,0	8,8	7,7	2,8	15,7	14,2	12,5
Haushaltsvorstand 35–54 Jahre								
Single-Haushalt	5,4	12,7	18,2	15,8	6,2	27,1	33,9	29,6
Paar-Haushalt (ohne Kind)	6,3	4,0	6,8	5,6	7,0	9,9	19,0	11,5
Haushalt mit Kind(ern) unter 18 Jahren								
Paar-Haushalt mit 1 Kind	13,2	8,3	11,7	9,6	13,6	12,0	19,9	14,6
Paar-Haushalt mit 2 Kindern	12,9	9,6	10,2	9,5	8,3	12,0	18,1	17,2
Paar-Haushalt mit 3+ Kindern	4,6	22,3	16,6	17,1	3,5	38,6	35,1	25,7
Ein-Eltern-Haushalt mit 1 Kind	2,6	27,1	33,1	33,7	3,2	37,7	53,9	44,4
Ein-Eltern-Haushalt mit 2+ Kindern	2,1	41,5	32,9	30,8	2,8	55,5	39,8	44,2
Haushalt mit Kind(ern) ab 18 Jahren	14,3	9,5	13,2	15,6	14,1	10,2	20,3	23,1
Haushaltsvorstand 55–74 Jahre								
Paar-Haushalt ohne Kind	15,3	7,3	7,2	8,8	17,8	5,4	7,2	8,9
Single-Haushalt	6,8	15,3	15,8	18,6	6,6	19,1	24,5	28,8
Haushaltsvorstand 75 Jahre und älter								
Paar-Haushalt (ohne Kind)	4,8	7,2	7,0	9,1	5,0	3,7	2,4	6,4
Single-Haushalt	4,0	13,6	13,7	16,6	3,7	11,8	8,8	14,4
Sonstige Haushalte	0,4	25,7	9,3	15,4	0,3	22,1	16,4	20,5

1 Ostdeutschland inklusive Berlin.
Datenbasis: SOEP v28.

abzubilden, werden die Armutsquoten zu den ausdifferenzierten Personengruppen über jeweils drei Jahre gemittelt – wir betrachten dazu drei Perioden zu Beginn (2000 bis 2002), in der Mitte (2005 bis 2007) sowie am Ende der Dekade (2009 bis 2011). Die Armutsrisiken der erwachsenen Bevölkerung sind in diesen Perioden von 11 % auf 12 % und weiter auf 13 % gestiegen. Die erwachsene Bevölkerung in Ostdeutschland war dabei überproportional vom Armutsanstieg betroffen: hier sind die entsprechenden Armutsrisiken von 13 % auf 18 % gestiegen und liegen auch weiter bei 18 %. Die Armutsquoten in der Gesamtbevölkerung (inklusive Kinder unter 18 Jahren) liegen etwas höher bei ähnlichem zeitlichem Verlauf, wobei sich der Anstieg der Armutsrisiken nicht nur auf sozial besonders gefährdete Gruppen beschränkt. Im Folgenden wird daher gezeigt, welche Bevölkerungsgruppen, Familien- und Haushaltsformen über- oder unterdurchschnittlich von Armut betroffen sind. Die Kennziffern beziehen sich auf die Verteilung des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens innerhalb der gesamten Bevölkerung in den genannten Dreijahresperioden. Neben der gesamtdeutschen Darstellung wird hier in Anbetracht der erhöhten Armutsrisiken die Entwicklung in Ostdeutschland ergänzend eigenständig ausgewiesen. ▸ Tab 3a, b ,c

Frauen sind in beiden Landesteilen zumeist etwas stärker als Männer von Einkommensarmut betroffen. Das Armutsrisiko von Kindern im Alter bis zu 10 Jahren ist im hier betrachteten Zeitraum rückläufig, in Ostdeutschland sind Kinder weiterhin stärker von Armut betroffen, aber auch hier mit stagnierendem Trend. Im Unterschied dazu hat sich die Armut von Jugendlichen im Alter von 11 bis 20 Jahren innerhalb der letzten Dekade in beiden Landesteilen erhöht. Am höchsten sind die Armutsquoten in der Altersgruppe von 21 bis 30 Jahren. In Ostdeutschland lebt in dieser Periode mehr als jeder vierte Jugendliche (11 bis 20 Jahre) und nahezu jeder dritte junge Erwachsene (21 bis 30 Jahre) in unzureichenden Einkommensverhältnissen. Die Altersgruppen der jungen Erwerbstätigen (31 bis 40 Jahre) sind unterdurchschnittlich von Armutsrisiken betroffen, wogegen sich die Armutsrisiken der älteren Erwerbstätigen erhöht haben. In Ostdeutschland sind die niedrigsten Armutsquoten bei den Personen über 60 Jahren zu finden, bei allerdings steigendem Trend; die derzeitigen ostdeutschen Rentnergenerationen profitieren dabei noch von systembedingten Unterschieden in der Arbeitsmarktbeteiligung aus der Zeit vor der Vereinigung. Allerdings weisen die vor allem in Ostdeutschland stark erhöhten Armutsquoten in den Altersgruppen der 40- bis 60-Jährigen auf steigende Risiken der Altersarmut hin.

Personen mit Migrationshintergrund sind unverändert einem doppelt so hohen Armutsrisiko ausgesetzt wie die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. In Ostdeutschland ist die Armutsbetroffenheit bei Migranten noch höher, allerdings ist ihr Bevölkerungsanteil hier weit geringer als in Westdeutschland.

Bei der regionalen Differenzierung wird nochmals deutlich, dass die Armutsrisiken in Ostdeutschland weiterhin höher sind als in anderen Landesteilen. Weniger stark unterscheiden sich die Armutsrisiken zwischen Stadt und Land. Mieterhaushalte sind erwartungsgemäß stärker von Armutsrisiken betroffen als Eigentümer – diese auch in Ostdeutschland ausgeprägte Diskrepanz hat sich innerhalb der letzten Dekade weiter verstärkt.

Verheiratet zusammen Lebende sind nach wie vor am geringsten von Armut betroffen, Ledige und Geschiedene tragen ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko. Für Personen ohne Bildungsabschluss beziehungsweise mit geringer Bildung hat sich das 2000 bis 2002 bereits überproportionale Armutsrisiko noch weiter erhöht. Aber auch bei Personen mit hohem Bildungsstand ist das vormals sehr niedrige Armutsrisiko leicht angestiegen.

Arbeitslose tragen nach wie vor ein überproportionales Armutsrisiko. Sie sind in den Jahren 2009 bis 2011 mit 56 % in Gesamtdeutschland und mit 68 % in Ostdeutschland die Bevölkerungsgruppe mit der höchsten Armutsbetroffenheit. Im Vergleich zu 2000 bis 2002 – also vor der Arbeitsmarktreform – hat sich die Quote nochmals erheblich erhöht. Die niedrige Armutsquote bei Vollzeiterwerbstätigen sowie die mittlere Armutsquote bei Nichterwerbstätigen hat sich gegenüber dem Jahr 2000 bis 2002 im Niveau gehalten; die in der letzte Dekade erfolgte Erhöhung der Armutsziffern erfasste daher vor allem Erwerbslose.

Nach den Auszubildenden und Volontären finden sich innerhalb der beruflichen Statusgruppen die höchsten Armutsquoten unter den un- und angelernten Arbeitern. Bei beiden Gruppen hat sich das Armutsrisiko gegenüber 2000 bis 2002 weiter erhöht. Insbesondere un- und angelernte Arbeiter in Ostdeutschland befinden sich in erheblichem Ausmaß in prekären Lebenslagen. Bei einfachen Angestellten ist das Armutsrisiko gegenüber 2000 bis 2002 zum Teil deutlich gestiegen, wogegen Beamte sowie qualifizierte und hochqualifizierte Angestellte unverändert ein sehr geringes Armutsrisiko tragen. Die in der letzten Dekade zunehmenden Armutsquoten haben demzufolge insbesondere gering qualifizierte Arbeiter und einfache Angestellte erfasst.

Betrachtet man einzelne Haushaltstypen, dann zeigt sich, dass in den letzten zehn Jahren eher bei Haushalten mit jüngeren Haushaltsvorständen sowie Single-Haushalten das Armutsrisiko gestiegen ist, in Ostdeutschland ist zudem ein Anstieg der Armutsquoten beim Eintritt in den Ruhestand zu beobachten. Die niedrigsten Armutsquoten sind bei Paarhaushalten ohne Kinder, die höchsten hingegen bei Familienhaushalten mit mehr als drei Kindern sowie vor allem bei Einelternhaushalten zu finden. Von den Personen in Einelternhaushalten leben in Deutschland derzeit insgesamt ein Drittel und in Ostdeutschland 44 % in Armut. Ordnet man die unterschiedlichen Haushaltstypen nach dem Ablauf im Lebenszyklus, so fällt zuerst der Anstieg der Armutsquote bei jungen Alleinlebenden ins Auge. Ältere Paarhaushalte ohne Kinder weisen ein geringes Armutsrisiko auf.

Bei Singlehaushalten im Alter von 55 bis 74 Jahren sowie im Alter ab 75 Jahren hat sich das Armutsrisiko im Laufe der zurückliegenden Dekade erhöht; insbesondere in Ostdeutschland ist bei den Single-Haushalten ein starker Anstieg der Armutsbetroffenheit beim Eintritt in den Ruhestand zu beobachten. Ungeachtet der insgesamt niedrigen Altersarmut gibt es offenkundig auch innerhalb der Älteren wiederum Gruppen mit wachsenden Armutsrisiken.

6.3.5 Dynamik von Einkommen und Armut

Die Stabilität beziehungsweise die Dynamik von Einkommen und Armut gibt Auskunft über die Chancen und Risiken zur Verbesserung beziehungsweise Verschlechterung der materiellen Grundlagen in einer Gesellschaft. Deshalb ist die Veränderung von Einkommenspositionen im Zeitverlauf ein entscheidender Hinweis dafür, ob es Personen und Haushalten gelingt, defizitäre Positionen zu überwinden und welchem Risiko sie ausgesetzt sind, in unzureichende Einkommenslagen zu gelangen. Die hier angesprochene Mobilität zwischen verschiedenen Einkommenspositionen im zeitlichen Verlauf kann auf mehrere Arten berechnet und dargestellt werden. Bei so genannten Mobilitätsmatrizen wird berechnet, welcher Bevölkerungsanteil zu zwei Zeitpunkten in denselben Einkommensklassen (Quintilen) geblieben, beziehungsweise in höhere oder niedrigere Einkommensschichten gewechselt ist.

Um die Mobilitätsmuster bei längeren Zeitabständen darzustellen, werden Verbleib und Übergänge in/aus Einkommensquintilen in einem vierjährigen Abstand zu drei verschiedenen Perioden betrachtet: 1992 bis 1996, 2002 bis 2006 sowie 2007 bis 2011. Hier zeigt sich, dass sich das Risiko, im untersten Quintil zu verbleiben, über die Jahre hinweg deutlich erhöht hat (von 54 % in den 1990er-Jahren auf 64 % im Zeitraum 2007 bis 2011). Der Übergang von der untersten in gehobene Einkommenslagen hat sich entsprechend verringert. Auch der Verbleib im zweiten und dritten Quintil hat sich im hier betrachteten Zeitraum seit 1990 erhöht. Im zweiten Quintil geht dies zeitweilig mit einem Rückgang des Übergangs in niedrigere Einkommenslagen einher, im mittleren Einkommensbereich ist dies jedoch eher mit einem nachlassenden Aufstieg in höhere Einkommensschichten verbunden. Der Verbleib in den obersten Einkommensquintilen hat sich ebenfalls erhöht, die Risiken des Abstiegs in untere Einkommenslagen sind gesunken. Ungeachtet der zuletzt wieder leicht ansteigenden Übergänge vom untersten in mittlere und höhere Quintile haben sich insgesamt im Verlauf der letzten beiden Dekaden, die Aufstiegschancen der unteren Einkommensgruppen eher verringert und die Einkommensrisiken im unteren Einkommensbereich erhöht; im oberen Einkommensbereich haben sich hingegen die Abstiegsrisiken verringert und der Verbleib in den oberen Einkommensschichten hat zugenommen. Weiterführende Analysen mit zusätzlichen zusam-

▶ Tab 4 **Einkommensdynamik: Quintilsmatrizen im Zeitverlauf**
Stabiler/Mobiler Bevölkerungsanteil gegenüber Ausgangszeitpunkt — in Prozent

Von der Bevölkerung im Ausgangsquintil (zum Beispiel 1. Quintil) im Jahr A waren vier Jahre später, im Jahr B, xx,x % der Bevölkerung im Quintil (zum Beispiel 2. Quintil)				
Ausgangs-quintil	Übergang in Quintil	1992–1996	2002–2006	2007–2011
1. Quintil	1. Quintil	54,2	60,2	64,4
1. Quintil	2. Quintil	24,2	24,2	15,1
1. Quintil	3. Quintil	11,1	8,7	10,1
1. Quintil	4. Quintil	7,1	4,6	6,6
1. Quintil	5. Quintil	3,5	2,3	3,8
2. Quintil	1. Quintil	23,9	23,3	31,0
2. Quintil	2. Quintil	35,4	41,7	42,2
2. Quintil	3. Quintil	23,2	20,6	15,2
2. Quintil	4. Quintil	13,1	10,8	7,8
2. Quintil	5. Quintil	4,5	3,7	3,8
3. Quintil	1. Quintil	10,5	8,5	11,5
3. Quintil	2. Quintil	25,1	20,1	19,0
3. Quintil	3. Quintil	34,0	40,6	47,8
3. Quintil	4. Quintil	23,0	23,3	16,7
3. Quintil	5. Quintil	7,4	7,5	5,0
4. Quintil	1. Quintil	7,4	4,3	4,4
4. Quintil	2. Quintil	10,9	10,5	7,0
4. Quintil	3. Quintil	22,2	22,3	25,9
4. Quintil	4. Quintil	36,1	40,7	43,8
4. Quintil	5. Quintil	23,6	22,1	18,8
5. Quintil	1. Quintil	3,2	2,9	2,2
5. Quintil	2. Quintil	4,4	4,2	2,7
5. Quintil	3. Quintil	9,0	6,6	5,7
5. Quintil	4. Quintil	21,6	20,7	21,1
5. Quintil	5. Quintil	61,8	65,6	68,1

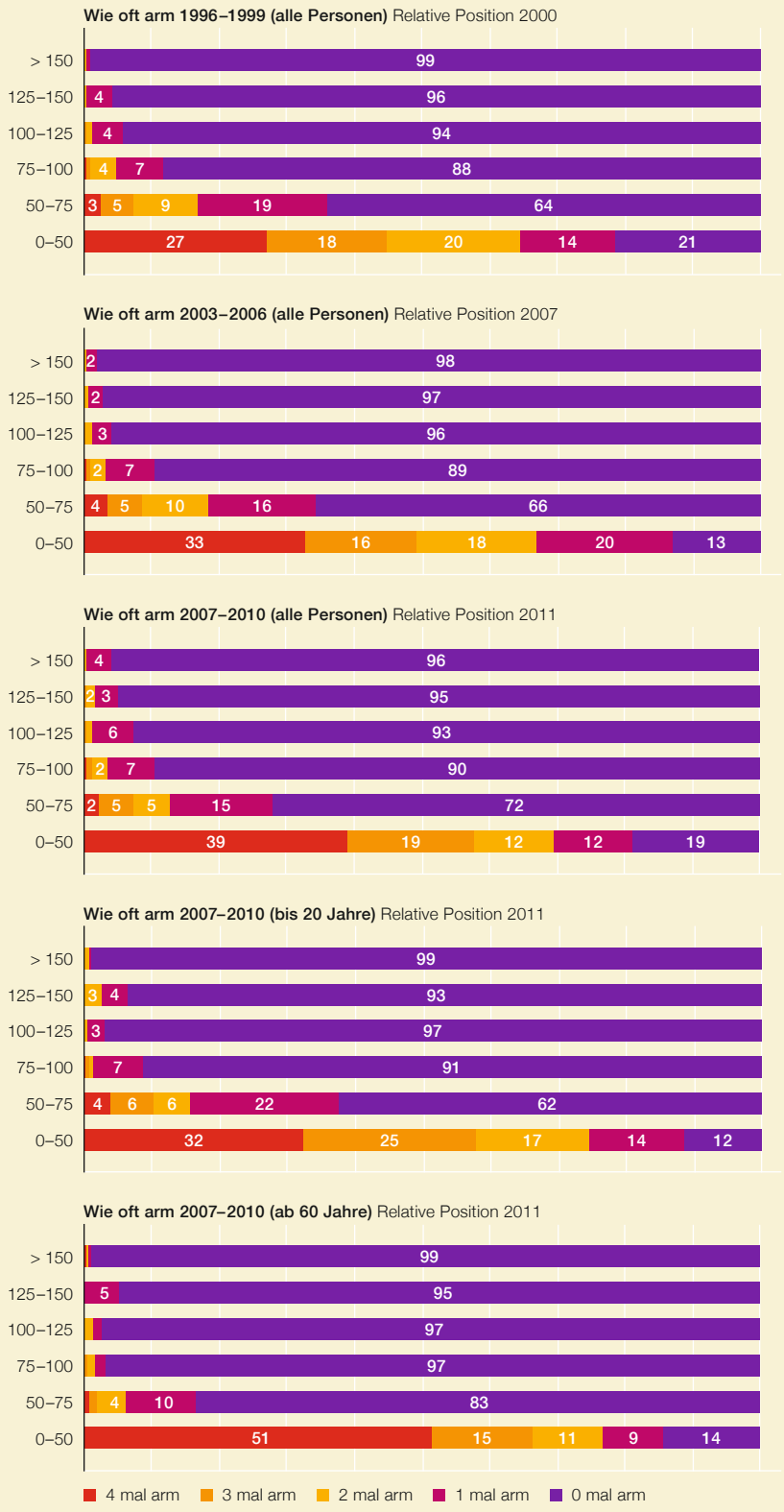
Quintil = 20% der nach der Höhe des Einkommens geschichteten Bevölkerung;
1. Quintil = unterstes (ärmstes) Quintil; 5. Quintil = oberstes (reichstes) Quintil.
Datenbasis: SOEP v28.

menfassenden Mobilitätskennziffern bestätigen, dass die Einkommensschichten weniger durchlässig geworden sind. ▸ Tab 4

Abschließend wird der Frage nachgegangen, in welchem Umfang die Bevölkerung in verschiedenen Einkommensschichten eines Jahres in den zurückliegenden vier Jahren Einkommensarmut persönlich erfahren hat. Dabei bleibt unbeachtet, ob diese individuellen Armutserfahrungen zuvor im selben oder einem anderen Haushalt gemacht wurden.[6] Die Grafiken weisen die zurückliegenden individuellen Armutserfahrungen für die Ausgangsjahre 2000 (1996 bis 1999), 2007 (2003 bis 2006) und 2011 (2007 bis 2010) aus; für das Jahr 2011 wird diese zudem für die jüngste Altersgruppe bis 20 Jahre und für die Älteren ab 60 Jahren nochmals getrennt dargestellt. ▸ Abb 5

Die Ergebnisse zeigen, dass 81 % der Personen, die im Jahr 2011 in der untersten Einkommensschicht und damit in relativer Einkommensarmut lebten, bereits in den vier Vorjahren (2007 bis 2010) zumindest einmal von Armut betroffen waren, darunter sind nahezu 40 % der Personen in diesem Zeitraum dauerhaft arm. Die unterste Einkommensschicht setzt sich im Jahr 2011 demnach in folgender Weise zusammen: 39 % aller Personen in dieser Einkommensschicht sind permanent arm, 42 % haben in den zurückliegenden vier Jahren Ein- und Ausstiege in und aus Armut erlebt und weitere 19 % sind meist erstmalig im prekären Einkommensbereich und haben zuvor keinerlei Armutserfahrung gemacht. Im Vergleich dazu setzte sich die Einkommensschichtung im Jahr 2000 noch in folgender Weise zusammen: 27 % aller Personen in dieser Einkommensschicht waren permanent arm, 52 % hatten einen transitorischen Armutsverlauf und weitere 21 % hatten zuvor keinerlei Armutserfahrung. Der Anteil an Personen, die im zurückliegenden Zeitraum von vier Jahren mindestens einmal unter der Armutsgrenze lagen, hat konjunkturbedingt vor allem in der Mitte der letzten Dekade zugenommen, wobei insbesondere die mehrfachen und dauerhaften Armuts-

▸ Abb 5 **Armutsdynamik im zeitlichen Verlauf — in Prozent**



Datenbasis: SOEPv28.

episoden in dieser Einkommensschicht weiter angestiegen sind.

Mit zunehmender Höhe der Einkommen nimmt der Personenkreis mit Armutserfahrungen erwartungsgemäß ab. Im Bereich des prekären Wohlstands (50- bis 75 %-Schwelle) hat etwa ein Drittel der Personen zumindest einmal innerhalb der zurückliegenden vier Jahre unterhalb der Armutsgrenze gelebt – mit leicht rückläufiger Tendenz. Kurzfristige Armutserfahrungen reichen bis in die mittleren Einkommenslagen hinein. Selbst im Bereich überdurchschnittlicher Einkommen finden sich noch circa 4 % an Personen, die zumindest kurzfristige Armutserfahrungen gemacht hatten. Insgesamt haben sich insbesondere die Risiken anhaltender Armutsepisoden erhöht.

Die Muster der Armutsdauer variieren mit dem Lebensalter. Kinder und Jugendliche befinden sich in der Querschnittsbetrachtung häufiger in relativer Einkommensarmut als Erwachsene im erwerbsfähigen Alter. Hinsichtlich des Profils der zurückliegenden Armutserfahrung erscheint in dieser Altersgruppe insbesondere der hohe Anteil an zumeist eher kurzen Armutserfahrungen im untersten und zweiten Einkommensegment bemerkenswert. Ältere weisen zwar insgesamt im Querschnitt keine überdurchschnittlichen Armutserfahrungen mehr auf. Wer allerdings im Alter ab 60 Jahren im unteren Einkommensbereich angelangt ist, der trägt offenkundig ein hohes Risiko, länger im unteren Einkommensbereich zu verbleiben.

1 Bei der Berechnung der Jahreseinkommen werden hier nur rein monetäre Einkünfte betrachtet; Einkommensvorteile durch selbstgenutztes Wohneigentum (imputed rent) bleiben hierbei ebenso unberücksichtigt wie Unterhaltsleistungen et cetera.

2 Bei dieser gesamtdeutschen Betrachtung sind allerdings die Unterschiede in den Preisniveaus im zeitlichen Verlauf sowie die, insbesondere unmittelbar nach der Vereinigung, bedeutsamen Kaufkraftunterschiede zwischen West- und Ostdeutschland noch nicht berücksichtigt. Die nachfolgenden Berechnungen werden deshalb auf der Basis von Realeinkommen zum Basisjahr 2010 durchgeführt, wobei die Einkommen West- und Ostdeutschlands bis 1997 jeweils getrennt an die entsprechende Preisentwicklung angepasst wurden.

3 Bei gesamtdeutscher Betrachtung war unmittelbar nach der deutschen Vereinigung, als die Einkommen West- und Ostdeutschlands noch weiter voneinander entfernt lagen, der Gini-Koeffizient höher als bei alleiniger Betrachtung der westdeutschen Verteilung und ist im Zuge der Einkommensangleichung Ostdeutschlands im Verlauf der 1990er-Jahre zunächst gesunken.

4 Genau genommen wird ab dieser Schwelle von einem deutlich erhöhten Armutsrisiko gesprochen, da Einkommen nur einen indirekten Indikator für Armut darstellt. Deshalb wird häufig der Begriff Armutsrisikoquote genutzt, wir verwenden in diesem Artikel die Begriffe Armutsquote und Armutsrisikoquote synonym.

5 Die Definition Ostdeutschland ist bei der Regionseinteilung nach Bundesländern ohne Berlin-Ost, bei der Gegenüberstellung von Gesamtdeutschland mit Ostdeutschland aber inklusive Berlin-Ost; dadurch ergibt sich die leicht unterschiedliche Armutsquote für Region Ost und Ostdeutschland.

6 Die aktuelle Einkommensschichtung wird anhand der Relation zum arithmetischen Mittel abgebildet, die zurückliegende Armutserfahrung wird als kumulative Messung (n-mal von Armut betroffen) unterhalb der Armutsgrenze von 60% des jeweils jahresspezifischen gesamtdeutschen Medians berechnet.